

**Vereinbarung zur Zusammenarbeit
- Koalition -
zwischen
SPD, CDU, FDP
in der 21. Wahlperiode
der Seestadt Bremerhaven
2023 - 2027**

Inhalt

Präambel	5
Bildung, inkl. betriebliche Bildung	6
Individuelle Stärken weiter fördern – notwendige Unterstützung sicherstellen	6
Zeitgemäße Arbeitsbedingungen an Schulen fördern – Schulsanierungen und Unterrichtsversorgung sicherstellen	8
Personalbindung und Personalgewinnung	9
Schulabbrüche verhindern und Bildungserfolg ermöglichen	10
Berufsorientierung	11
Berufsbildende Schulen stärken	12
Digitalisierung in der Bildung – Spitzenposition ausbauen	12
Kita, Jugend und Familie	13
Ausbau frühkindlicher Bildung.....	13
Horte im Übergang zur Ganztagschule	13
Chancengerechtigkeit von Anfang an	14
Entlastung der Kita-Leitungen	15
Sprachbildung und -förderung.....	15
Gesundheit und Ernährung	15
Sicherung der Finanzierung und Ausbau der Familienzentren	16
„Mama lernt Deutsch - Papa auch“	16
Zukunftswerkstatt Jugend	16
Jugendarbeit stark machen.....	16
Frauenförderung stärken	17
Kostenfreie Verhütungsmittel und Menstruationsprodukte	17
Gleichstellung der Geschlechter	18
Neuaufstellung des Amtes für Jugend, Familie und Frauen	18
Wirtschafts-, Tourismus- und Wissenschaftsstandort Bremerhaven	19
Wirtschaft.....	19
Infrastrukturelle Erschließung und Anbindung des Werftquartiers	19
Maritimer Campus.....	20
Aus- und Weiterbildungs-Campus für erneuerbare Energien.....	20
Gewerbeflächen	20
Gründerkultur stärken.....	20
LUNE DELTA	21
Rahmenbedingungen für Lebensmittel- und Fischwirtschaft optimieren	21
Hafen-Infrastrukturen	21
Kreuzfahrtterminal	22
INNOSegler.....	22
Neugestaltung der Innenstadt-Potenzialflächen	22
Citymanagement	23
Evaluierung des „Gesamtstädtischen Einzelhandelskonzeptes“ von 2016.....	23
Tourismus.....	23
Havenwelten	23
Tourist-Information	25
Unternehmensnachfolge unterstützen	25
Jugendgästehaus Bremerhaven.....	25
Fischereihafen.....	26
Sportmarketing	26
Überregionale Großveranstaltungen.....	26
Wissenschaft	26
Arbeitsmarktpolitik	27
Allgemeines	27
Fach- und Arbeitskräftemangel bekämpfen.....	28
Kommunale Arbeitsmarktförderung stärken	29

Verringerung von Jugendarbeitslosigkeit und Förderung der (dualen) Ausbildung.....	29
Stärkung und Ausbau von Beratungsangeboten in den Stadtteilen.....	30
Integration von Zugewanderten	30
Fortschreibung des Programms „Wohnen in Nachbarschaften (WiN)“	31
Stärkung der ehrenamtlichen Strukturen/ Umsetzung der Engagement-Strategie.....	31
Öffentliche Sicherheit und Sauberkeit.....	31
Polizei.....	31
Personal.....	32
Ausstattung	33
Digitalisierung.....	33
Zukunftsfähigkeit der Leitstelle	34
Phänomene und Schwerpunkte.....	34
Feuerwehr	35
Neuausrichtung des Katastrophenschutzes.....	35
Sicherstellung des Brandschutzes – Umsetzung der Brandschutzbedarfsplanung	36
Anerkennung und Stärkung des Ehrenamtes bei den Freiwilligen Feuerwehren	36
Zukunftsfähiger Rettungsdienst	37
Zukunftsfähigkeit der Leitstelle	37
Bürger- und Ordnungsamt.....	37
Bau, Verkehr und Stadtentwicklung	39
Bau	39
Innenstadt	40
Verbindung zwischen Innenstadt und Havenwelten.....	40
Erhalt und Neunutzung von historischen Gebäuden.....	41
Stadtteilentwicklung und Freizeit	42
Städtische Kafen	43
Verkehr.....	43
Verkehrsentwicklungsplan	43
ÖPNV	43
Autoverkehr und E-Mobilität	43
Neuausrichtungen von Buslinien – Veränderung der Streckenführung in der Innenstadt	45
Lkw-Verkehr	45
Eisenbahnverkehr	46
Radverkehr.....	46
Fußgänger:innen	47
Klima und Umwelt	48
Energiegewinnung der Zukunft	48
Vorbildfunktion der Öffentlichen Hand.....	49
Aufblühende Stadtnatur	50
Wertvolle Umwelt schützen.....	50
Klimaschutz erlernen und erleben.....	51
Umweltgefahren verhindern, Tiere schützen.....	51
Integration, Senior:innen, Förderung des sozialen Miteinanders und Queer	52
Integration.....	52
Senior:innen	53
Förderung des sozialen Miteinanders	54
Queer leben.....	55
Gesundheit	55
Kliniken.....	56
Suchthilfesystem stärken	56
Ausbildung im Gesundheitsbereich verstärken	57
Selbsthilfe stärken	57
Medizinische Versorgung stärken	57
Sport und Freizeit.....	59
Kultur	59

Verfassung und Geschäftsordnung (VG), Bürgerbeteiligung	60
Öffentliche Petitionen einführen	60
Einwohner:innenfragestunde reformieren	61
Qualifizierte Bürger:innenbeteiligung	61
Personal und Organisation.....	61
Verwaltung.....	61
Öffentlichkeitsarbeit	62
Finanzen.....	63
Zusammenarbeit der Koalitionsparteien	64

Präambel

Die Bürger:innen Bremerhavens haben bei der Kommunalwahl am 14. Mai 2023 den Parteien von SPD, CDU und FDP erneut die Möglichkeit der Zusammenarbeit gegeben. Dieser Koalitionsvertrag bildet für die Zusammenarbeit der drei Parteien in den kommenden vier Jahren die Grundlage. Dabei werden die Koalitionspartner:innen die Entscheidungen gemeinsam treffen und umsetzen.

Die Wahl im Mai 2023 stellt aber auch insofern eine Zäsur dar, weil immer weniger Menschen sich aktiv an der Wahl beteiligen. Sowohl eine niedrige Wahlbeteiligung, als auch das Erstarken von Rechtspopulisten und Rechtsradikalen besorgen uns. Wir stehen für ein Bremerhaven, das niemanden ausgrenzt und diskriminiert. Wir stehen für ein weltoffenes Bremerhaven ohne Rassismus.

Für uns steht die Gemeinschaft und ein Miteinander über alle Generationen und Herkunft hinweg im Mittelpunkt unserer inklusiven Stadt. Wir wollen gleiche Bildungschancen für alle Schüler:innen, ein attraktives und nachhaltig gestaltetes Arbeits- und Lebensumfeld, mit kulturellen und sportlichen Angeboten für die Bevölkerung. Die Menschen Bremerhavens sollen sich positiv mit ihrer Stadt und ihren Stadtteilen identifizieren können.

Die vergangenen vier Jahre haben uns allen gezeigt, wie fragil unsere Gesellschaft einerseits ist, wieviel Potential aber auch in ihr steckt. Die Herausforderungen der gesundheitlichen Extremlage rund um die Corona-Pandemie haben wir gut bewältigt. Deutlich ist aber auch: Wenn wir gesund und sicher älter werden wollen in Bremerhaven, dann bedarf es dazu weiterer Anstrengungen. Der Klimawandel und der russische Angriffskrieg auf die Ukraine machen deutlich, wie notwendig es ist, die Energiewende weiter voranzutreiben. Klimaschutz dient nicht nur dazu, unsere Lebensgrundlage zu erhalten und mit den Möglichkeiten für eine Green Economy Wirtschaftsmotor im Bereich nachhaltiger Technologien zu werden, ebenso macht uns die Wärmewende unabhängig von fossilen importierten Rohstoffen.

Aufgrund der ökonomischen Umbrüche der vergangenen Jahrzehnte und weggebrochener industrieller Strukturen hat unsere Stadt immer noch mit einer verfestigten Langzeitarbeitslosigkeit und sozialen Problemlagen zu kämpfen. Bildung, Ausbildung und Arbeit sind aber der Schlüssel für Teilhabe und ein selbstbestimmtes Leben. Zukunftschancen und Chancengleichheit beginnen bei der frühkindlichen Bildung, die wir weiter durch den notwendigen Ausbau der Kindertagesstätten und Ganztagschulen vorantreiben werden.

Politik ist immer gefordert, die ökonomische, soziale, ökologische und kulturelle Zukunft unserer Stadt aktiv zu gestalten. Dafür braucht es klare Leitplanken, die wir mit diesem Koalitionsvertrag vorlegen. Dafür braucht es aber auch ein offenes Ohr für die Ängste und Bedenken der Menschen in unserer Stadt. Uns ist der Dialog mit allen denen wichtig, die unsere Stadt konstruktiv gestalten wollen.

Gemeinsam mit den Bürger:innen Bremerhavens werden wir auch in den kommenden vier Jahren zahlreiche Projekte und Maßnahmen umsetzen und auf den Weg bringen, um diese Stadt weiterhin lebens- und lebenswert - insbesondere auch für zukünftige Generationen - zu gestalten.

Bildung, inkl. betriebliche Bildung

Kinder und Jugendliche stehen im Mittelpunkt - von ihren Anforderungen ausgehend ist Unterricht zu denken. Ihre individuellen Stärken und Schwächen stehen im Zentrum aller pädagogischen Bemühungen. Deshalb muss die individuelle Förderung, aber auch der Qualitäts- und Leistungsgedanke mehr in den Vordergrund gestellt werden. Damit entkoppeln wir nicht nur den Bildungserfolg von der sozialen Herkunft, sondern fördern darüber hinaus Bildungsgerechtigkeit. Dafür sind auch weiterhin verlässliche Rahmenbedingungen notwendig. Nur dann können die Lehrkräfte die individuellen Stärken und Potenziale unserer Kinder möglichst gut erfassen und optimal fördern. Schwächen müssen frühzeitig festgestellt und durch passgenaue Unterstützungsangebote nachhaltig abgebaut werden.

Kein Kind wird ohne Talent geboren. Diese Talente braucht unsere Gesellschaft in Zukunft noch dringender als bereits jetzt. Wir wollen Schüler:innen entsprechend ihrer Talente bestmöglich fördern. Unsere Schüler:innen sollen den nach ihren jeweiligen Fähigkeiten höchstmöglichen Schulabschluss erreichen.

Zentrale Herausforderungen der Schulentwicklung in Bremerhaven sind:

- Die Schaffung von Schulplätzen angesichts wachsender Schüler:innenzahlen.
- Die Sicherung des Fachkräftebedarfs für den Unterricht sowie die weiteren pädagogischen Aufgaben der Schulen.
- Investitionen in die vorhandene schulische Infrastruktur.
- Die Umsetzung des Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung für Grundschulkindern.
- Die Absicherung der Bildungsqualität, der Übergänge zwischen den Schulstufen und der Einmündung in die Berufsausbildung.

Individuelle Stärken weiter fördern – notwendige Unterstützung sicherstellen

Wir haben mit der Einführung der Oberschulen als tragende Säule neben dem durchgängigen Gymnasium und den drei Oberstufen ein Bildungssystem geschaffen, das allen Schüler:innen gerecht wird. Oberschulen und Gymnasien bieten deshalb alle Abschlüsse an, fördern die Schüler:innen individuell und verhindern so Abschlüsse. Damit der Übergang von der Grundschule in die weiterführende Schule möglichst gut gelingt, ist eine noch engere Zusammenarbeit der jeweiligen Schulen verbindlich weiterzuentwickeln und mit den notwendigen Ressourcen auszustatten. Dies verhindert Brüche im Übergang zu den weiterführenden Schulen. Wo es sinnvoll und möglich ist, sollen Grundschulen und weiterführende Schulen im Rahmen eines Schulverbundes zusammengeführt werden, wie bereits erfolgreich bei den Neubauprojekten gezeigt wird.

Um die Schere zwischen sozialer Herkunft und Bildungserfolg weiter zu schließen, brauchen alle Schüler:innen mehr Bildungszeit. Wir werden die gebundene Ganztagsbeschulung massiv auszubauen. Die dafür notwendigen finanziellen Mittel für Schulneubauten und -umbauten werden wir entsprechend zur Verfügung stellen.

Wir werden sicherstellen, dass kein Kind ohne ausreichende Kompetenzen in Lesen, Schreiben und Rechnen die Grundschule verlässt. Deshalb werden wir ab Klasse 3 aussagekräftige Evaluationen über den Stand der erworbenen Kompetenzen bei jedem Kind durchführen. Zur Sicherstellung des Kompetenzerwerbs wird ein verbindliches Rahmen-Förderkonzept erstellt. Schulkonferenzen der einzelnen Schulen haben die Zuständigkeit zu entscheiden, inwieweit zu den

Leistungsbeschreibungen auch Ziffernnoten in Grund- und Oberschulen erteilt werden können.

Um den unterschiedlichen Lernständen zu begegnen und um das Erreichen von Mindeststandards und Basisfähigkeiten zu ermöglichen, werden wir einen verbindlichen, evaluationsorientierten Förderkatalog schaffen und uns den Bemühungen des Landes (Mathe sicher können, Leseband) anschließen. Wir unterstützen außerdem die Ausweitung der Lesezeit an den Grundschulen und der Sekundarstufe I.

Wir erkennen die besonderen Herausforderungen im Bereich der Störungen in der sozial-emotionalen Entwicklung von Schüler:innen an und entwickeln hierzu Konzepte und Angebote, um die unterrichtlichen und die individuellen Lernsituationen zu verbessern.

Wir wollen auch besondere Begabungen stärker in den Fokus nehmen. Oberschulen haben die Möglichkeit, besonders begabte Kinder in sogenannten „Schnellläuferklassen“ gesondert zu fördern. Einzelne Schulen schaffen das erfolgreich, andere bieten in Verbänden wenig attraktive Angebote an. Wir wollen die Angebote evaluieren und kontinuierlich verbessern, damit keine besondere Begabung ungefördert bleibt.

Wir wollen neue und praktische Wege gehen, um Chancengerechtigkeit für Schüler:innen zu verbessern. Lernen soll nicht an fehlenden Stiften und Heften scheitern. Schüler:innen sollen das, was sie für den Schulalltag benötigen, auch in der Schule vorfinden und den verantwortungsvollen und selbstorganisierten Umgang mit ihren Arbeitsmaterialien lernen. Daher erproben wir die „Schule ohne Gepäck“ an je zwei ausgewählten Ganztagsstandorten der Primar- und der Sekundarstufe I. Die Erprobung wird im zweijährigen Rhythmus evaluiert.

Den Schulen werden mehr Kooperationszeiten zur Schulentwicklung zur Verfügung gestellt.

Wir kümmern uns auch um Kinder, für die der normale Schulbesuch eine Herausforderung darstellt. Da es häufig der familiäre Hintergrund ist, der einen erfolgreichen Schulbesuch beeinträchtigt, streben wir, ausgehend von den bisherigen Maßnahmen, ein sozialraumorientiertes Zusammenwirken von Schule, Jugendhilfe und Gesundheitsförderung an. Hierzu gehören die Schulsozialarbeit und multiprofessionelle Teams mit Erzieher:innen, Sonderpädagog:innen, Psycholog:innen und Sozialpädagog:innen.

Darüber hinaus bauen wir die Unterstützungssysteme der Familienzentren, die Vernetzung schul- und quartiersbezogener Gesundheitsfachkräfte sowie schulische und schulersetzennde Bildungsangebote wie das „Känguru“- Projekt für schulpflichtige Mütter und ihre Kinder als auch die „Familienschule“ als pädagogisches Angebot für Schüler:innen und Eltern bedarfsgerecht aus

Zeitgemäße Arbeitsbedingungen an Schulen fördern – Schulsanierungen und Unterrichtsversorgung sicherstellen

Der bundesweite Personalmangel an Schulen lässt sich nur beheben, wenn die Ausbildungszahlen von Lehramtsstudent:innen erhöht und die Arbeitsbedingungen in den Schulen attraktiver gestaltet werden.

Dies schließt sowohl die Doppelbesetzung mit pädagogischen Fachkräften im Unterricht als auch eine entsprechende Besetzung der multiprofessionellen Jahrgangsteams in den Schulen ein. Zur Attraktivitätssteigerung gehört eine gezielte Steuerung der Lehrkräftezuweisung an die Schulen, insbesondere für solche in herausfordernden Lagen. Wir wollen außerdem Lehrkräfte von bürokratischen Aufgaben entlasten und ihnen mehr Zeit für Unterricht und Schulentwicklung geben. Hierfür wurde das Schulamt bereits von uns beauftragt, kontinuierlich Verbesserungen zu erarbeiten. Wir setzen uns für die Fortführung der erfolgreichen Referendar:innenausbildung am Standort Bremerhaven ein. So schaffen wir es, junge Kolleg:innen für den Bildungsstandort Bremerhaven zu begeistern und langfristig zu binden. Das Stipendienprogramm für angehende Lehrkräfte soll weitergeführt werden. Schulen müssen moderne und attraktive Lernorte sein. Daher werden wir einen Masterplan für die bauliche Erneuerung der Schulstandorte schaffen und die Ausstattung der Schulen mit Lehr- und Lernmitteln auf neue Beine stellen. Dabei spielt insbesondere die Digitalisierung inkl. der Lehrkräftefortbildung und der pädagogischen Konzepte eine große Rolle.

Die Stadt Bremerhaven legt ein Investitionsprogramm für die Sanierung der Schulen, den Ausbau der Kapazitäten und die Erweiterung insbesondere der Grundschulen im Hinblick auf die Umsetzung des Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung auf. Das Gesamtvolumen des Programms wird mit rund 100 Mio. Euro veranschlagt und beginnend ab 2024 auf die Haushaltsjahre bis einschließlich 2030 verteilt. Die Koalition und der Magistrat werden darauf drängen, dass die kommunalen Investitionen durch Mittel des Bundes und des Landes Bremen komplementiert werden.

Das Schulamt und der Wirtschaftsbetrieb Seestadt Immobilien gründen eine in gemeinsamer Verantwortung geführte Abteilung für Schulbau.

Die von den Gremien bereits beschlossenen Campus-Schulbauvorhaben (Neue Grundschule Geestemünde/Humboldtschule, Neue Grundschule Lehe/Schule am Ernst-Reuter-Platz) sollen nach dem Vorbild der Allianz-Schulbauten von der Stäwog als Bauherrin verantwortet werden.

Wir wollen die Inklusion weiter stärken

Damit die Lehrkräfte unterschiedlichen Ausgangsbedingungen möglichst gut gerecht werden können, ermöglichen wir den Schulen mehr Autonomie bei der Verteilung ihrer sonderpädagogischen Ressourcen auf die einzelnen Lerngruppen. Einen weiteren wichtigen Akteur zur Unterstützung des Bildungserfolgs von Schüler:innen bilden die Regionalen Beratungs- und Unterstützungszentren (ReBUZ). In den letzten Jahren haben die Schulen immer stärker auf deren Profession zurückgegriffen, weshalb es für uns selbstverständlich ist, gemeinsam mit dem Land die notwendigen Ressourcen für eine gelingende Unterstützung zu sichern und den konkreten Beratungsbedarf zur Verfügung zu stellen. Dies kann und sollte mit festen Tagen und Ansprechpartner:innen in den Schulen gewährleistet werden, damit frühzeitig auf Problemlagen reagiert werden kann.

Jede Schule braucht darüber hinaus auch eine ausreichende Zahl von Sonderpädagog:innen, um die Herausforderungen der Inklusion adäquat umsetzen zu können. Das gilt auch für das Gymnasium und die berufsbildenden Schulen, die bisher auf kein regelhaftes Unterstützungsangebot zurückgreifen können. Daneben setzen wir auf eine bessere Vergütung, Schulung und Einbettung der pädagogischen Assistenzen in die Schulentwicklung. Die pädagogischen Assistenzen leisten einen wichtigen und notwendigen Beitrag zur Umsetzung der Inklusion in unseren Schulen. Daher setzen wir uns nachdrücklich für eine Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen ein. Wir werden prüfen, ob die pädagogischen Assistenzen zentral beim Magistrat der Stadt Bremerhaven beschäftigt werden können, um so Lohnunterschiede in den Schulen abzuschaffen.

Personalbindung und Personalgewinnung

Zur Behebung des Fachkräftemangels im pädagogischen Bereich unterstützen wir die bisherigen innovativen Ansätze des Magistrats, die wir weiter entwickeln wollen. Die Stipendien für angehende Erzieher:innen müssen in eine bezahlte Ausbildung einmünden, um das Berufsfeld des Erziehers/der Erzieherin für Berufseinsteiger:innen attraktiver zu gestalten. Berufsbegleitende Modelle („training on the job“) werden wir fortführen. Wir unterstützen auch Überlegungen für eine Teilzeitausbildung in dualisierter Form sowie berufsbegleitende Aus- und Weiterbildung und die eventuelle Schaffung neuer Berufsbilder, nicht zuletzt auch zur personellen Absicherung des Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung für Grundschulkindern ab 2026.

Bremerhaven hat sich jahrelang mit viel Aufwand um neue Lehrkräfte bemüht und dabei auch Erfolge verzeichnen können. Dazu zählt beispielsweise das Stipendienprogramm für Lehramtsstudierende. Eine vom Schulamt konzipierte Berufseinstiegsphase für Quereinsteigende werden wir auch in den kommenden Jahren benötigen und entsprechend absichern, damit der erfolgreiche Einstieg von Akademiker:innen mit unterschiedlichen Abschlüssen in den Schuldienst gewährleistet ist. Hier sehen wir das Land in der Pflicht, die Kosten zu tragen. Wir wollen die Anerkennung ausländischer Abschlüsse erleichtern und bürokratische Hürden abbauen.

Trotz aller kommunalen Anstrengungen bleibt Bildung Ländersache. Entsprechend steht das Land in der Verantwortung für eine gleichmäßige und verlässliche Versorgung der Schulträger mit Lehrkräften. Deshalb unterstützen wir sowohl den Ausbau der Kapazitäten der Universität Bremen sowie die Absenkung der Zugangsvoraussetzungen (Numerus Clausus) für das Lehramtsstudium. Qualifizierungsprogramme des Landes für Quereinsteigende sind zu verstetigen, damit diese Beschäftigtengruppe die Möglichkeit erhält, berufsbegleitende Lehramtsabschlüsse zu erreichen.

Die Stadt beteiligt sich aktiv an der Umsetzung und der Weiterentwicklung des Personalversorgungskonzeptes der Senatorin für Kinder und Bildung. Umgekehrt fordert die Stadt eine ihrer besonderen Bedarfslage entsprechende überproportionale Berücksichtigung bei der Vergabe von Plätzen der Weiterbildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen durch das Land ein.

Konzepte zur Gewinnung und Weiterbildung von Fachkräften für den Unterrichtsbetrieb sollen auch in Zukunft vor Ort entwickelt und umgesetzt werden können.

Die Zusammenarbeit zwischen dem Schulamt und der Universität Bremen in der ersten Phase der Lehramtsausbildung wird verstetigt und ausgebaut (Praxisstellen, Gastwissenschaftler:innen, wissenschaftliche Begleitung der Schulentwicklung).

Stipendien für Lehramtsstudierende und Studierende des Studiengangs Soziale Arbeit der Hochschule Bremerhaven werden aufgebaut bzw. fortgeführt.

Die Kontingente für den Einsatz pädagogischer Unterstützungskräfte zur Entlastung von Lehrkräften und zur Verbesserung der Förderung und Betreuung werden bedarfsgerecht ausgebaut. Ebenso werden Kooperationen mit außerschulischen Bildungspartnern erweitert.

Ausbildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen für nicht-unterrichtendes pädagogisches Personal soll vorrangig an der von der Stadt angekauften ehemaligen MTA-Schule angesiedelt werden. Die Koalition erwartet von der künftigen Landesregierung, dass nicht verbrauchte Zuweisungen für Personalmittel für Lehrkräfte grundsätzlich von den Schulträgern für den Einsatz gegen Unterrichtsausfall und für Maßnahmen zur Personalgewinnung genutzt werden können. Hierfür ist ein verbindliches Verfahren festzulegen.

Angesichts des wachsenden Konkurrenzdrucks zwischen den Anstellungsträgern halten wir es für erforderlich, die in den Ländern geltenden Rahmenseetzungen für Beschäftigte anzugleichen. Standortnachteile wie eine unterschiedliche Höhe der Unterrichtsverpflichtung für Lehrkräfte, Regelungen der Beihilfe für Beamt:innen, Zugangsvoraussetzungen für Quereinsteigende oder die Anerkennung im Ausland erworbener Lehramtsabschlüsse müssen vereinheitlicht werden. Wir befürworten ebenfalls die stärkere Berücksichtigung landesweit zu erhebender sozialer Indikatoren bei der Personalzuweisung für Schulen bzw. der Bemessung von Gruppengrößen, um die Bildungschancen aller Kinder und Jugendlichen zu verbessern und das Personal angesichts der besonderen pädagogischen Herausforderungen inklusiver Beschulung zu entlasten.

Zuletzt wollen wir die Möglichkeit, Praxislehrer:innen in Schulen zu beschäftigen evaluieren und gegebenenfalls auf alle Schulformen ausweiten. Mit Blick auf die Primarstufe wollen wir die Fächer Deutsch und Mathematik von dieser Regelung ausnehmen.

Schulabbrüche verhindern und Bildungserfolg ermöglichen

Gute Bildung denkt vom Menschen her, ist durchgängig und in allen Phasen durchlässig. Jeder Mensch muss die Möglichkeit haben, seine Potenziale ausschöpfen zu können, um den bestmöglichen Abschluss zu erreichen und einen Beruf ergreifen zu können.

Die Unterrichtsqualität steht im Mittelpunkt, und alle, die in der Schule oder der Schulverwaltung tätig sind, haben die Aufgabe, sie zu verbessern. Wir wollen deshalb die städtischen Lernstands- und Kompetenzerfassung (KESS) nach Klassen 4, 6 und 8 mit dem Ziel der Sicherung und Verbesserung der Förderung, Ressourcensteuerung und der Schulentwicklung fortführen und verstetigen. So werden individuelle

Lernfortschritte erfasst. Mit den Ergebnissen müssen aus Stärken gelernt und Schwächen abgestellt werden. Wenn Mindeststandards von Schüler:innen nicht erreicht werden, wollen wir längere Verweil- und Lernzeiten in den einzelnen Schulstufen ermöglichen.

Außerdem unterstützen wir Schulleitungen in ihrer Funktion als Qualitätsmanager:innen und wollen sie stärken. Dazu gehört auch, ihnen Fachkräfte für kaufmännische Aufgaben an die Seite zu stellen. Schulleitungen sollen sich stärker auf die pädagogische Leitung der Schulen konzentrieren können.

Die Digitalisierung des Lernens als auch des Arbeitens erfordern eine andere Ausstattung der Schulen. Deswegen wollen wir die Ausstattung der Schulen mit Lehr-, Lern- und Investivmitteln neu aufstellen. Für diese Aufgabenstellung ist ein Rahmenkonzept zu erarbeiten, dessen Umsetzung die Grundlage für die künftige bedarfsgerechte Ausstattung der Schulen bildet.

Berufsorientierung

Wir machen uns weiterhin stark für eine enge Verzahnung von allgemeiner und beruflicher Bildung und unterstützen nachdrücklich Berufsorientierungsprogramme sowohl für die Schüler:innen der Sekundarstufe I, als auch der Sekundarstufe II. Wir machen uns dafür stark, dass es weitere erfolgreiche Maßnahmen und eine intensivere und effektivere Verknüpfung der allgemeinbildenden Schulen und der Jugendberufsagentur gibt. Die Oberschulen arbeiten verbindlich mit der Jugendberufsagentur, der Kreishandwerkerschaft und der Industrie und Handelskammer (IHK) im Bereich der Berufsfindung der Schüler:innen zusammen und zeigen so die attraktiven Möglichkeiten der dualen und schulischen Berufsausbildung auf

Nach wie vor ist es ein Kernanliegen der Bildungspolitik, dass alle Schüler:innen am Ende der Sekundarstufe I passgenaue Übergangsmöglichkeiten erhalten. Ein wichtiger Fokus liegt hier insbesondere bei denjenigen Kindern, die aufgrund ihrer erreichten schulischen Qualifikation nicht unmittelbar einen Ausbildungsberuf erhalten oder denen noch der Zugang zu attraktiven Vollzeitbildungsgängen an den berufsbildenden Schulen versperrt ist. Wir setzen uns weiterhin für die Schaffung eines Übergangssystems ein, welches nicht nur vielfältige Unterstützungsmöglichkeiten auf dem Weg in das Berufsleben schafft, sondern das unsere Kinder losgelöst von den bisher erreichten Abschlüssen in den Blick nimmt und sie zur Ausbildungsreife führt.

Wir werden deshalb den Magistrat mit der Erarbeitung eines Konzeptes für die Verbesserung der Bildungsan- und -abschlüsse mit folgenden Schwerpunkten beauftragen:

- Stärkung von Kooperationsprojekten zwischen Oberschulen und Berufsschulen mit dem Ziel vertiefter Berufsorientierung und Ausbildungsvorbereitung, ggf. auch durch Kooperationen von Schulen mit außerschulischen Bildungsträgern,
- Schaffung eines Netzes der Berufseinstiegsbegleitung für Jugendliche mit Vermittlungshemmnissen durch die Jugendberufsagentur,

- Bedarfsgerechter Ausbau vollzeitschulischer Ausbildungsgänge insbesondere zur Behebung des Fachkräftemangels in den Bereichen Soziales, Gesundheit und Erziehung.

Berufsbildende Schulen stärken

Die Stärkung der beruflichen Bildung ist ein erklärtes Ziel der Koalition. Den berufsbildenden Schulen kommt dabei ein besonderer Stellenwert zu. Die an sie gerichteten Anforderungen sind in den letzten Jahren erheblich gewachsen. Viele Berufsbilder haben sich durch fortschreitende Digitalisierung in der Arbeitswelt, Klimawandel und dem damit einhergehenden Transformationsprozess, z.B. im Bereich Mobilität und Energie, sehr verändert.

Die beruflichen Schulen von morgen brauchen moderne Unterrichtsräume und Werkstätten, aber auch aktivierende Lehr- und Lernformen.

Die erfolgreiche Umsetzung bereits beschlossener Investitionen der Berufsschulen im Rahmen ihrer Entwicklung zu Kompetenzzentren wird fortlaufend evaluiert. Wir werden weiterhin Mittel für neue Investitionen bereitstellen, die an die jeweiligen Anforderungen der Ausbildungsberufe angepasst sind.

Unter Berücksichtigung der jeweiligen Ressourcenausstattung wird angestrebt, die Anzahl der Ausbildungskapazitäten langfristig zu erhöhen.

Digitalisierung in der Bildung – Spitzenposition ausbauen

Während der Pandemie konnten Bremerhaven und Bremen von den hervorragenden technischen Voraussetzungen profitieren und einen entscheidenden Schritt weiter gehen als alle anderen Bundesländer: Wir haben alle Schüler:innen und alle Lehrkräfte mit iPads, einer Bildungsplattform, digitalen Inhalten und alle Klassenräume mit Breitband-WLAN ausgestattet!

Dieser eingeschlagene Weg muss konsequent fortgeführt werden, um Schulen, Schüler:innen und Lehrkräfte auf dem Weg zur Digitalität bestmöglich zu unterstützen und zu entlasten.

Neben umfangreichen Unterstützungsangeboten für Schulen und Lehrkräfte gilt es aber auch, die Frage nach den richtigen digitalen Unterrichtsinhalten zu beantworten. Dafür müssen die Lehr- und Lernmittelzuweisungen der Schulen überdacht werden, damit in Zukunft neben analogen auch digitale Lehr- und Lernmittel in den Schulen vorhanden sind. Landesweit bereitgestellte digitale Softwarelizenzen müssen allen Schulen zur Verfügung stehen, um sich für die passgenauen digitalen Werkzeuge zu entscheiden, die ihnen am besten helfen.

Die Digitalisierung dient der Optimierung und Individualisierung der Fördermöglichkeit der Schüler:innen und ermöglicht im Bereich der Inklusion eine größere Barrierefreiheit und bessere Teilhabe.

Zuletzt wollen wir, dass die Schulen kompetenten und ausreichenden IT-Support erhalten und diese Aufgaben nicht zu einer zusätzlichen Belastung des pädagogischen Personals führen.

Mit guter Bildung gegen die gesellschaftliche Spaltung

In den letzten Jahren ist immer deutlicher geworden, dass die Digitalisierung, neben vielen positiven Aspekten, auch Tendenzen zur Spaltung der Gesellschaft verstärkt. Eine Sensibilisierung zu Folgen aktueller Negativ-Trends wie Cybermobbing, "fake News" und Verschwörungstheorien soll das Verantwortungsbewusstsein im Umgang mit der digitalen Welt stärken. Wir möchten den Schüler:innen ein höchstmögliches Maß an Medienkompetenz vermitteln und werden deshalb verstärkt Projekte fördern, die sich mit „digital literacy“, Medienkompetenz und Demokratiebildung befassen.

Einen besonderen Fokus wollen wir auf mögliche Gefahren und Konsequenzen im Umgang mit privaten Daten, eigenen Bildern und der Nutzung von verschiedenen kommerziellen Angeboten legen. Eine solche Aufklärung sollte auch an die Erziehungsberechtigten der jeweiligen Schüler:innen gerichtet sein.

Kita, Jugend und Familie

Ausbau frühkindlicher Bildung

Beste Bildung fängt beim Kleinkind in der Kindertagesstätte (Kita) an. Der weitere Ausbau der frühkindlichen Bildung hat für diese Koalition eine hohe Priorität. Nur wenn auch ausreichend Plätze in der frühkindlichen Bildung zur Verfügung stehen, können auch Bildungserfolge für alle Kinder erreicht werden. Dazu bieten gute Kindertagesstätten auch den Schlüssel für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. In Bremerhaven ist es in der Vergangenheit gelungen, allen Kindern zwischen drei und sechs Jahren einen Platz in einer Kindertagesstätte anzubieten. Damit das auch in Zukunft gelingt, werden wir bei steigender Zahl von Kindern weitere Plätze durch Anpassung der Angebote schaffen. Der Erhalt des Bestandes wird gewährleistet oder durch notwendige Ersatzbauten erneuert (z.B. Kita Lange Straße).

Im Bereich der Angebote für 0-3-jährige Kinder (Krippen) haben wir in Bremerhaven derzeit eine zu geringe Versorgungsquote. Unser mittelfristiges Ziel ist es, eine bedarfsgerechte Versorgungsquote von 48% zu erreichen. Daher werden wir den Fokus besonders auf den Krippenausbau legen. Hierzu wollen wir weiterhin alle Möglichkeiten ausschöpfen, um bereits vorhandene Räumlichkeiten zu nutzen.

Horte im Übergang zur Ganztagschule

An fünf Grundschulen gibt es derzeit statt eines Ganztagsangebotes ein an die Schule angegliedertes Hortangebot. Dort, wo es möglich ist, werden wir weitere Horte von den Kita´s an Grundschulen ohne Ganztagsbetreuung verlagern. So werden weitere freie Räume in den Kindertagesstätten geschaffen. Perspektivisch ist vorgesehen,–die Hortbetreuung auslaufen zu lassen und flächendeckend Ganztagschulen anzubieten. Da Ganztagsschulangebote kostenfrei sind, wollen wir die Hortbetreuung zukünftig ebenfalls kostenfrei anbieten. Das gilt nicht für Randbetreuungszeiten und Ferienangebote. Diese besonderen Angebote werden wir weiter ausbauen.

Es ist unser erklärtes Ziel, allen Kindern ein gutes Angebot der frühkindlichen Bildung zu ermöglichen, um frühzeitig Teilhabe zu fördern und jedem Kind echte Bildungschancen zu gewährleisten.

Frühkindliche Bildung geht nur mit ausreichend qualifiziertem Personal. Hierzu müssen verstärkt Maßnahmen zur Personalgewinnung und -bindung ergriffen werden. Dies gelingt nur, wenn wir kontinuierlich an der Steigerung der Attraktivität der Berufe in den Kindertageseinrichtungen arbeiten. Darum werden wir Ausbildungskapazitäten für pädagogische Fachkräfte, aber auch für Leitungskräfte bedarfsgerecht ausweiten. Wir werden die zukünftig benötigten Kapazitäten nur erreichen, wenn die Ausbildung auch als schulische Ausbildung vergütet wird. Wir setzen uns auf Landesebene dafür ein, die Ausbildung in eine duale Ausbildung zu überführen. Solange es keine vergütete duale Ausbildung für Erzieher:innen gibt, beabsichtigen wir, die Praktika während der Ausbildung zu vergüten.

Um den Ausbildungseinstieg attraktiver zu gestalten, wollen wir übergangsweise über BAföG oder Stipendien z.B. für die Bereiche Sozialpädagogische Assistenz und Heilerziehungspflege eine Finanzierung ermöglichen. Die Kooperationen mit außerschulischen Bildungspartnern werden erweitert. Weiterbildungsmaßnahmen für pädagogisches Personal für die frühkindliche Bildung soll vorrangig an der von der Stadt angekauften ehemaligen MTA-Schule angesiedelt werden. Neben dem Paritätischen Bildungswerk sollen dort auch entsprechende Bildungsgänge der Berufsschule Sophie Scholl eingerichtet werden (ab Sommer 2023 eine Ausbildungsklasse für Sozialpädagogische Assistent:innen). Alle Möglichkeiten der Kooperation zwischen den Bildungsträgern, auch zur Entwicklung neuer Bildungsgänge und (berufsbegleitender) Qualifizierungsmaßnahmen für Quereinsteigende in pädagogische Berufe zur Sicherung der Fachkräftebedarfe in Krippen, Kitas und Grundschulen, sollen ausgeschöpft werden.

In der Zusammenarbeit mit der Agentur für Arbeit werden wir die Anwerbung weiterer Fachkräfte mit dem Programm für die Gewinnung und Qualifizierung von spanischen Fachkräften verstärken und ggf. auf andere europäische Länder ausweiten. Angebote der Arbeitsmarkträger wie „Perspektive Kita“ sind ein wichtiger Baustein zur Fachkräftegewinnung. Wir begrüßen zudem das Projekt „Jobcenter-Kita“ und setzen uns für die dauerhafte Fortführung ein.

Chancengerechtigkeit von Anfang an

Es ist unser Ziel, dass die bestehenden Betreuungsplätze kontinuierlich verlässlich genutzt und möglichst viele Kinder frühzeitig von Angeboten der frühkindlichen Bildung profitieren. Die Versorgung steht im Mittelpunkt. Dabei stellen wir fest, dass viele Kinder, die nicht in der Kita waren, einen schweren Einstieg in das Schulleben haben. Wir sind uns einig, dass als Maßnahmen aufsuchende Beratungen umgesetzt werden sollen. Zum einen soll hierbei eine umfassende Beratung zur Bedeutung der Kindertagesbetreuung als Bildungsangebot sichergestellt werden. Zum anderen soll besonders auf Familien zugegangen werden, die eine intensivere Begleitung und spezifische Unterstützung benötigen. Auch werden wir prüfen, ob die derzeitige Gruppengröße mit den zur Verfügung stehenden Ausstattungen an Personal ausreicht oder hier perspektivisch Anpassungen erforderlich sind.

Entlastung der Kita-Leitungen

Kita-Leitungen haben einen hohen Anteil an organisatorisch-verwaltenden Tätigkeiten. Zur qualitativen Steigerung und Weiterentwicklung der pädagogischen Arbeit werden wir Kita-Leitungen mit Verwaltungskräften entlasten. Leitungskräfte sollen ihren Fokus auf die pädagogische Führung legen und von Verwaltungsaufgaben befreit werden, um prioritär die fachliche Qualität des Bildungs-, Erziehungs- und Betreuungsauftrags sicherzustellen und weiterzuentwickeln.

Um die Leitungsaufgaben in Kitas attraktiver zu machen, werden wir ein verbessertes Stundenkontingent für Führungskräfte und eine anteilige Freistellung der stellvertretenden Leitungen einrichten. Auch prüfen wir, ob die zur Verfügung stehenden Stunden für technische Instandsetzung ausreichend bemessen sind.

Sprachbildung und -förderung

Die Sprachkompetenz ist eine grundlegende Voraussetzung für die Entwicklung der Kinder und die Basis aller Bildungs- und Teilhabeprozesse. Die sprachliche Bildung und Förderung in den Kindertageseinrichtungen bilden daher einen elementaren Baustein der frühkindlichen Erziehung.

Die durch das Bundesprogramm „Sprach-Kitas“ entstandenen Ressourcen werden wir für die Kitas in Bremerhaven erhalten.

Als weitere Maßnahme werden wir erste Sprachstandsfeststellungen bereits ab dem 3. Lebensjahr vornehmen, um frühzeitig Sprachdefizite festzustellen und ihnen durch gezielte Förderung entgegenwirken zu können.

Wir wollen, dass Sprachstandsfeststellungen ein Jahr vor der Einschulung verbindlich werden, die Förderung bei festgestellten Defiziten verbindlich wahrgenommen werden und möglichst alle Kinder ein Jahr vor der Einschulung in die Kita gehen.

Das vom Land eingeführte Kita-Brückenjahr mit den sog. Sprachexpert:innen werden wir weiter unterstützen und nutzen bis effektivere Maßnahmen ergriffen werden können.

Gesundheit und Ernährung

Der Erhalt und die Förderung der Gesundheit und Ernährung von Kindern und deren Familien hat für uns einen hohen Stellenwert. Jedes Kind in der frühkindlichen Bildung soll von einem gesunden Ernährungsangebot profitieren. Dabei ist unser Ziel, die Gestaltung und die Qualität der Kita-Verpflegung weiter zu verbessern. Für die Kita-Verpflegung gelten die Qualitätsstandards der Deutschen Gesellschaft für Ernährung (DGE). Dadurch wird eine ausgewogene und nachhaltige Ernährung in den Kindertageseinrichtungen gewährleistet.

Sicherung der Finanzierung und Ausbau der Familienzentren

Familienzentren stellen ein zentrales Element der Förderkette für Familien in Bremerhaven dar. Aufgrund dessen werden wir eine ausreichende Finanzierung der bestehenden Einrichtungen nach einer umfangreichen Evaluation sicherstellen. Ein möglicher Ausbau von Familienzentren für einzelne Sozialräume muss geprüft werden.

„Mama lernt Deutsch - Papa auch“

Die deutsche Sprache ist wesentlich für die Integration von zugewanderten Menschen. Fehlende Kinderbetreuung zum Besuch von Sprachkursen stellt für die Betroffenen oft ein Hindernis dar.

„Mama lernt Deutsch – Papa auch“ ist ein niederschwelliges Sprachbildungsangebot für Mütter und Väter, das mit einer Kinderbetreuung verbunden ist. Wir werden uns für den Erhalt und den bedarfsgerechten Ausbau einsetzen und die Maßnahme dauerhaft evaluieren.

Zukunftswerkstatt Jugend

Nach Vorbild der Zukunftswerkstatt Kultur wollen wir, dass ein Zukunftskonzept Jugend erstellt wird. Unser Ziel ist die Abstimmung eines Angebots zwischen Jugendlichen und jungen Erwachsenen, öffentlichen, privaten und Freien Trägern im Bereich der Jugendarbeit, der Sportanbietenden, der Jugendkultureinrichtungen, der allgemeinbildenden und der beruflichen Schulen sowie der Hochschule, der Politik, dem Jugendparlament und der Verwaltung. Wir wollen, dass u. a. folgende Themen in dieser Zukunftswerkstatt behandelt werden: Weiterentwicklung der öffentlichen und privaten Freizeiteinrichtungen in Hinblick auf Öffnungszeiten und Angebote, Treffpunkte und Bewegungsmöglichkeiten für junge Menschen, Möglichkeiten für Feiern und Clubs.

Wir wollen mehr Bewegungsmöglichkeiten und Treffpunkte für junge Leute in allen Stadtteilen schaffen. Angebote an Bewegungsmöglichkeiten wie z.B. Calisthenics, Ninja Warrior Park oder Parcourplätze und Treffpunkte im Bereich des öffentlichen Lebens, wie auch beispielsweise ein Grillplatz am Deich und Jugendcafés in den Stadtteilen können dafür eine Lösung sein.

Auch wollen wir am Willy-Brandt-Platz oder Parkplatz Zoo am Meer prüfen, ob eine schnell abbaubare Sportanlage errichtet werden kann. Dafür wären auf dem Asphalt Linien in Form von mehreren Sportartplätzen nötig. Der Bereich soll mit einem Metallzaun abgesteckt werden, welcher innerhalb kürzester Zeit abbaubar ist, um den Platz für Feste und ähnliche Veranstaltungen zu erhalten oder auch bei drohenden Sturmfluten zu sichern.

Jugendarbeit stark machen

Wir sichern eine auskömmliche Finanzierung der Jugendbildungsreferent:innen und der nötigen Sachkosten in Bremerhaven, um die außerschulische politische

Jugendbildungsarbeit zu gewährleisten. Wir stärken die diverse Jugendverbandsarbeitslandschaft in Bremerhaven und stärken den Dachverband (Stadtjugendring e.V.). Das aufsuchende Angebot der Streetworker:innen hat sich bewährt und muss weiter gestärkt werden.

Wir sichern die ehrenamtliche Arbeit in der Stadt Bremerhaven so, dass sie auf aktuelle Tendenzen, Strömungen und Anforderungen schnell und angemessen reagieren kann und die Angebote für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene auch weiterhin vorgehalten werden können.

Das Jugendparlament ist eine begrüßenswerte politische Beteiligung von Jugendlichen und ein zentraler Baustein für die Demokratiebildung junger Menschen in Bremerhaven. Wir werden diese Form der Partizipation von Jugendlichen durch die Weiterfinanzierung, fachliche Begleitung und ein ausreichendes Budget weiterführen.

Wir unterstützen auch weiterhin die Demokratiebildung von jungen Menschen in unserer Stadt und sorgen für diverse und nachhaltige Projektarbeit.

Kinder und Jugendbeteiligung ist in dem jetzigen Kinder- und Jugendstärkungsgesetz deutlich fokussiert und damit ein Rechtsanspruch von Kindern und Jugendlichen. Es gilt hierbei die Arbeit der/des Kinder- und Jugendbeauftragten so zu stärken, dass Kinder und Jugendliche an allen für sie relevanten Bereichen beteiligt werden können.

Frauenförderung stärken

Frauenförderung bleibt für uns ein Themenfeld, das erweitert und gestärkt werden muss. Wir erkennen die diverse Nutzung des Frauenfördertopfes an. Der Frauenfördertopf zur finanziellen Unterstützung von gezielten Veranstaltungen soll besser beworben und bekannt gemacht werden.

Wir werden das Beratungs- und Hilfsangebot für von Gewalt betroffenen Frauen bedarfsgerecht ausbauen und dabei ein besonderes Augenmerk auf qualifizierte Sprachmittlung legen.

Wir wollen die Abteilung Frauenförderung weiterentwickeln in Bezug auf die Gleichberechtigung der Geschlechter. Dies sollte in Kooperation mit der Bremischen Zentralstelle für die Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frau (ZGF) Bremerhaven geschehen.

Kostenfreie Verhütungsmittel und Menstruationsprodukte

Die Bereitstellung kostenfreier Verhütungsmittel für Personen mit keinem oder geringem Einkommen bis 22 Jahren hat sich bewährt. Die Nachfrage übersteigt regelmäßig das Angebot. Wir werden das Angebot gemäß der durchschnittlichen Nachfrage erhöhen.

Darüber hinaus wollen wir in allen Schulen in Bremerhaven kostenfreie Menstruationsprodukte vorrätig halten.

Gleichstellung der Geschlechter

Unser Ziel ist es geschlechterunabhängige Chancengleichheit herzustellen. Wir werden uns dafür einsetzen, dass in Bremerhaven alle Geschlechter diskriminierungsfrei und selbstbestimmt leben und arbeiten können.

Durch die Stärkung von Ausbildungs-, Berufs- und Karrierechancen von Frauen minimieren wir das Gender-Pay-Gap. Maßnahmen zur weiteren Vereinbarkeit von Familie und Beruf werden wir ausbauen und Möglichkeiten der Teilzeitausbildung sowie Beratungsangebote zu flexiblen Arbeitszeiten und Jobsharing stärken.

Die Bremer Landstrategie für Gendergerechtigkeit und Entgeltgleichheit kann bei effizienter Umsetzung ein wichtiger Schritt darstellen, um die Lohnlücke auf dem Arbeitsmarkt zu verringern. Wir wollen die Umsetzung dieser Maßnahmen in Bremerhaven begleiten und unterstützen. Es ist entscheidend, dass die Stadt Bremerhaven dahingehend eine Vorbildfunktion übernimmt und im öffentlichen Dienst keine sachgrundlosen Befristungen zulässt. Zudem wollen wir uns dafür einsetzen, dass mehr Frauen in Führungspositionen eingesetzt werden.

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie flexible Arbeitszeitmodelle sind weitere Aspekte, die die Attraktivität des öffentlichen Dienstes als Arbeitgeber erhöhen. Indem wir Maßnahmen ergreifen, um die Work-Life-Balance zu verbessern, können wir sicherstellen, dass sowohl Frauen als auch Männer ihr volles berufliches Potenzial entfalten können.

Neuaufstellung des Amtes für Jugend, Familie und Frauen

Wir haben in der letzten Wahlperiode damit begonnen, das Amt für Jugend, Familie und Frauen neu aufzustellen. Wir sind uns einig, dass eine ausreichende personelle Ausstattung dieses Bereiches wichtig ist, um die Betreuung und Unterstützung von Familien und insbesondere von Kindern und Jugendlichen zu gewährleisten.

Die begonnene Organisationsuntersuchung des Amtes für Jugend, Familie und Frauen wird fortgeführt und in der Umsetzung begleitet, um das Amt zukunftssicher aufzustellen. Hierzu zählen neben ausreichender Personalgewinnung auch strukturelle Anpassungen. Gerade im Bereich des Allgemeinen Sozialen Dienstes (ASD) sind Umstrukturierungen notwendig um gezielte Anreize zur Personalgewinnung und -bindung zu setzen. Hierzu können Stipendien für Studierende der Sozialen Arbeit an der Hochschule Bremerhaven vergeben werden.

Die Umsetzung der Digitalisierung im Bereich für Jugend, Familie und Frauen ist eines der Hauptanliegen, um Bürger:innenfreundlichkeit auszubauen und Kommunikationswege zu verschlanken. Hierzu werden wir die technischen Voraussetzungen schaffen. Zudem soll die Effizienz und Effektivität des Amtes verbessert werden, indem die Verwaltung des Amtes gemeinsam an einem zentralen Ort angesiedelt wird. Für den Allgemeinen Sozialen Dienst und andere bürgernahe Anlaufstellen sollten Angebote im Sozialraum vorgehalten werden können.

Die Integrierte Sozialraumorientierung in Bildung und Jugendhilfe entwickeln wir weiter aufbauend auf der begonnenen Evaluation. Im ersten Schritt sollen mögliche

Versorgungslücken in den Bereichen der Bildung und Betreuung von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen ermittelt werden. Im zweiten Schritt werden Synergien zwischen Einzelmaßnahmen genutzt und die Bildungs- und Betreuungsangebote für Bremerhaven weiterentwickelt.

Um der wichtigen Arbeit der Pflegeeltern Rechnung zu tragen, wird das Prinzip „Pflegeeltern“ überarbeitet, mit dem Ziel eine Steigerung der fachlichen und sachlichen Attraktivität zu erreichen. Wir werden die Pflegeeltern durch eine bessere Betreuung und Beratung unterstützen. Somit erhoffen wir eine dringend benötigte höhere Bereitschaft, Pflegeelternschaften zu übernehmen. Ein Synergieeffekt ist ggf. eine Verringerung von Fremdunterbringungen außerhalb Bremerhavens und somit einhergehende Kostenreduzierungen.

Wirtschafts-, Tourismus- und Wissenschaftsstandort Bremerhaven

Der Standort Bremerhaven hat sich in den traditionellen Branchenschwerpunkten wie der maritimen Wirtschaft, der Hafenwirtschaft, der Lebensmittelwirtschaft und dem Tourismus in einem schwierigen Wettbewerbsumfeld behauptet und positioniert. Neue Themenfelder mit Herausforderungen und Chancen kommen dazu, so insbesondere der Bereich der Klimaschutztechnologien, die stetige Erweiterung und Erneuerung des touristischen Angebotes und die kontinuierlich wachsende hochkarätige Wissenschaftslandschaft.

Wie jeder andere Standort auch befindet sich Bremerhaven in einem starken Wettbewerb um Fach- und Arbeitskräfte. Wir wollen daher unsere Seestadt Bremerhaven als attraktiven Wirtschafts-, Tourismus-, Wissenschaft-, Arbeits-, aber auch Lebensstandort sowohl überregional positionieren als auch vor Ort nachhaltig weiterentwickeln.

Wirtschaft

Infrastrukturelle Erschließung und Anbindung des Werftquartiers

Aktuell steht die Stadt Bremerhaven und damit auch der Fischereihafen vor neuen Herausforderungen, die nicht nur ökonomische, sondern auch soziale und klima- sowie umweltbezogene Problemlagen umfassen. Das Stadtentwicklungsgebiet „Werftquartier“ ist ein integrativer Ansatz, mit dem wir eine nachhaltige Antwort auf die Herausforderungen einer modernen Stadtentwicklung geben wollen. Hier bietet sich die Chance Arbeit, Wohnen und Forschung in attraktiver Wasserlage zu realisieren und durch neue Einwohner:innen und Arbeitsplätze positive wirtschaftliche Effekte für Stadt und Land zu generieren. Wir wollen gemeinsam mit dem Land die Anbindungen des Werftquartiers an die umgebenden Stadtteile, unter anderem durch Brückenbau, durch den Ausbau von Straßen und den ÖPNV planerisch weiterentwickeln und anschließend umsetzen. Gleiches gilt für die Herrichtung von öffentlichen Grünanlagen, die Sanierung von Kajen, die Errichtung von Promenaden entlang der Hafenbecken und die Planung und Errichtung des ersten Mobility Hub im Bereich der Külken-Halbinsel. Wir gehen davon aus, dass das Land die Stadt Bremerhaven bei diesem Projekt weiterhin intensiv durch die Bereitstellung von Landesflächen und beim Ausbau der erforderlichen Infrastruktur unterstützt. Hierzu gehört neben den bereits beschlossenen Brückenmaßnahmen auch die Überquerungsmöglichkeit über das Geestesperrwerk für Fußgänger:innen und Radfahrer:innen.

Alternativ zu einer Brückenquerung wollen wir auch die Variante einer autonomen, CO₂-freien Fähranbindung prüfen und gegebenenfalls realisieren. Noch in diesem Jahr soll als zentraler Anlaufpunkt zur Information und Vermarktung des Werftquartiers das „Werftquartierhaus“ umgesetzt werden.

Maritimer Campus

Im Werftquartier wollen wir zwischen der Klußmannstraße und dem Handelshafen/Forschungshafen den Maritimen Campus mit Gemeinschaftseinrichtungen wie Veranstaltungsräumlichkeiten, Mensa, Tagungsfazilitäten, gläsernes Labor, Co-Working und Open Spaces etc. weiterentwickeln und bis zur Ausführungsplanung bringen.

In der südlichen Verlängerung der Aktivitäten des Alfred-Wegener-Institutes wollen wir die Promenade mit Priorität in Richtung Süden herstellen.

Aus- und Weiterbildungs-Campus für erneuerbare Energien

Wir werden uns dafür einsetzen, dass der im Land Bremen geplante Aus- und Weiterbildungscampus im Sektor der erneuerbaren Energien auch einen eigenen Standort in Bremerhaven bekommt. Dies würde die regionale Wirtschaft stärken und neue Perspektiven für Arbeitsplätze schaffen. Es soll eine Infrastruktur errichtet werden, die in der Lage sein muss, Aus- und Weiterbildungs-Infrastrukturen inklusive Technikum und technischem Equipment für die berufliche Weiterbildung, aber auch die Erstqualifizierung durch Hochschulstudium etc. anzubieten.

Gewerbeflächen

Gegenwärtig zeigt sich bereits wieder eine steigende Nachfrage nach Gewerbeflächen von Unternehmen aus dem Bereich der Offshore-Windenergie-Komponentenfertigung. Die Ansiedlung dieser Unternehmen ist durch die Erarbeitung entsprechender Förderprogramme im Rahmen der Klimaschutzstrategie zu unterstützen. Gleiches gilt für die Herstellung von Prototypen sowie deren Erprobung auf geeigneten Teststandorten.

Um in Zukunft auch noch Wachstum zu generieren und neue Arbeitsplätze in der Stadt zu schaffen, brauchen wir eine Kooperation mit den umliegenden niedersächsischen Gemeinden. Insbesondere die Entwicklung eines interkommunalen Gewerbegebietes im Stadtnorden gemeinsam mit der Stadt Geestland und den Ländern Bremen und Niedersachsen wollen wir daher vorantreiben.

Gründerkultur stärken

Wir werden Bremerhaven weiter als attraktiven Standort für Unternehmen, Unternehmensgründungen und Neuansiedelungen ausbauen. Dafür werden wir Gründer:innen bei der Unternehmensgründung weiter unterstützen. Deswegen werden wir alle Beratungs- und Unterstützungsangebote für Gründer:innen bei der Starthaus-Initiative Bremerhaven und dem Gründungsberatungsnetzwerk Bremerhaven verstärken. Dazu wollen wir eine stärkere Vernetzung der Gründerzentren t.i.m.e. Port I-III, BRIG, BIONORD, Food Startup Lab und der

Starthaus-Initiative. Wenn Unternehmen wachsen, brauchen sie eine leistungsfähige öffentliche Verwaltung.

Wir wollen die Wirtschaft beim Einsatz von Green Economy (Wasserstoff, Wind und Sonne) aktiv unterstützen. Die Bestandswirtschaft ist ein wesentlicher Bestandteil unserer Wirtschaft mit vielen Arbeitsplätzen. Die lokalen Unternehmen werden von der Wirtschaftsförderung bei ihrer weiteren Entwicklung auch weiterhin aktiv unterstützt.

LUNE DELTA

Das Gesamtgebiet auf der Luneplate im Süden des Stadtgebietes Bremerhaven stellt heute das letzte großflächige Areal in Bremerhaven dar, das zur Erschließung von Gewerbeflächen zur Verfügung steht. Die Entwicklung der Luneplate ist damit hinsichtlich der Schaffung neuer Arbeitsplätze im Rahmen eines Strukturwandels hin zu einem nachhaltigen und zukunftsfähigen Wirtschaftsstandort und für die demographische Stabilisierung der Seestadt von großer Bedeutung. Wir wollen mit dem „Lune Delta“ ein Gewerbegebiet schaffen, das dem Strukturwandel hin zu einer klimaangepassten Entwicklung der Stadt und der Schaffung von Arbeitsplätzen in den GreenTec-Branchen gerecht wird. Wir unterstützen die Planungen für die Erschließung und Umsetzung des Green-Economy Gewerbegebietes „Lune Delta“ für Unternehmen aus dem Bereich der nachhaltigen Wirtschaft und erwarten, dass das Land Bremen und der Bund im Rahmen der GRW-Finanzierungen (GRW = Gemeinschaftsaufgabe, Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur) in den nächsten Jahren jeweils 45 %, zusammen 90 %, der Finanzierung übernehmen. Im Gegenzug werden wir den 10-prozentigen kommunalen Anteil seitens der Stadt Bremerhaven bereitstellen.

Rahmenbedingungen für Lebensmittel- und Fischwirtschaft optimieren

Die Lebensmittel- und Fischwirtschaft ist einer der größten Arbeitgeber in Bremerhaven. Gute Rahmenbedingungen sind entscheidend, damit die Branche wettbewerbsfähig bleibt und somit Arbeitsplätze erhalten und im besten Fall auch ausgebaut werden. Die weitere Spezialisierung und der Ausbau von Lehrinrichtungen (Hochschule) und Forschungsinstituten für den Bereich der Lebensmittel- und Fischwirtschaft (ttz Bremerhaven (= Technologie-Transfer-Zentrum Bremerhaven), Thünen-Institut für Seefischerei und für Fischereiökologie) sind daher zu optimieren. Außerdem wollen wir das neu gegründete Food Start Up Lab unterstützen, denn es sichert durch seinen Beitrag zur Innovation die Zukunftsfähigkeit der Fisch- und Lebensmittelwirtschaft in Bremerhaven.

Hafen-Infrastrukturen

Die sich aus der Energiewende und dem Ausbau der erneuerbaren Energien ergebenden Chancen sind durch den Bau des Energy Port zu nutzen. Die 100 Hektar des ehemaligen Flugplatzes sind im Sinne einer maximalen Wertschöpfung durch Unternehmensansiedlungen aus dem Bereich der Offshore Windenergie zu entwickeln. In diesem Zusammenhang ist der seit längerem vorgesehene Bau der West-Kaje zum Fischereihafen im Bereich des ehemaligen Flugplatz-Areals jetzt zügig umzusetzen, zumindest bis zur ehemaligen Querlandebahn.

Im Überseehafen sind neben den am seeschifftiefen Wasser erforderlichen Kajen-Neubauten Anpassungen im Bereich der Bananenpier im Zusammenhang mit der Ertüchtigung der Lloydwerft für den Bau von Trafostationen umzusetzen. Es ist also der zweite Bauabschnitt der Bananenpier zu realisieren.

Wir setzen uns für die Realisierung eines Weltraumbahnhofes (Space Port) ein.

Im Zusammenhang mit der Ausrichtung des Fischereihafens als klimaneutrales Gewerbegebiet ist die FBG (= Fischereihafen-Betriebsgesellschaft mbH) bei dem Ausbau der erneuerbaren Energien zu unterstützen. Zur Entlastung des Fischereihafen-Netzes und zur Weiterführung der erfolgreichen Forschungsarbeit des Fraunhofer IWES (= Institut für Windenergie und Energiesystemtechnik) ist das DyNaLab und der Forschungsbereich Netzsimulation weiter auszubauen. Hierzu wird auch eine direkte Anbindung an das 110-KV-Netz benötigt, welches mit Mitteln aus der Klimaschutzstrategie realisiert werden soll. Insbesondere die fischverarbeitenden Unternehmen dürfen dadurch nicht zusätzlich belastet werden. Weiter ist das IWES bei der Errichtung von Testinfrastrukturen für die Erforschung von kleinen Windenergieanlagen zu unterstützen.

Kreuzfahrtterminal

Das Kreuzfahrtterminal ist eine wichtige touristische Infrastruktur für die Seestadt Bremerhaven. Wir werden uns beim Land dafür einsetzen, dass das Terminal sowohl baulich als auch organisatorisch stärker mit unserer Stadt verzahnt wird. Wir wollen prüfen, unter welchen Bedingungen die Stadt Bremerhaven ein Gesellschafter der Columbus Cruise Center Bremerhaven GmbH werden kann.

INNOSegler

Das Projekt INNOSegler, das heißt ein hauptsächlich von der Kraft des Windes angetriebenes Schiffskonzept für die gewerbliche Nutzung soll über Komplementärmittel des Landes für eine Bundesförderung realisiert werden. Die Stadt Bremerhaven oder städtische Gesellschaften werden nicht in den Betrieb und Eigentum einbezogen.

Neugestaltung der Innenstadt-Potenzialflächen

Es muss der Fokus darauf liegen, insbesondere spannende Mieter:innen zu finden bzw. ein Mieter:innenensemble für die Potenzialflächen der Innenstadt zu kreieren, das diese neuen Kund:innen- und Gästeströme generiert. Vor diesem Hintergrund wollen wir prüfen, inwiefern eine neugestaltete Stadtbibliothek als Campus für Kultur, Begegnung und Bildung, die Integration einer Markthalle der Nachhaltigkeit als attraktiver Aufenthaltsort und die Schaffung eines neuen Jugendgästehauses zur Belebung der Innenstadt beitragen können. Es muss durchaus kritisch die Frage gestellt werden, warum einige tausend Studierende keine belebende Wirkung auf die Innenstadt haben, bzw. was dafür getan werden muss, dass eine belebende Wirkung entsteht. Die Neugestaltung der Potentialflächen der Innenstadt werden wir durch ein umfangreiches Baustellenmarketing flankieren und die ehemalige Karstadt-Fläche vorübergehend, falls erforderlich, in die kulturelle Bespielung der Innenstadt einbeziehen.

Citymanagement

Im Zuge der Neugestaltung der Innenstadt wollen wir den Einzelhandel in der Innenstadt unterstützen und ein Citymanagement installieren. Auch die Organisation von Veranstaltungen zur Durchführung von verkaufsoffenen Sonntagen wollen wir durch die Erlebnis Bremerhaven möglichst unter finanzieller Beteiligung des in der Innenstadt ansässigen Einzelhandels flankieren.

Evaluierung des „Gesamtstädtischen Einzelhandelskonzeptes“ von 2016

Das Gesamtstädtische Einzelhandelskonzept hat u. a. zentrale Versorgungsbereiche mit klaren Grenzen definiert, um die dort verträgliche und notwendige Einzelhandelsentwicklung abhängig vom Sortimentsbestand festzulegen. Auf diese Art wurde für die gesamte Stadt die aktuelle Versorgungssituation beleuchtet und ein Konzept für die Zukunft des Einzelhandels in der Seestadt entwickelt.

Die Folgen der Corona-Pandemie und des Ukrainekrieges haben sich erheblich auf das Einkaufsverhalten sowie auf den Gastronomiesektor ausgewirkt. Der schon seit Jahren durch den Onlinehandel bestimmte Strukturwandel hat eine zusätzliche negative Dynamik erfahren. In den Stadtteilzentren und insbesondere in der Innenstadt von Bremerhaven ist dies durch Geschäftsschließungen (SATURN, Karstadt etc.) sowie einen Negativtrend bei der Angebotsqualität ersichtlich.

Wir wollen vor dem Hintergrund der vorgenannten Trends und Änderungen des Strukturwandels, das „Gesamtstädtische Einzelhandelskonzept“ aus dem Jahr 2016 evaluieren, um damit Erkenntnisse zu einzelhandelsbezogenen Maßnahmen zu erhalten, die dem Erhalt und der Stärkung der oberzentralen Funktion der Stadt dienen.

Tourismus

Der Tourismus ist eine bedeutende Säule des Wirtschaftsstandortes Bremerhaven und sorgt für Arbeitsplätze und Umsätze in den touristischen Einrichtungen, in den Beherbergungsbetrieben, im Einzelhandel, in der Gastronomie etc. Vor diesem Hintergrund wollen wir das Tourismuskonzept Bremerhaven 2025 fortschreiben. Dazu gehört, den Boots- und Flusskreuzfahrtstourismus zu stärken. Außerdem wollen wir in Bremerhaven Hein-Mück-Ampeln während der maritimen Tage und der SAIL am Alten Hafen, Neuen Hafen und Hauptbahnhof.

Havenwelten

Klimahaus

Im Klimahaus ist die Ausstellung zum Klimaschutz, zur Energiewende und zu den Zukunftsperspektiven auf der Basis der vorliegenden Planung umzusetzen. Zudem werden wir uns für die Etablierung eines Klimabildungszentrums zur Fortbildung von Lehrer:innen im Bereich des Klimaschutzes einsetzen.

Zoo am Meer

Der Zoo am Meer ist die besucherstärkste Einrichtung in Bremerhaven, die ebenfalls einer stetigen Weiterentwicklung bedarf. Mit dem Gutachten zur Entwicklung eines „Biodom“ als bauliche und inhaltliche Weiterentwicklung des Zoos am Meer ist eine hervorragende Grundlage geschaffen worden, um in den Havenwelten künftig neben den Zukunftsthemen „Migration“ und „Klimawandel“ auch das dritte große Thema „Biodiversität“ abzubilden. Wir werden uns beim Bund dafür einsetzen, Fördermittel für die weitere Planung und den Bau des „Biodom“ zu erhalten.

Deutsches Schifffahrtsmuseum

Das Deutsche Schifffahrtsmuseum – Leibniz-Institut für Maritime Geschichte (DSM) hat als Forschungsmuseum der Leibniz-Gemeinschaft eine ausgesprochene große Bedeutung für die Stadt Bremerhaven. Wir wollen, dass es mit seiner Museumsflotte wieder zu alter Stärke zurückfindet. Aktuell steht das DSM vor wichtigen Herausforderungen, bei denen wir es mit allen Kräften unterstützen wollen.

Wir werden uns dafür einsetzen, dass die museale Ausstellung im Bangertbau als Grundlage für eine erfolgreiche Evaluierung des DSM als Forschungsmuseum der Leibniz-Gemeinschaft fertiggestellt wird. Wir werden uns beim Land dafür einsetzen, dass die finanziellen Mittel für die Sanierung und Fertigstellung des Scharounbaus und die Implementierung einer Ausstellung mit überregionaler Strahlkraft bereitgestellt werden. Für die Ausfinanzierung der Sanierungsmaßnahmen und der Ausstellung sind unter der Federführung der Vorsitzenden des Stiftungsrats des DSM Gespräche mit dem BMBF (= Bundesministerium für Bildung und Forschung) zu führen. Zur Gewährleistung einer positiven Evaluierung werden wir auf eine zeitnahe Umsetzung der angestoßenen Strukturreform achten. Die historischen Schiffe des DSM sind bei der Erforschung maritimer Forschungsbereiche ein wichtiges Mittel. Als maritimes kulturelles Erbe prägen die Traditionsschiffe sowie die maritimen Außenexponate das Bild der Havenwelten. Wir werden uns für den Erhalt und eine nachhaltige Finanzierung der historischen Schiffe und Außenexponate des DSM einsetzen und die Maßnahmen aktiv begleiten.

Freiraumgestaltung und Kajen

Die Situation des südlichen Alten Hafens mit dem DSM verlangt nach einer grundlegenden Verbesserung. Das Außengelände des DSM braucht dazu eine attraktive Neugestaltung. Die Museumsflotte ist dabei ein wichtiger Bestandteil. Die Arbeit der Task Force Maritime der BBU (= Bremerhavener Beschäftigungsgesellschaft „Unterweser“ mbH) wird bei der Unterhaltung der Museumsflotte fortgesetzt. Wir werden die Neugestaltung des Außengeländes im Umfeld des DSM unter Berücksichtigung der Museumsflotte vorantreiben und in das Gesamtkonzept der Wiederherstellung der Gebäude Scharoun und Bangert integrieren und damit die Attraktivität der Havenwelten steigern.

In den Havenwelten sind die restlichen Kajen an der Nordost-Ecke des Neuen Hafens zu erneuern inklusive einer entsprechenden Erneuerung und Neugestaltung der Freianlagen in diesem Bereich. Der Verbindungskanal zwischen dem Alten und Neuen Hafen ist so zu sanieren, dass die dortige historische Klappbrücke weiter betrieben

werden kann und ihre Erschließungsfunktion für die Havenwelten weiterhin erfüllen wird.

NAJADE

Nach dem bedauerlichen Verlust der SEUTE DEERN ist der Bund bereit, den Nachbau eines historischen Frachtseglers als Landmarke in unmittelbarer Nähe zum Museum voll zu finanzieren. Magistrat und Stadtverordnetenversammlung haben die entsprechenden Beschlüsse gefasst, damit die Najade realisiert werden kann. Der historische Frachtsegler wird als Vollschiiff an die schiffbauliche Kompetenz und Tradition der Werften an der Unterweser erinnern können und damit einen wichtigen Beitrag leisten, um das Deutsche Schifffahrtsmuseum nach der Evaluierung und den anstehenden Umbauten und Neugestaltung attraktiver zu machen. Die Stadt Bremerhaven als Stifterin erwartet, dass die Najade nach ihrer Fertigstellung Teil des Deutschen Schifffahrtsmuseums wird.

Roter Sand

Der Leuchtturm Roter Sand ist das älteste Offshore-Bauwerk der Welt, DAS Sinnbild für einen klassischen Leuchtturm, ein maritimes Denkmal erster Güte und der erste und letzte Gruß für Heimkehrende, Einwander:innen und Auswander:innen. Der Erhalt am bisherigen Standort scheint dauerhaft nicht mehr möglich zu sein. Bremerhaven unterstützt die Pläne zur langfristigen Sicherung des Leuchtturms Roter Sand und wird entsprechende Gespräche führen.

Tourist-Information

Die Erlebnis Bremerhaven ist mit ihrer Tourist-Info und auch mit ihren Büroräumen am jetzigen Standort auf der Hafensinsel an ihre Kapazitätsgrenzen gestoßen. Wir werden einen neuen Standort für eine innovative Tourist-Info unter Einbeziehung digitaler Aspekte prüfen. Im Zusammenspiel mit der Hochschule Bremerhaven wollen wir die Errichtung eines Kompetenzzentrums Tourismus prüfen, welches im Rahmen des touristischen Geschäftsfeldes „Wissens- und Erlebniswelten“ des Tourismuskonzeptes ein Schaufenster der Wissenschaft in der Innenstadt beinhaltet.

Unternehmensnachfolge unterstützen

Um Nachfolgen zu erleichtern, sind auch Hilfestellungen bei weiteren Formen der Übergabe zu prüfen. Dies betrifft etwa Übernahmen durch Mitarbeiter:innenbeteiligungen, welche – nicht zuletzt unter dem Aspekt der Arbeitsplatzsicherung – durch spezifische Beratungsangebote der Handels- und Handwerkskammer sowie der Bremerhavener Gesellschaft für Investitionsförderung und Stadtentwicklung mbH (BIS) begleitet werden.

Jugendgästehaus Bremerhaven

Die Seestadt Bremerhaven benötigt dringend ein neues Jugendgästehaus. Das bisherige Jugendgästehaus war mit einer Anzahl von ca. 60.000 Gästen ein wichtiger Baustein in der touristischen Landschaft Bremerhavens und sorgte dafür, dass viele junge Menschen die Seestadt mit ihren spannenden Attraktionen im Bereich der Wissens- und Erlebniswelten kennenlernten und ein ganz anderes Bild von der

Seestadt mitnahmen. Wir werden uns für den Neubau eines Jugendgästehauses im Herzen der Innenstadt einsetzen und dabei auch ein Zusammenspiel mit einer neugestalteten Stadtbibliothek sowie eine Verknüpfung mit den touristischen Marketingaktivitäten prüfen.

Fischereihafen

Das Schaufenster Fischereihafen ist ein wichtiges touristisches Areal für die Seestadt Bremerhaven. Zur Unterstützung der dort befindlichen gastronomischen Betriebe werden wir uns beim Land dafür einsetzen, dass eine ansprechende Überdachung der Außengastronomie auf Mietbasis bereitgestellt wird. Zudem wollen wir den Veranstaltungsbereich im Schaufenster Fischereihafen durch die organisatorische Einbeziehung der Erlebnis Bremerhaven stärken.

Sportmarketing

Der Spitzensport in der Seestadt Bremerhaven trägt sowohl zu einer Verbesserung des Images als auch zu einer touristischen Vermarktung Bremerhavens bei. Wir wollen weiterhin die Fischtown Pinguins und die Eisbären Bremerhaven als Werbeträger für unsere Stadt nutzen und unterstützen.

Überregionale Großveranstaltungen

Überregionale Großveranstaltungen wie die Sail Bremerhaven oder die Maritimen Tage sind wichtige touristische Ereignisse, die sowohl das Image der Stadt prägen als auch bedeutende regionalwirtschaftliche Effekte erzeugen. Wir werden uns beim Land dafür einsetzen, dass die Sail Bremerhaven als Landesveranstaltung weiterhin finanziell abgesichert wird. Zudem werden wir uns beim Land dafür einsetzen, dass der 200. Geburtstag der Seestadt Bremerhaven im Jahr 2027 durch das Land finanziert wird. Die Maritimen Tage werden wir finanziell absichern.

Wissenschaft

Bremerhaven hat sich zu einem leistungsstarken Wissenschaftsstandort mit hochkarätigen wissenschaftlichen Einrichtungen entwickelt. Die Stadt Bremerhaven verfügt über Großforschungseinrichtungen wie das Alfred-Wegener-Institut für Polar- und Meeresforschung, das Fraunhofer-Institut für Windenergie und Energiesystemtechnik, das Thünen-Institut für Seefischerei und Fischereiökologie und das DLR-Institut für den Schutz maritimer Infrastrukturen sowie über Landesinstitute wie dem Technologie- und Transferzentrum Bremerhaven und dem Institut für Seeverkehrswirtschaft und Logistik. Diese hervorragenden Forschungseinrichtungen werden durch die maritim geprägte Hochschule Bremerhaven, dem Deutschen Schifffahrtsmuseum als Forschungsmuseum der Leibniz-Gemeinschaft und die Academy of Comparative Migration Studies, die institutionell an das Deutsche Auswandererhaus angebunden ist, entscheidend ergänzt. Die daraus resultierende Forschungskompetenz umfasst Grundlagen- und praxisorientierte Forschung, die Vermittlung wissenschaftlicher Lehre und die Verbindung von Forschungs- und Bildungsauftrag in besonderer Weise.

Für die Weiterentwicklung des Wissenschaftsstandortes und der leistungsstarken Forschung sind uns die folgenden Punkte wichtig:

- Wir wollen den Wissens- und Technologietransfer als Schlüsselfaktor für die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft stärken. Das in den Forschungseinrichtungen neu gewonnene Wissen soll in den Bremerhavener Unternehmen vermehrt und schneller angewandt werden. Hierfür ist die Etablierung von starken Transfernetzwerken und -veranstaltungen erforderlich.
- Wir werden die stärkere Verzahnung von Forschung und Transfer die Initiierung und Umsetzung von Förderprojekten unterstützen, die neben der Entwicklung von innovativen Forschungsideen, -konzepten und -technologien ebenso die praktische Realisierung beinhalten.
- Die Hochschule Bremerhaven hat mit seinen innovativen und praxisorientierten Studiengängen und den rund 3.000 Studierenden eine besondere Bedeutung für die Stadt Bremerhaven. Der personelle und infrastrukturelle Ausbau der Hochschule Bremerhaven ist für uns ein wichtiger Baustein zur Weiterentwicklung Bremerhavens als Standort für wissenschaftliche Lehre. Darüber hinaus werden wir uns für eine stärkere Verzahnung von Stadt, Wirtschaft und Hochschule einsetzen.
- Der Austausch zwischen Wissenschaft und der Stadtgesellschaft hat für uns einen hohen Stellenwert. Durch die Entwicklung entsprechender Formate sollen die wissenschaftlichen Erkenntnisse der Forschungseinrichtungen für die Stadtgesellschaft zugänglich gemacht und das Image Bremerhavens als Stadt der Wissenschaft weiterentwickelt werden.

Arbeitsmarktpolitik

Allgemeines

Für eine nachhaltige Bekämpfung der (Langzeit-)Arbeitslosigkeit, die viele Menschen in unserer Stadt immer noch besonders betrifft, brauchen wir auch weiterhin passgenaue Programme, um allen Zielgruppen gerecht zu werden. Daher werden wir die erfolgreiche kommunale Arbeitsmarktpolitik in Bremerhaven fortführen und projektbezogen ausbauen. Hierbei setzen wir zur Abstimmung einer Qualifizierung auf eine stärkere Zusammenarbeit mit der Wirtschaft, den Kammern und der BIS (= Bremerhavener Gesellschaft für Investitionsförderung und Stadtentwicklung mbH).

Um die (Langzeit-)Arbeitslosigkeit nachhaltig zu bekämpfen, ist es wichtig, sowohl das Ziel der Integration in den allgemeinen Arbeitsmarkt zu verfolgen als auch individuelle Gegebenheiten zu berücksichtigen. Wir erkennen an, dass nicht alle Personen die gleichen Chancen haben, im ersten Arbeitsmarkt Fuß zu fassen. Daher möchten wir uns verstärkt darauf konzentrieren, arbeitsmarktferne Langzeitarbeitslose durch langfristige Förderung von arbeitsvertraglicher Beschäftigung zu unterstützen. Dabei ist es nicht zwingend erforderlich, dass diese Beschäftigung in ungeforderte Arbeitsverhältnisse übergeht. Vielmehr geht es darum, Teilhabe und einen geregelten Tagesablauf zu sichern.

Unser Fokus liegt hier nicht primär auf einer Rückkehr in den ersten Arbeitsmarkt, sondern auf der Gewährleistung von Teilhabe für arbeitsmarktferne Personen. Wir möchten diesen Menschen durch längerfristige Förderung von arbeitsvertraglicher Beschäftigung eine Perspektive bieten, die ihren individuellen Bedürfnissen und Fähigkeiten entspricht. Es geht darum, ihnen Wertschätzung zu vermitteln, einen geregelten Tagesablauf zu ermöglichen und ihre Teilhabe am gesellschaftlichen Leben sicherzustellen.

Wir sind uns bewusst, dass eine nachhaltige Umsetzung dieses Ansatzes eine angemessene Finanzierung erfordert. Daher werden wir uns sowohl beim Jobcenter, beim Land als auch beim Bund dafür einsetzen, dass die erforderlichen Ressourcen bereitgestellt werden. Eine auskömmliche Finanzierung ist unerlässlich, um die langfristige Förderung arbeitsvertraglicher Beschäftigung für arbeitsmarktferne Langzeitarbeitslose zu gewährleisten.

Indem wir uns sowohl auf die Integration in den allgemeinen Arbeitsmarkt als auch auf die Sicherung von Teilhabe konzentrieren und eine längerfristige Förderung von arbeitsvertraglicher Beschäftigung anstreben, schaffen wir eine ganzheitliche und individuelle Unterstützung für langzeitarbeitslose Menschen. Damit ermöglichen wir ihnen eine Perspektive jenseits des ersten Arbeitsmarktes und tragen zur Stärkung der sozialen Teilhabe bei. Dafür werden wir uns beim Jobcenter, beim Land und beim Bund für eine auskömmliche Finanzierung der entsprechenden Arbeitsmarktinstrumente einsetzen. Die Ausschöpfung der Eingliederungshilfe beim Jobcenter muss verbessert werden. Auch die Aufteilung zwischen der Qualifizierung und den Verwaltungsausgaben muss zugunsten der Qualifizierung verbessert werden.

Das Tariftreue- und Vergabegesetz sowie die Tarifbindung städtischer Gesellschaften spielen eine wichtige Rolle bei der Förderung von fairen Arbeitsbedingungen. Im öffentlichen Dienst und bei öffentlichen Unternehmen sollte die Einhaltung von Tarifverträgen selbstverständlich sein. Wir wollen uns dafür einsetzen, dass in diesem Bereich das Prinzip "Ein Unternehmen - ein Tarif" gilt.

Fach- und Arbeitskräftemangel bekämpfen

Um den Fach- und Arbeitskräftemangel wirksam zu bekämpfen, ist es wichtig, die Unterstützung für Betriebe in den Bereichen Ausbildung, Weiterbildung und Qualifizierung zu stärken.

Wir werden darauf hinwirken, dass abschlussbezogene Qualifizierungen gefördert werden und dass Maßnahmen zur Unterstützung von Ausbildungen und zur Förderung von Beschäftigung umgesetzt werden. Ziel ist es, Menschen in existenzsichernde Arbeit zu integrieren und sozialversicherungspflichtige Beschäftigung zu ermöglichen.

Erfolgreiche Landesprogramme (z.B. Perspektive Arbeit für Frauen – PAF), die einen deutlichen Mehrwert für die Arbeitsmarktpolitik in Bremerhaven darstellen, sollten weitergeführt werden. Hierfür werden wir uns beim Land einsetzen.

Kommunale Arbeitsmarktförderung stärken

Dort wo Vermittlungsangebote der Arbeitsagentur und des Jobcenters nicht greifen, bedarf es zielgenauerer und spezifischerer Maßnahmen zur Wiedereingliederung bestenfalls in den ersten Arbeitsmarkt. Wichtig ist hierbei, dass Arbeitsmarktförderung die vorhandenen Maßnahmen und Netzwerke zielgruppengenau koordiniert und durch neue Angebote unterstützt. Die Ressourcen der Arbeitsmarktförderung sind hierbei zielgenau und bestenfalls durch eine (regionale) Arbeitsmarktstrategie unterlegt einzusetzen und kontinuierlich zu evaluieren.

Durch eine Nutzung kommunaler Arbeitsmarktfördermittel können wir gemeinsam mit den Beschäftigungs- und Qualifizierungsträgern zielgerichtete Programme umsetzen und die dringend notwendige Ko-Finanzierungen für Drittmittelprojekte (ESF (= Europäischer Sozialfonds), EFRE (= Europäischer Fonds für regionale Entwicklung), Bundesmittel) sichern.

Durch Nutzung kommunaler Arbeitsmarktfördermittel können wir die erfolgreichen Förderprogramme zur Qualifizierung und Beschäftigung von Langzeitarbeitslosen weiterhin unterstützen als auch neue Förderprogramme zur zielgruppengerechten Unterstützung von benachteiligten Personengruppen (insbesondere Alleinerziehende und (migrantische) Frauen) entwickeln und auf kommunaler Ebene umsetzen.

Angesichts der aktuell hohen Inflation und Kostensteigerungen können bei bestehenden Mittelvolumen immer weniger Projekte unterstützt werden. Daher ist aus unserer Sicht neben einer Mittelverteilung auch eine angemessene Erhöhung der Fördermittel notwendig. Hier ist zeitnah eine Ermittlung der zusätzlich benötigten Fördermittel nötig.

Durch die kommunalen Arbeitsmarktmittel werden auch die Strukturen der lokalen Arbeitsmarktdienstleister unterstützt (z.B. durch Anleiter- und Regiekostenprogramme). Die lokalen Träger sind durch ihre Kompetenzen und Kenntnisse der lokalen Herausforderungen eine tragende Stütze in der kommunalen Arbeitsmarktpolitik.

Verringerung von Jugendarbeitslosigkeit und Förderung der (dualen) Ausbildung

Wir bekennen uns klar zur Jugendberufsagentur (JBA) und wollen die Arbeit der JBA weiter gemeinsam mit allen Partner:innen fortsetzen. Die Partner:innen und die Kooperationspartner:innen der JBA eint das gemeinsame Ziel, dass kein junger Mensch auf seinem Weg zur Berufsfindung verloren gehen darf. Auch die Kammern sind Partner der Jugendberufsagentur; die intensive Zusammenarbeit mit diesen (auch in Form von gemeinsamen Veranstaltungen, Arbeitsgruppen etc.) muss weiter gefördert werden. Das Ziel dabei ist es, das Matching zwischen offenen Ausbildungsplätzen und ausbildungsbereiten jungen Menschen zu verbessern.

In Bremerhaven gibt es in jedem Jahr weniger offene Ausbildungsstellen als gemeldete Bewerber:innen. Daher ist es wichtig, dass sich die Ausbildungsquote der Bremerhavener Betriebe wieder erhöht. Insbesondere kleinere und mittelständische Unternehmen sollten dabei durch entsprechende Förderungen unterstützt werden,

damit sie wichtige Ausbildungsplätze in Bremerhaven schaffen können. So kann perspektivisch dem Fach- und Arbeitskräftemangel entgegengewirkt werden.

Wir wollen die bestehenden Strukturen der Verbundausbildung (über- und außerbetriebliche Ausbildung) sichern und bei Bedarf ausbauen. Dies ermöglicht es jungen Menschen eine duale Ausbildung anzubieten, die auf dem ersten Ausbildungsmarkt keine passenden Plätze finden. Außerdem können Auszubildende aus laufender Ausbildung aufgenommen werden, wenn aus unterschiedlichen Gründen (Insolvenz, Kündigung) ein Abbruch der Ausbildung droht. Hier bekommen junge Menschen passgenaue Unterstützung und bei Bedarf ergänzende Sprachkurse.

Wir wollen sicherstellen, dass junge Menschen die Möglichkeit haben, ihre Potenziale zu entfalten und ihre beruflichen Ziele zu erreichen. Gleichzeitig wollen wir den Unternehmen die nötige Unterstützung bieten, um Ausbildungsplätze zu schaffen und langfristige Fachkräfte zu gewinnen.

Stärkung und Ausbau von Beratungsangeboten in den Stadtteilen

Wohnortnahe Beratungs- und Unterstützungsangebote sind aus unserer Sicht unerlässlich, wir setzen uns dafür ein, dass die Beratungs- und Unterstützungsangebote für möglichst viele Menschen zugänglich sind. Es ist wichtig, dass Menschen in ihren Quartieren auf wertvolle Beratung zurückgreifen können, sowohl für individuelle Anliegen als auch für die Unterstützung der lokalen Wirtschaft.

Die bestehenden Anlaufstellen wie die Quartiersmeistereien Mitte und Lehe, das Beratungsangebot in Geestemünde, die Stadtteilarbeit in Lehe, Grünhöfe und Leherheide sowie die „Chance Wulsdorf“ sichern wir ab. Diese Einrichtungen spielen eine wichtige Rolle bei der Bereitstellung von Informationen, Beratung und Unterstützung vor Ort.

Wir setzen uns weiterhin dafür ein, dass die Beratungs- und Unterstützungsangebote bedarfsgerecht und auf die individuellen Bedürfnisse der Menschen zugeschnitten sind. Dabei sollten wir auch innovative Ansätze wie digitale Beratungsformate oder mobile Beratungsdienste nutzen, um eine größere Reichweite zu erzielen und mehr Menschen zu erreichen (Barrierefreiheit der Angebote). Insgesamt sorgen wir dafür, dass die Angebote transparent und leicht zugänglich sind, damit Menschen problemlos auf die benötigten Informationen und Hilfsangebote zugreifen können.

Integration von Zugewanderten

Die im Bremerhavener Integrationskonzept formulierten Maßnahmen zur dauerhaften Integration von zugewanderten Menschen in den Arbeitsmarkt müssen umgesetzt und daher finanziell unterlegt werden. Mit geeigneten Vorbereitungsmaßnahmen für (migrantische) junge Menschen wollen wir die Ausbildungsquote weiter steigern und junge Menschen dazu befähigen, eine Ausbildung erfolgreich zu durchlaufen. Wir wollen Angebote für migrantische Frauen schaffen, die bedarfsweise auch eine Kinderbetreuung beinhalten.

Es ist wichtig, dass wir die Integration von Zugewanderten in den Arbeitsmarkt fördern und dafür mehr Bremerhavener Betriebe gewinnen. Dies stärkt perspektivisch den sozialen Zusammenhalt und ist eine wichtige Säule zur Bewältigung des Fach- und

Arbeitskräftemangels in Bremerhaven. Wir werden Maßnahmen ergreifen, um das Bewusstsein und die Sensibilität der Unternehmen für die Vorteile der Vielfalt und Integration zu stärken. Hierbei werden wir einen offenen Dialog mit den Kammern und Unternehmensnetzwerken suchen, um gemeinsam Lösungen zu entwickeln und best practices zu teilen.

Ein wichtiger Aspekt bei der Integration von Zugewanderten ist die Sprachkompetenz. Daher werden wir sicherstellen, dass ausreichend Sprachkurse auf unterschiedlichen Niveaus angeboten werden. Zugewanderte sollen die Möglichkeit haben, ihre Sprachkenntnisse zu verbessern und somit ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt zu erhöhen. Es ist ebenfalls wichtig, dass bei Bedarf eine Kinderbetreuung während der Sprachkurse angeboten wird, um Zugewanderten mit Familienverantwortung die Teilnahme zu erleichtern.

Indem wir uns für eine offene und integrative Gesellschaft in der Seestadt einsetzen, stärken wir nicht nur die individuelle Freiheit und Chancengleichheit, sondern fördern auch den wirtschaftlichen Erfolg unserer Stadt. Durch den Dialog mit den Unternehmen, die Bereitstellung von passgenauen Sprachkursen und die Schaffung von Rahmenbedingungen, die Zugewanderte ermutigen, sich aktiv in den Arbeitsmarkt einzubringen, können wir eine erfolgreiche Integration erreichen.

Fortschreibung des Programms „Wohnen in Nachbarschaften (WiN)“

Wir wollen das kommunale Programm „Wohnen in Nachbarschaften (WiN)“ weiterführen. Das Antragsvolumen hat die zur Verfügung stehenden Mittel 2022 und 2023 deutlich überschritten. Daher wollen wir das Volumen angemessen ausbauen.

Stärkung der ehrenamtlichen Strukturen/ Umsetzung der Engagement-Strategie

Das gesellschaftliche Leben in Bremerhaven wird maßgeblich mitgetragen durch ehrenamtliches Engagement. Während der Corona-Pandemie wurde seitens des Landes die Erstellung einer Engagement-Strategie in Auftrag gegeben. Ziel dieser ist es zu untersuchen, wie die Freiwilligenstrukturen besser unterstützt werden können. Der Prozess wurde für den Magistrat federführend vom Amt für kommunale Arbeitsmarktpolitik begleitet. Hier ist auch die Freiwilligenagentur Bremerhaven angesiedelt, die wir hauptamtlich unterstützen wollen. Über die Mitwirkung am Prozess, die Einbindung unterschiedlicher Fachbereiche, in denen Ehrenamt eine maßgebliche Rolle spielt (u.a. Schule, Kinderförderung, Kultur, Sport, Jugend, Soziales, Senior:innen) sowie einem Fachtag wurden Bedarfe und Ziele erörtert.

Öffentliche Sicherheit und Sauberkeit

Polizei

Die Koalition bekennt sich zur Ortspolizeibehörde Bremerhaven und ihrer Eigenständigkeit. Durch ihre Verankerung auf kommunaler Ebene schafft die

Ortspolizeibehörde optimale Voraussetzungen, um den spezifischen regionalen Herausforderungen in unserer Stadt zu begegnen und den Bürger:innen sowohl objektive als auch subjektive Sicherheit zu gewährleisten.

Sicherheit und Sauberkeit gehören zu den Grundbedürfnissen unserer Bürger:innen, nach denen sie ihre Lebensqualität beurteilen. Wir werden weiterhin daran arbeiten, das Sicherheitsgefühl der Menschen in ihrem unmittelbaren Wohnumfeld, auf öffentlichen Plätzen, in unseren Parks und öffentlichen Einrichtungen zu stärken. Dazu werden wir die Stadt auf sogenannte Angsträume überprüfen und diese qualitativ aufwerten. Oft reicht schon eine bessere Ausleuchtung von Wegen, Plätzen und Grünflächen aus, damit sich Menschen sicherer fühlen. Zusätzlich ist es von besonderer Bedeutung, dass die Polizei vor Ort präsent ist und den Bürger:innen als Ansprechpartner zur Verfügung steht. Die Präsenz der Polizei auf den Straßen ist von großer Bedeutung. Wir werden regelmäßig Bereiche überwachen, in denen das Sicherheitsgefühl eingeschränkt ist, wie zum Beispiel in der Hafensstraße. Die Kontaktpolizist:innen leisten eine wertvolle Arbeit bei der direkten Betreuung der Bürger:innen im Stadtteil. Wir werden ihre Stellen nicht nur erhalten, sondern auch weiterhin fördern und ihnen die nötige Unterstützung zukommen lassen.

Angesichts der wiederholten Gewaltakte gegen unsere Einsatzkräfte, insbesondere gegenüber Polizei und Feuerwehr, ist es von größter Bedeutung, dass wir energisch handeln. Wir verurteilen diese Gewalttaten aufs Schärfste. Ebenso werden wir entschieden gegen aggressives Verhalten gegenüber den Beschäftigten in den Ämtern des Magistrats und der Justiz vorgehen. Wir erkennen die Notwendigkeit an, unsere Maßnahmen zum Schutz und zur Unterstützung unserer Einsatzkräfte und Magistratsmitarbeiter:innen zu erweitern. Wir werden geeignete Maßnahmen erarbeiten, weiterentwickeln und umsetzen, um sicherzustellen, dass sie in einem sicheren Arbeitsumfeld agieren können. Unsere oberste Priorität ist es, ihre Sicherheit und Wohlbefinden zu gewährleisten.

Personal

Wir fordern ausdrücklich, dass die Pläne des Landes Bremen, die Polizei in Bremerhaven zukunftsorientiert aufzustellen, indem die Personalzielzahl auf mindestens 580 Vollzeitäquivalente (VZÄ) erhöht wird, umgesetzt werden. Um dieses Ziel zu erreichen, ist es wichtig, verlässliche und konstante Einstellungszahlen sowie Ausbildungskapazitäten sicherzustellen. Darüber hinaus wird die zusätzliche und bedarfsorientierte Einstellung von Tarifangestellten erforderlich sein. Die fünf Stellen, die kommunal finanziert sind, gehen in die Zielzahlplanung ein.

Gemeinsam mit dem Land Bremen werden wir nach neuen Wegen suchen, um die Ausbildung von Polizeibeamt:innen attraktiver zu gestalten und die Polizei auch für weitere Fachkräfte als erstrebenswerten Arbeitgeber zu positionieren. Wir erkennen die Forderung nach einer angemessenen Besoldung (Aufhebung der Unterdeckung) in allen Bereichen sowie die Auszahlung von Überstunden auf Wunsch an. Wir werden uns auf Landesebene dafür einsetzen, dass diese Forderungen umgesetzt werden.

Aufgrund bereits erfolgter Änderungen der Rahmenbedingungen, wie beispielsweise dem BremPolG (Bremisches Polizeigesetz), sowie geplanter rechtlicher Neuerungen, wie dem Versammlungsfreiheitsgesetz, erkennen wir den Bedarf an der Einstellung eines/einer Volljuristen/in bei der Ortspolizeibehörde Bremerhaven an.

Wir unterstützen dieses Vorhaben im Rahmen der geplanten Erhöhung der Zielzahl auf 580 Vollzeitäquivalente (VZÄ). Durch die Hinzunahme eines/einer Volljuristen/in können wir sicherstellen, dass die Polizei in Bremerhaven bestens gerüstet ist, um den rechtlichen Anforderungen gerecht zu werden und effektive Maßnahmen zum Schutz der Bürger:innen umzusetzen.

Um den zunehmenden psychosozialen Belastungen im Polizeivollzugsdienst zu begegnen, werden wir eine Koordinierungsstelle einrichten, die sich vorrangig mit der Förderung der psychosozialen Widerstandsfähigkeit befasst. Diese Stelle wird in der täglichen polizeilichen Arbeit auf allen Ebenen und Bereichen, wie zum Beispiel Gewalt gegen Polizeibeamt:innen, belastende Einsatzsituationen oder auch Bearbeitung von herausragenden Straftaten, wie z.B. Tötungs- oder Sexualdelikten, eine wichtige Rolle spielen.

Ausstattung

Nachdem der Bau des neuen Polizeireviere in Geestemünde begonnen hat und voraussichtlich bis Ende 2025 abgeschlossen sein wird, erkennen wir den dringenden Bedarf an zusätzlichen Räumlichkeiten für eine moderne Infrastruktur und durch steigende Zielzahlen auch am Standort der Ortspolizeibehörde Bremerhaven in der Hinrich-Schmalfeldt-Straße an.

Die Distanz-Elektroimpulsgeräte (Taser) haben sich in Bremerhaven als wichtiges Einsatzmittel bewährt. Die Taser sind effektive Werkzeuge, um die Sicherheit von Polizeibeamt:innen zu gewährleisten und die öffentliche Ordnung aufrechtzuerhalten. Ihr Einsatz ist daher von großer Bedeutung für eine effiziente Polizeiarbeit in Bremerhaven.

Auch die Bodycam hat sich im Polizeialltag bewährt. Die Anzahl dieser Geräte – auch die der Taser – muss vom Land weiter ausgebaut werden.

Zur weiteren Entlastung der Polizei streben wir an, dass zukünftig die Spielräume voll ausgenutzt werden, Schwerlastverkehre ausschließlich von privaten Sicherungsunternehmen begleiten zu lassen.

Digitalisierung

Professionelle Strafverfolgung und Gefahrenabwehr erfordern neueste Technik. Deshalb setzen wir uns für die Auflegung eines Investitionsprogrammes zur Digitalisierung unserer Polizei, insbesondere durch flächendeckende Einführung einer zukunftsorientierten IT-Architektur (u.a. mobile policing), Bereitstellung von Technik und Einsatz sowie Einstellung von „Expert:innen“ zur internen Umsetzung von Digitalisierungsprojekten sowie zur Bekämpfung bestehender und „neuer“ Phänomene, z. B. Cybercrime und Hasskriminalität sowie zur Durchführung der dazu erforderlichen Analysen und Prozessgestaltung zur elektronischen Aktenführung im Kontext E-Government, ein. Das Erfolgsmodell der Onlineanzeige und Hinweisaufnahme wollen wir stetig ausbauen.

Zukunftsfähigkeit der Leitstelle

Im Hinblick auf technische Fortschritte und taktische Anforderungen ist es unerlässlich, ein neues Leitstellengebäude und moderne Leitstellentechnik auf dem Gelände der Feuerwehr zu schaffen. Die veränderten Einsatzszenarien wie beispielsweise Großlagen (BAO = besondere Aufbauorganisation z.B. Vorfall am Lloyd-Gymnasium) haben deutliche Auswirkungen auf Leitstellen und stellen zukünftig hohe Anforderungen an die Technik, Organisation und Personal. Die Leitstellen befinden sich im Wandel von Einsatzmanagern zu Krisenmanagern für hochkomplexe und dynamische Lagen. Eine Vernetzung mit dem Ziel, die Handlungsfähigkeit in Sonderlagen zu erhalten, ist dabei von großer Bedeutung.

Die Einrichtung einer kooperativen Leitstelle gemeinsam mit der Feuerwehr schafft die notwendigen Voraussetzungen dafür und ermöglicht gleichzeitig die Nutzung von Synergieeffekten bei den erforderlichen Investitionen für eine moderne Leitstellenorganisation in der Stadt Bremerhaven. Wir unterstützen daher nachdrücklich das Vorhaben einer neuen und gemeinsamen kooperativen Leitstelle für die Polizei und die Feuerwehr Bremerhaven.

Phänomene und Schwerpunkte

Wir werden die Maßnahmen gegen Clankriminalität weiter verstärken und auch den Kampf gegen den Einfuhrschmuggel intensivieren. Die Zusammenarbeit unserer Ortspolizeibehörde mit dem Zoll wollen wir weiter ausbauen. Dabei werden wir die Vermögensabschöpfung als effektives Instrument verstärkt einsetzen. Besonderes Augenmerk legen wir zudem auf die Verfolgung von Straftaten im Bereich der Kinderpornografie und der Internetkriminalität, der wir einen hohen Stellenwert beimessen.

Durch die Unterstützung des Präventionsrates sowie durch gezielte Maßnahmen der polizeilichen Kriminalprävention wollen wir ältere Menschen vor Straftaten schützen. Mit gezielter Aufklärung und Verhaltenstipps werden wir Senior:innen davor bewahren, Opfer von typischen Trickbetrügereien zu werden. Darüber hinaus werden wir die Phänomenverantwortung für alle Straftaten zum Nachteil älterer Menschen im Amt der Kriminalpolizei bündeln und die Ermittlungsarbeit zusammenführen. Durch die geeinte Bearbeitung unterschiedlicher Delikte in einer Zuständigkeit sollen Serien schneller erkannt und vereitelt werden. Der besonderen Kriminalitätsfurcht älterer Menschen werden wir durch polizeiliche Schwerpunktmaßnahmen an erkannten Brennpunkten und sogenannten „Angsträumen“ entgegentreten.

Um effektiv auf Jugendkriminalität zu reagieren, ist ein entschlossenes und koordiniertes Vorgehen aller beteiligten Behörden erforderlich. Dabei sollte stets im Fokus stehen, die Ursachen und Hintergründe für straffälliges Verhalten von jugendlichen oder heranwachsenden Personen zu verstehen und gezielte Maßnahmen zu ergreifen, um diese Personen davon abzuhalten, weitere Straftaten zu begehen. In diesem Zusammenhang unterstützen wir nachdrücklich die weitere Entwicklung des (virtuellen) Hauses des Jugendrechts in Bremerhaven und erkennen die Notwendigkeit einer dauerhaft besetzten Koordinierungsstelle an. Wir werden die Einrichtung dieser Stelle aktiv unterstützen.

Seit mehr als 30 Jahren steht der Präventionsrat für die Stärkung des Sicherheitsgefühls der Bremerhavener Bürger:innen. Wir werden die Arbeit des Präventionsrates als Impulsgeber, Anlauf-, Informationssammelstelle und Netzwerk weiterhin unterstützen.

Brennpunkte von Kriminalität in unserer Stadt werden regelmäßig ermittelt und entschärft. Dazu gehören eine ausreichende Beleuchtung und ggfs. auch anlassbezogene Videoüberwachung des öffentlichen Raumes im Rahmen der rechtlichen Möglichkeiten. Die Rotlichtmeile Lessingstraße werden wir durch eine Schließung der Straße für den motorisierten Individualverkehr verkehrsberuhigen.

In Leherheide hat es in den vergangenen Jahren immer wieder Auffälligkeiten durch Jugendgruppen, Vandalismus an Schulen, Autos und Vereinseigentum gegeben. Darauf werden wir mit einer angepassten Polizei- und Sicherheitsstrategie und weiter ausgebauter Präsenz auf den Straßen in Verbindung mit Streetworker:innen reagieren.

Feuerwehr

Die Feuerwehr ist Garant für die Sicherheit der Bevölkerung in unserer Stadt. Angesichts der sich stetig verändernden Einsatz- und Bedrohungsszenarien ist es unser vorrangiges Ziel, die Leistungsfähigkeit der Feuerwehr auch für zukünftige Herausforderungen sicherzustellen.

Neuausrichtung des Katastrophenschutzes

Die Feuerwehr Bremerhaven nimmt die Aufgaben der Ortskatastrophenschutzbehörde wahr und bündelt die mitwirkenden Organisationen.

Katastrophen und kriegerische Auseinandersetzungen sind weltweit Alltag. Naturkatastrophen in Form von Starkregenereignissen und Unwetterlagen sind in den letzten Jahren stark in den Fokus gerückt. Die Corona-Pandemie hat in ihren Auswirkungen und in ihrer Dauer ein seit dem letzten Weltkrieg nicht mehr vorgekommenes Ausmaß erreicht. Das gleiche gilt für die Hochwasserkatastrophe des Jahres 2021 oder die kriegerische Auseinandersetzung in der Ukraine mit den Folgen der Flüchtlingsbewegung.

Aus den Erkenntnissen dieser Entwicklungen und in der Annahme, dass sich die erlebten Katastrophen eher nochmals verstärken werden, ergibt sich auch weiterhin starker Handlungsbedarf. Die in der letzten Legislaturperiode begonnene Neuausrichtung des Katastrophenschutzes im Rahmen einer 5-Jahresplanung wird kontinuierlich fortgeführt. Eine Erweiterung der personellen und materiellen Ressourcen zur Katastrophenbewältigung muss geprüft und nach Bewertung umgesetzt werden.

Die sich aus der Zuständigkeit des Landes Bremen für den Katastrophenschutz ergebenden Aufgaben müssen auch landesseitig finanziell abgesichert werden. Daher wird sich die Koalition auf Landesebene mit Nachdruck dafür einsetzen.

Eine der Kernaufgaben im heutigen Katastrophenschutz ist die Sicherung der Energieversorgung im Katastrophenfall. Dafür werden wir gemeinsam mit dem Betreiber prüfen, wie das Müllheizkraftwerk zu einem schwarzstartfähigen Kraftwerk ausgebaut werden kann.

Sicherstellung des Brandschutzes – Umsetzung der Brandschutzbedarfsplanung

Das im Rahmen der Brandschutzbedarfsplanung definierte Schutzziel ist Grundlage für die personelle und technische Ausstattung der Feuerwehr und die Festlegung der notwendigen Standorte.

Die personelle Ausstattung der Feuerwehr orientiert sich hierbei an den in der Brandschutzbedarfsplanung definierten notwendigen Einsatzfunktionen für den Brandschutz.

Für Brandbekämpfung, Rettungsdienst und Hilfe in Katastrophenfällen braucht es qualifiziertes Personal. Aufgrund des Fachkräftemangels und der demografischen Entwicklung bestehen zunehmend Schwierigkeiten, den Bedarf an Feuerwehrfrauen und -männern zu decken. Der Feuerwehrynachwuchs rekrutiert sich größtenteils aus technikaffinen Berufen und Studiengängen. Ausbildungsvergütungen und Einstiegsbesoldungen müssen dieser notwendigen hohen beruflichen Vorqualifikation Rechnung tragen. Zukünftig muss die Nachwuchsgewinnung aber auch auf andere Säulen gerichtet werden. Eigene Ausbildungsangebote für die notwendige vorberufliche Qualifikation mit der Zielrichtung Schulabgänger:innen zu gewinnen werden eingerichtet.

Die Technische Ausstattung der Feuerwehr ist zeitgemäß. Durch laufende Investitionen wird die Einsatzfähigkeit auch zukünftig gesichert.

Zur Sicherstellung der Hilfsfristen ist der Neubau zunächst einer Feuer- und Rettungswache für das stadtbremische Überseehafengebiet und die nördlichen Stadtteile zwingend notwendig. Die notwendigen Voraussetzungen und die anteilige Finanzierung durch das Land Bremen wurden in der letzten Wahlperiode geschaffen, in dieser Wahlperiode wird der Neubau realisiert.

Im Anschluss wird die erforderliche Feuerwache im Süden der Stadt umgesetzt, hierbei wird die Entwicklung im Gebiet Luneplate mit Green Economy und anderen Ansiedlungen aus Sicht der Brandschutzbedarfsplanung begleitet.

Anerkennung und Stärkung des Ehrenamtes bei den Freiwilligen Feuerwehren

Die Freiwilligen Feuerwehren sind unverzichtbarer Bestandteil der Gefahrenabwehr. Ihre Leistungsfähigkeit und die Unverzichtbarkeit zeigten die Freiwilligen Feuerwehr insbesondere während der vergangenen Krisen und im alltäglichen Einsatz. Die Sicherstellung des ehrenamtlichen Feuerwehrynachwuchses durch geeignete Maßnahmen und Projekte, die finanzielle Unterstützung der jeweiligen Jugend- und Kinderfeuerwehren, der kurzfristige Abschluss des Neubaus des Gerätehauses für die Freiwillige Feuerwehr in Wulsdorf und die verbesserte technische Ausstattung aller drei Freiwilligen Wehren wird sichergestellt. Wir wertschätzen die ehrenamtliche Arbeit der freiwilligen Feuerwehren und werden sie auch weiterhin unterstützen.

Zukunftsfähiger Rettungsdienst

Die Notfallrettung ist Bestandteil der öffentlichen Daseinsvorsorge und sichert Leben und Gesundheit der Menschen. Die Ausbildung der Rettungssanitäter:innen spielt dabei in Bremerhaven eine wichtige Rolle. Zunehmende Probleme im Gesundheitssystem führen zur Steigerung der Einsatzzahlen im Rettungsdienst, die Patient:innen rufen öfter die 112 um lange Wartezeiten in den Arztpraxen zu vermeiden.

Die Feuerwehr als Rettungsdienststräger und Durchführender der Notfallrettung wird sich diesen Herausforderungen weiter stellen müssen. Es wird allerdings darauf zu achten sein, dass Probleme anderer Versorgungsbereiche im Gesundheitsdienst nicht durch den Rettungsdienst weiter kompensiert werden.

Zukunftsfähigkeit der Leitstelle

Die Einrichtung der integrierten Regionalleitstelle mit Zuständigkeiten für die Landkreise Cuxhaven, Osterholz und die Stadt Bremerhaven bei der Feuerwehr war der richtige Schritt.

Veränderte Einsatzszenarien wie Pandemien, Unwetterlagen usw. haben deutliche Auswirkungen auf Leitstellen und stellen zukünftig hohe Anforderungen an die Technik, Organisation und Personal. Die Leitstellen befinden sich im Wandel von Einsatzmanagern zu Krisenmanagern für hochkomplexe und dynamische Lagen. Eine Vernetzung mit dem Ziel, die Handlungsfähigkeit bei Sonderlagen zu erhalten, ist dabei von großer Bedeutung.

Bürger- und Ordnungsamt

Unsere Bürger:innen legen zu Recht großen Wert auf Ordnung und Sicherheit. Sie wollen sich in ihrem unmittelbaren Lebensumfeld wohl fühlen und frei von Belästigungen bewegen können, ohne Vandalismus, aggressives Betteln, Ruhestörungen, rücksichtsloses Parken, Schmierereien und mutwillige Verschmutzungen. Gefüllte gelbe Müllsäcke haben im öffentlichen Straßenraum genauso wenig zu suchen, wie in und vor Hauseingängen abgelegte Zeitungsstapel. Die "Schmuddelecken" müssen weg. Wir werden den grundsätzlich gut funktionierenden Ordnungsdienst daher in die Lage versetzen, dies zukünftig noch stärker im Zusammenspiel mit der Polizei und den Entsorgungsbetrieben zu gewährleisten. Daher werden wir den Ordnungsdienst schrittweise auf rund 95 Mitarbeiter:innen ausbauen. Das ist Teil der Sicherheits- und Sauberkeitsoffensive dieser Koalition. Dazu gehört auch die Aktivitäten von Ordnungsdienst und Polizei weiter zu verzahnen. Damit werden wiederum Fußstreifen, bspw. auf der Hafestraße, möglich. Ebenso werden wir die Kräfte des Außendienstes des Bürger- und Ordnungsamtes zum Schutz gegen verbale und körperliche Gewalt mit Bodycams ausstatten.

Um die Situation zu verbessern, werden wir den Fokus verstärkt auf mehrsprachige Aufklärungsangebote legen. Insbesondere zur Ansprache unserer Mitbürger:innen mit Migrationshintergrund werden wir vermehrt auf Sprachmittler:innen zurückgreifen.

Das Bürger- und Ordnungsamt benötigt dringend räumliche Anpassungen, um seinen Aufgaben gerecht zu werden. Vor allem der Ausbau des Stadthauses 5 und die

Schaffung geeigneter Räumlichkeiten, um Wahlen und die damit verbundene Logistik durchführen zu können, stehen dabei im Fokus. Wir erkennen die Dringlichkeit dieser Maßnahmen an und werden sie nun umgehend planen und zeitnah umsetzen.

Abschiebung, verbunden mit allen negativen Begleiterscheinungen, ist eine zwingende gesetzliche Rechtsfolge, wenn ausreisepflichtige Ausländer:innen ihrer Ausreisepflicht nicht selbstbestimmt und unter Inanspruchnahme der finanziellen Rückkehrförderung nachkommen. Sie nehmen dann die negativen Begleiterscheinungen wissend in Kauf.

Um zukünftig die Einhaltung der Ordnung und Sicherheit, sowie die Verkehrsüberwachung noch stärker in den Fokus zu nehmen, sollen Kontrollen durch das Bürger- und Ordnungsamt auch in den späten Abend- und Nachtstunden oder an Sonn- und Feiertagen erfolgen. Mit einer verstärkten Präsenz des Ordnungsamtes auf öffentlichen Straßen, Plätzen und in Parks soll der zunehmenden Unsitte, Abfälle im öffentlichen Raum achtlos wegzuworfen oder liegenzulassen, ohne die dafür vorgesehenen Abfalleimer oder Papierkörbe zu benutzen, begegnet werden.

Die Dienstleistungen des Bürgerservice werden auch weiterhin konsequent digitalisiert. Dabei könnte ein weiterer wichtiger Baustein die Einrichtung eines Abholschranks für Dokumente beim Bürgerbüro Mitte im Geestbankhaus sein. Damit könnten mittels verschlüsselter Zugangsdaten Bürger:innen auch außerhalb der bereits umfangreichen Öffnungszeiten des Bürgerbüros Mitte ihre fertiggestellten Personaldokumente abholen. Wir werden den Service in den beiden Bürgerbüros durch eine Vereinfachung des Bezahlsystems und der weiteren Optimierung der Terminvergaben ausbauen und die Öffnungszeiten evaluieren. Wir werden Dienstleistungen des Bürgerbüros auch in externen Räumlichkeiten in den Stadtteilen anbieten.

Durch die Zuwanderung ist als ein Baustein der Integration und des Fachkräftebedarfes von ausländischen Staatsangehörigen in Bremerhaven eine kurz- und mittelfristige personelle Verstärkung in der Sachbearbeitung der Bereiche Ausländerrecht, Migration und Einbürgerung notwendig.

Die stationäre Verkehrsüberwachung wird ausgeweitet, hier wird insbesondere der Fokus auf Rotlichtverstöße an prekären Standorten wie beispielsweise Grimsbystraße/Stresemannstraße oder Cherbourger Straße/Langener Landstraße durch neue technische Anlagen auf dem Gebiet der kombinierten Rotlicht/Geschwindigkeitsüberwachung gelegt. Auch dem Parken in zweiter Reihe werden wir konsequent begegnen.

Zusätzliche Unterstützung erfährt die Schutzpolizei durch die Anschaffung weiterer Smartphones für das Bürger- und Ordnungsamt zur digitalen Anzeigenaufnahme (keine Papieranzeigen, medienbruchfreie Übernahme durch die Bußgeldstelle).

Bau, Verkehr und Stadtentwicklung

Bau

Bremerhavens historisch gewachsene städtebauliche Infrastruktur stellt für die stadtplanerische Weiterentwicklung Herausforderungen in den Bereichen Verkehrsentwicklung, ÖPNV (= öffentlicher Personennahverkehr), individueller Verkehr, Stadtteilentwicklung, Sanierung historischer Bausubstanz, Neuausrichtung der Innenstadt und der Stadtteilzentren dar.

Entwicklung von unterschiedlichen Wohnformen

Wohnen kann im Ein- oder Mehrfamilienhaus, im Mehrgenerationenwohnhaus oder im Tiny House stattfinden. Wir wollen in Bremerhaven dazu mit unterschiedlichen Wohnmodellen beitragen. Dazu gehören die Ausweisung von Einfamilienhausgebieten mit ökologischen Bauprojekten sowie konventionellen Bauflächenangeboten innerhalb der Stadt, um Steuerverluste zu vermeiden und einer sozialen Entkernung entgegenzuwirken. Wichtig ist, dass ökologisches Bauen in Bremerhaven in Verbindung mit Klimaschutz in der Stadtplanung vorrangig mitbedacht wird. Neubau in Bremerhaven soll künftig klimapositiv sein. Das heißt ein bewohntes Gebäude liefert mehr erneuerbare Energie als es Energie verbraucht. Wir wollen das ökologische Bauen fördern und darüber informieren.

Neue Wohngebiete müssen künftig zusammen mit einem Mobilitätskonzept geplant werden. Dabei wollen wir auch autofreie Wohngebiete schaffen. Hierfür werden wir die Stellplatzverordnung anpassen. Im neu entstehenden Werftquartier sind Querungen der Wasserflächen notwendig. Um aufwendige Brückenbauwerke, die auch dem Schiffsverkehr weiterhin Durchlass gewähren müssen, wenn möglich zu vermeiden, soll der Ansatz von autonom fahrenden Fähren mit Brennstoffzellenantrieb unterstützt und gefördert werden.

Bestandsimmobilien müssen bei der energetischen Qualität nachziehen und durch Dämmung, Photovoltaikanlagen, Wärmepumpen oder Fernwärmeanschluss in die Lage versetzt werden, klimafreundlich aufgestellt zu sein. Hierbei werden die Menschen durch Förderprogramme unterstützt.

Über eine Gestaltungssatzung wird geregelt, dass keine weiteren Schottergärten angelegt werden dürfen. Die Grundstückseinfriedungen dürfen grundsätzlich nur als offene, licht- und luftdurchlässige Einfriedung oder als Hecken realisiert werden. Eine Kombination ist möglich, der Einbau von Sichtschutzzäunen, Kunststoffplanen, Kunststoffflechtwerk oder ähnlichem ist nicht zulässig. Geschlossene Einfriedungen sind nur partiell, z. B. als Sichtschutz für Terrassenbereiche zulässig. Der Ausbau bezahlbarer barrierearmer Wohnangebote ist wichtig, um die Möglichkeiten selbstbestimmten Lebens bei Beeinträchtigungen zu verbessern und zu vermeiden, dass Menschen bei eintretenden Mobilitätseinschränkungen aus ihrem angestammten Wohnumfeld verdrängt werden bzw. ihre Wohnungen nur noch unter größtem Aufwand verlassen können. In den Stadtteilen werden wir Impulsprojekte für neue Wohnformen, wie beispielsweise ein Studierenden- und Auszubildendenwohnheim mit Treffpunktcharakter und die Koppelungen von betreutem Wohnen für Menschen mit Behinderung einrichten. Wir wollen Senior:innen- und Beeinträchtigten-

Wohngemeinschaften einrichten, so dass verschiedene Menschen mit ähnlichen Bedürfnissen am gleichen Ort leben.

Die Herstellung des Baugrundes auf dem Ackmann wäre teuer und langwierig. Ebenso ist die verkehrliche Anbindung des Baugeländes mit erheblichen Kosten verbunden. Weil wir schnell weitere Flächen für Einfamilienhäuser brauchen, stoppen wir die geplante Bebauung des Ackmanns. Stattdessen werden wir alternative Flächen für die Bebauung mit Einfamilienhäusern ausweisen - damit können wir Flächen für rund 100 Häuser, überwiegend in Nachverdichtung - entwickeln. Dabei spielt auch die Innenverdichtung eine Rolle, wie beispielsweise rund um den Leher Bahnhof.

Innenstadtentwicklung

Innenstadt

Die Innenstadt ist das Herz Bremerhavens. Wir nehmen die Anregungen durch die Bürgerbeteiligung auf und werden zielgerichtet Projekte davon umsetzen und auch auf Dauer finanziell absichern.

Mit dem Erwerb des Karstadt-Komplexes wollen wir die einmalige Chance nutzen, das Herz der Innenstadt auch unter Einbeziehung der Grundstücke „Eulenhof“ und „ehemaliges Finanzamt“ vollkommen neu zu gestalten und mit einer Attraktivität zu versehen, die neuen Schwung in das innerstädtische Leben bringt und zugleich einen Anstoß für weitere Investitionen gibt.

Von besonderer Bedeutung ist vor allem, dass durch die Investition zusätzliches Leben in die Innenstadt gebracht wird und auch der innerstädtische Einzelhandel davon profitiert. Dafür wollen wir das integrierte Innenstadtkonzept „Innenstadt neu denken“ auch mit Hilfe des Bundesprogramms „Zukunftsfähige Innenstädte und Zentren“ weiter umsetzen und damit der Innenstadt zu einer neuen Lebens- und Aufenthaltsqualität verhelfen und zugleich auch neue Kund:innen- und Gästeströme für die Innenstadt gewinnen.

Verbindung zwischen Innenstadt und Havenwelten

Die Innenstadt kann durch eine deutlich bessere Verzahnung mit dem touristischen Areal der Havenwelten erheblich profitieren und neue Kund:innenströme generieren. Wir wollen daher den eingeleiteten Planungsprozess zur Optimierung der Verzahnung zwischen der „Bürger“ und den Havenwelten über eine Querung der Columbusstraße, aber auch über eine zusätzliche Querung des Alten Hafens unter Nutzung der umzugestaltenden Grundstücke Eulenhof und Karstadt in die Umsetzung zu bringen.

Für das ehemalige Karstadt-Areal und das Eulenhofgrundstück braucht es darüber hinaus aber eine enge Einbeziehung der Stadtgesellschaft.

Die Entwicklung der Innenstadt braucht auch engagierte Investoren. Stadtentwicklungspolitik ist an den Interessen der Menschen in unserer Stadt orientiert. Sie ist deshalb inklusiv. Eine reine Orientierung an den Interessen einzelner Investoren würde dem entgegenstehen.

Gleichzeitig braucht es mehr grüne Freiflächen - das macht Aufenthaltsqualität aus - und entsprechende Angebote für Kinder und Familien, zum Beispiel einen maritimen

Spielplatz für Kinder. Als Antwort auf den Klimawandel und zur Steigerung der Attraktivität ist auch die nachhaltige Entsiegelung von Flächen eine zentrale Voraussetzung.

Wir werden neue Parks im Bereich des Finanzamtsgrundstücks und um die „Große Kirche“ entwickeln und umsetzen. An der Großen Kirche bleiben 50% der Parkplätze für Besuchende der Kirche und Gewerbetreibende als Kurzzeitparkplätze bestehen. Die neuen Grünanlagen lehnen sich an Vorbilder wie den Martin-Donandt-Platz oder Waldemar-Becké-Platz an. Parks mit hoher Aufenthaltsqualität sollen hier entstehen.

Weiterhin sind zusätzliche Begrünungsmaßnahmen an den Glasarkaden umzusetzen. Hier wollen wir einen Blumenschmuckwettbewerb zur Verschönerung der Innenstadt mit gärtnerischen Mitteln ins Leben rufen. Bewertet wird einjähriger Blumenschmuck. Da ein schöner Blumenschmuck allen Freude bereitet, zudem das Erscheinungsbild der Innenstadt enorm aufwertet und positive Auswirkungen auf die Umwelt hat, ist es uns ein Anliegen, mögliche Hemmschwellen abzubauen. Die Hege und Pflege für den Innenstadtbereich kann beispielsweise in Kooperation mit Arbeitsmarktträgern und kommerziellen Garten- und Landschaftsbauunternehmen durchgeführt werden. Die „Task Force Innenstadt“ ist vorrangig verantwortlich für den innerstädtischen Raum Lloydstraße–Deichstraße–Columbusstraße.

Erhalt und Neunutzung von historischen Gebäuden

Bremerhaven besitzt nur wenig historische Bausubstanz in den zentralen Stadtteilen Mitte und Geestemünde. Umso mehr gilt es, historische Bausubstanz zu erhalten und wieder einer Nutzung zuzuführen. Historische Fassaden und deren Gebäude unterstützen die Identifikation der Menschen in Bremerhaven mit ihrer Stadt. Auch in anderen Stadtteilen sind Ankerobjekte zu pflegen und der Stadtgesellschaft zugänglich zu machen. Dazu ist auch der strategische Erwerb von Schrottimmobilien, wodurch korrigierend die Stadtteilplanung begleitet wird wie beispielsweise im Goethequartier, im Bereich der Hafenstraße und in Teilen Geestemündes, auszubauen

Die Restaurierung des historischen Wartehäuschens „Alte Wache“ an der Geestebrücke ist der Abschluss der Wiederherstellung und Sanierung der historischen Objekte rund um die Geestebrücke. Das Gebäude des Polizeireviers Geestemünde in der Klußmannstraße wird nach Fertigstellung des Neubaus an der Georgstraße einer neuen Nutzung zugeführt. Die im Krieg teilweise zerstörte historische Außenfassade wird komplett rekonstruiert und ergänzt. Wir werden hier ein in den Stadtteil wirkendes Bürgerversammlungshaus mit kulturellen und Beratungsangeboten entwickeln. In den Stadtteilen mit ausgeprägten historischen Gebäudefassaden werden passende historische Straßenlampen installiert, z.B. im Bereich der Goethestraße.

Die Umgestaltung von Straßeneinmündungen wird fortgesetzt. So werden wir verkehrsberuhigte Bereiche im Goethequartier schaffen, die nur noch vom Fuß- und Radverkehr genutzt werden können wie z.B. der Bereich der Eupener Straße. Der Standort des Geburtshauses von Lale Andersen und die Lale-Andersen-Laterne als Geschichtsstätten in unserer Stadt werden aufgewertet.

Unterschiedliche historische Gebäude bieten neue Nutzungsmöglichkeiten. Die „Alte Feuerwache“ der freiwilligen Feuerwehr Wulsdorf wird als Jugendzentrum eingerichtet, sobald die Fertigstellung der neuen Feuerwache Süd erfolgt ist. Die beiden

historischen Hafenschuppen von 1900 in der Rudloffstraße sind für Stadtentwicklungsperspektiven zu sichern.

Unsere historischen Parks prägen das Stadtbild. Wir werden die Parkanlage an der Parkstraße nach historischem Vorbild wiederherstellen und damit den alten Bezug zum Freilichtmuseum Speckenbütteler Park wieder sichtbar machen. Weiterhin werden wir unsere kommunalen historischen Technikanlagen wie das Semaphor oder den Handkurbelkran von 1872 sanieren und restaurieren.

Stadtteilentwicklung und Freizeit

Die einzelnen Stadtteilzentren müssen weiterentwickelt werden. Nach dem Rückzug von vielen Einzelhändler:innen, Banken oder der Gastronomie werden wir ein Programm zur Förderung von nachhaltiger Nutzung der Gewerbeflächen in den Stadtteilzentren auflegen. In der Innenstadt und der Hafenstraße hat die Stäwog einen guten Auftakt dafür gestartet. Wir streben in den Stadtteilzentren eine gute Mischung aus verdichtetem und altersgerechtem Wohnen, Gewerbe, Dienstleistung und Gastronomie an. Der alltägliche Bedarf soll im jeweiligen Stadtteil gedeckt werden können. Dazu gehören Spielplätze, öffentliche Sportplätze und Schulhöfe mit ausreichenden Schattenflächen, die Spaß machen und barrierefrei sind. Spielplätze und öffentliche Sportplätze sind für viele Kinder oft der einzige Ort, auf dem sie unter freiem Himmel spielen können. Außerdem sind sie auch ein Platz für Treffen und Austausch zwischen jungen Familien. Deswegen werden wir das Spielplatzsanierungsprogramm fortsetzen und ausweiten. Bremerhaven benötigt zusätzliche inklusive Spielplätze, die zum Toben und Ausleben der Fantasien einladen. Hierzu sind in den Stadtteilen familienfreundliche Kinderspielplätze zu schaffen u.a. in der Innenstadt im Bereich der Großen Kirche. Die Interessen der ansässigen Gewerbetreibenden sind hierbei zu berücksichtigen. Vorhandene Spielplätze sind zu überprüfen, ob sie noch den heutigen Ansprüchen von Freizeitspaß für Familien genügen. So werden wir die Spielplätze und öffentlichen Sportplätze für die Kinder in Bremen und Bremerhaven noch attraktiver machen.

Als Zwischenlösung bis zu einer endgültigen Entscheidung über eine neue Stadthalle wird die bisherige Stadthalle so instandgesetzt, dass sie weiter bespielt werden kann. Parallel muss die sich rasant verändernde Marktentwicklung betrachtet werden, um daraus Rückschlüsse auf geeignete Größe und Struktur eines Neubaus ziehen zu können.

Das Freibad Grünhöfe hat als einziges Freibad in Bremerhaven einen unverzichtbaren Wert für Kinder, Jugendliche und Familien und ist integraler Bestandteil des Ortsteils Grünhöfe. Wir setzen uns für den Erhalt und die Weiterentwicklung des Freibades Grünhöfe ein.

Das „Haus der Jugend“ ist umgehend in Teilabschnitten zu sanieren, damit die erfolgreiche Arbeit weitergeführt werden kann und eine Nutzung trotz Sanierungsmaßnahmen weiterhin stattfindet.

In den Stadtteilen werden wir die Aufenthaltsqualität für Jugendliche steigern. Die Errichtung eines Pumptracks für Kinder und Jugendliche im Stadtteil Geestemünde (Bereich Riedemannstraße) wird von uns umgesetzt. Das ist der erste Baustein des dort geplanten Parks für das Wertquartier.

Weiterhin ist die Errichtung einer Skaterbahn im Stadtsüden notwendig. Eine Skaterbahn in Wulsdorfs Norden kann den Nachfragebedarf für die Stadtteile Geestemünde, Grünhöfe und Wulsdorf abdecken. Bremerhaven benötigt für die Altersgruppe 18 – 30 Jahre einen Kulturtreffpunkt wie das „Pumpwerk“ in Wilhelmshaven oder dem „Schlachthof in Bremen“. Hierzu ist eine Nutzung der alten Baumwollhallen im Rudloffquartier oder das historische Kraftwerk Kaiserschleuse zu prüfen.

Städtische Kajen

Für die städtischen Kajen wurde der Sanierungsplan der Geestedeiche und Geestekajen erstellt. Wir werden in den kommenden Jahren kontinuierlich die notwendige Sanierung durchführen.

Verkehr

Verkehrsentwicklungsplan

Der Verkehrsentwicklungsplan ist umgehend auszuschreiben, um für die zukünftige Verkehrsplanung Richtlinien nutzen zu können für den ÖPNV und Individualverkehr im Stadtbereich zur Anpassung an die Klimaziele 2038.

ÖPNV

Wir wollen Mobilität trotz der Klimaveränderungen weiterhin gewährleisten. Dabei spielt der ÖPNV eine zentrale Rolle. Mobilität in den Stadtteilen ist wichtig für alle Altersgruppen. Attraktive Nutzungsangebote des ÖPNV müssen überzeugend angeboten werden. Hierzu sind das Liniennetz und die Taktverdichtung immer wieder zu überarbeiten und zu optimieren. Aufgrund der sehr hohen Einpendler:innenquote sind die Planungen und Finanzierungen mit den Umlandgemeinden abzustimmen. Die Stadt Bremerhaven setzt uneingeschränkt auf den Ausbau mit wasserstoffangetriebenen Bussen. Schnelligkeit und Pünktlichkeit sind gewährleistet mit dem Vorrang an Ampeln. Intelligente Leitsysteme dienen der Unterstützung. Durch den Ausbau weiterer Wasserstofftankstellen im Norden und Süden der Stadt können Wartezeiten verkürzt werden und Angebote an weitere Wasserstofffahrzeuge (z.B. Schwerlastfahrzeuge) geschaffen werden. Eine Einbindung einer möglichen Straßenbahnlinie als Bestandteil im ÖPNV-Angebot innerhalb des Stadtgebietes ist zu prüfen, wenn das Ergebnis der standardisierten Machbarkeitsstudie vorliegt.

Ebenso ist die Personalgewinnung durch BremerhavenBus zu verstärken und weiterzuentwickeln. Ohne gut qualifiziertes Personal fahren keine Busse.

Autoverkehr und E-Mobilität

Das Auto wird weiterhin ein fester Bestandteil des Stadtverkehrs bleiben. Bremerhaven hat ca. 62.000 Kfz. Die Stadt und insbesondere die Wohnbereiche sind aber nicht für die Vielzahl an Fahrzeugen gebaut. Ebenso erfordert der Klimawandel eine andere und klimafreundlichere Mobilität. Der Wechsel auf E-Fahrzeuge wird kontinuierlich zunehmen. Gerade in Stadtteilen mit engen Straßennetzen ist eine

Versorgung mit Ladesäulen unentbehrlich. Dementsprechend ist ein Infrastrukturangebot - beispielsweise können das Quartiersgaragen sein - umzusetzen, damit E-Fahrzeuge wohnortnah abgestellt und aufgeladen werden können. Wir wollen dabei die Potentiale des Marktes nutzen und eine Anbietervielfalt in Elektro- und Wasserstoffinfrastruktur ermöglichen. Weiterhin ist stadtweit der Wechsel vom eigenen Auto auf Car-Sharing Angebote zu unterstützen. Dieses bezieht auch das Angebot von Park+Ride (P&R) Angeboten ein. Daher werden wir geeignete Flächen, sowohl für den P&R als auch für Wohnmobile entwickeln. Eine Mischung aus unterschiedlichen Angeboten bietet der Bevölkerung Alternativen an. Die Autoverkehre können durch sinnvolle Korrekturen des Straßenraumes im innerstädtischen Bereich intelligent gelenkt und Freiräume für stadtplanerische Veränderungen geschaffen werden. Unsere Stadt ist in noch zu großen Teilen das Ergebnis der Verkehrsplanung der 1960- und 1970er Jahre. Eine moderne Stadt nimmt aber alle Mobilitätsformen in den Blick.

Für folgende Straßen sind Veränderungen notwendig, um eine zukunftsgerichtete Verkehrsführung und damit verbundene Aufenthaltsqualität im Innenstadtbereich zu erreichen:

- Die Columbusstraße wird im Bereich Abschnitt Lloydstraße – Keilstraße und dem Abschnitt Keilstraße – v. Ronzelenen-Straße zurückgebaut. Hierbei werden zwei Fahrspuren in jede Richtung berücksichtigt. Die Umnutzung von wegfallendem Verkehrsraum schafft neue Flächen, die die Attraktivität des Straßenraums deutlich erhöhen werden. Dabei bleibt die Zuwegung zu den Parkhäusern aus Nord- und Südrichtung bestehen. Busspuren werden integriert und zusammengeführt mit den vorhandenen Fahrspuren. Die Abbiegespuren werden dabei auf die Hauptspuren gelegt. Somit wird insgesamt Raum entlang der Columbusstraße für alternative Nutzungsprofile gewonnen. Es wird die Einwerbung von Bundesmitteln zum Rückbau der Columbusstraße angestrebt.
- Für die Lloydstraße wird der Mittelstreifen zurückgebaut und neugestaltet, z.B. mit einer Baumallee nach historischem Vorbild.
- Weiterhin werden wir Park- und Ride-Konzepte ausbauen. Dazu gehört auch ein leistungsfähiger ÖPNV-Shuttle. Radstellanlagen komplettieren die Maßnahmen. Ziel ist es, attraktivere und günstigere Angebote zu schaffen statt der Nutzung des Parkraumes in der Innenstadt. Der Ausbau weiterer Anruf-Sammel-Taxis zur Anbindung von Randgebieten unterstützt die Neuausrichtung.
- Die Bürgermeister-Smidt-Straße soll sich als Standort des sozialen Zusammenkommens, Gastronomie, Kunstschaffenden, Gewerbetreibenden und Studierenden weiterentwickeln. Dafür muss die Verkehrsführung neu gedacht und mehr Außenflächen für die Gastronomie geschaffen werden. Das schafft ein sommerliches Terrassenflair. Dafür wollen wir die Alte Bürger von der Ecke Querstraße/Bürgermeister-Smidt-Str. bis zur Kreuzung Am Gitter/Dresdner Str./Bürgermeister-Smidt-Str. für den motorisierten Durchgangsverkehr sperren.

Anlieger-, Fahrrad- und Lieferverkehre sollen weiter möglich bleiben. Die Parkmöglichkeiten in der Rudloffstraße sollen dafür auskömmlich – in Form eines Mobilitäts-Hubs – erhöht werden.

Neuausrichtungen von Buslinien – Veränderung der Streckenführung in der Innenstadt

Die Schleswiger Straße und die historische Geestebrücke sollen entlastet werden. Daher wird die Straße am „Alten Hafen“ (nach dem Abriss Karstadts) als neue Streckenführung entlang der Fußgängerzone mit dem Stadtplanungsamt und BremerhavenBus geprüft. In Süd-Nord-Richtung nutzen die Busse die Columbusstraße. Die veränderte Busführung wird nach einer Testphase evaluiert und ggf. fest eingerichtet.

Die Fährstraße, die Deichstraße von der Geestebrücke bis zur Hochschule als auch die Flächen um den Theodor-Heuss-Platz wollen wir für einen Campus der Hochschule verkehrsberuhigen. Für die Anwohner:innen werden wir ein innenstadtnahes Anwohner:innenparkhaus (HUB) prüfen.

Lkw-Verkehr

Bremerhaven ist der zweitgrößte Hafen Deutschlands. Welthandel fließt ein und aus durch die Zolltore. Ein Großteil der Waren wird über die Schiene abtransportiert. Aber der Güterverkehr auf der Straße und Schiene nimmt immer weiter zu. Die Straßennetze in Bremerhaven sind ausgerichtet auf die damalige Hafenentwicklung der 1960- bis 1980er Jahre. Die Häfen haben sich durch den Containerumschlag und den Schwerlastverkehr stark verändert. Bremerhavens Straßen durch die Innenstadt zu den Häfen im Norden sind übermäßig belastet. Militärtransporte, Autotransporter, Container-Lkws nutzen Abkürzungen durch die Innenstadt zur Autobahn. Die innerstädtischen Straßen werden wie z. B. im Bereich der Barkhausenstraße stark beschädigt und belasten zusätzlich den kommunalen Haushalt. Hier sind Maßnahmen wie ein Nachtfahrverbot im innerstädtischen Bereich absolut erforderlich. Dieses dient auch dazu, den Schwerlastverkehr dann über den Hafentunnel zu führen. Ein Verkehrslenkungskonzept für Schwerlastverkehre ist zügig zu entwickeln. Wir setzen uns dafür ein, dass die Verkehre im bremischen Überseehafengebiet neu geordnet werden. Mit der Fertigstellung des Hafentunnels soll die Schließung des Zolltores Roter Sand für den LKW-Verkehr erfolgen. Die zentrale Zufahrt für den Hafen erfolgt dann über die Autobahnanbindung im Norden. Durchgangsverkehre durch die Stadtteile werden unterbunden. Entsprechende Maßnahmen sind von Magistrat und Senat jetzt mit den zuständigen Bundesbehörden vorzubereiten.

Wir wollen, dass die Kosten für die Unterhaltung des Hafentunnels vom Bund übernommen werden. Der Hafentunnel und die Cherbourger Straße binden den stadtbremischen Hafen zentral an und sind daher auch eine Bundesaufgabe. Der Magistrat wird entsprechende Gespräche mit Senat und Bundesregierung zeitnah aufnehmen.

Wir erwarten, dass Bremenports endlich eine innere Hafenerschließung realisiert, die die Hafenverkehre in Richtung Hafentunnel leitet und Schienenkreuzungen entlastet. Dabei lehnen wir eine Belastung angrenzender Wohngebiete durch weiteren Verkehrslärm, der von einer Hafenrandstraße (oder ähnlicher Bezeichnung), entlang des Zollzauns, ausgehen würde, ab.

Eisenbahnverkehr

Bremerhaven benötigt gute Nah- und Fernverbindungen in das Hinterland - wie beispielsweise ein drittes Gleis zwischen Bremerhaven und Bremen. Der Umstieg auf die Schiene kann nur gelingen, wenn attraktive und vor allem verlässliche Zugverkehre gewährleistet sind. Hierzu müssen die Rahmenbedingungen vor Ort (Sauberkeit, Barrierefreiheit, Sicherheit) genauso gewährleistet sein wie gute Abstellmöglichkeiten für Fahrräder und Pkws. Attraktive Räume überzeugen auf die Bahn umzusteigen, genauso wie finanzielle Anreize im Fahrkartenbereich. Die Anbindung muss verlässlich sein. Deshalb wird der Magistrat mit dem Senat erneut über eine Verbesserung des Bahnverkehrs zwischen Bremen und Bremerhaven sprechen.

Wir werden das kommunale Finanzierungsprogramm zum Lärmschutz an der Eisenbahnstrecke durch Bremerhaven fortsetzen. Eine barrierefreie WC-Anlage durch die Deutsche Bahn im Bereich des Bahnhofs Lehe ist zwingend notwendig. Ebenso wollen wir die Sauberkeit im Bahnhofsbereich Lehe verbessern. Darüber wird der Magistrat Gespräche mit der Bahn führen.

Der Park- und Ride-Platz am Bahnhof Lehe soll erweitert werden. Wir wollen, dass Nahverkehrstickets zwischen Bremerhaven und Bremen in den Fernverkehrszügen anerkannt werden. Ebenso halten wir die Einführung eines 10-Euro-Tagesticketes für den gesamten Stadtbereich Bremen und Bremerhaven und Fahrten zwischen den Städten für notwendig. Wir setzen uns für einen verlässlichen Halbstundentakt auf der Schiene zwischen Bremen und Bremerhaven ein. Die Finanzierung muss über den Landeshaushalt sichergestellt werden.

Radverkehr

Durch städtebauliche Maßnahmen und innovative Angebote fördern wir weiter die umweltfreundliche Nutzung des Fahrrades. Mit dem Radverkehrskonzept, angepasst an den heutigen Stand, ist die Basis gegeben, hier flächendeckend zielgerichtet Maßnahmen umzusetzen. Dazu ist das Radverkehrskonzept 2014 zügig zu aktualisieren. Als Grundlage dient dazu eine Verdopplung der bisherigen Haushaltsansätze für den Radverkehr auf einen jährlichen Betrag von 1,6 Mio. Euro. Somit stehen dann bis 2030 insgesamt 11,2 Mio. Euro zur Verfügung für den innerstädtischen Radverkehr. Weiterhin ist das niedersächsische Umland konzeptionell mit einzubeziehen. Hier müssen in Verhandlungen mit den Umlandgemeinden die Grundlage für Planungen und Finanzierungen erarbeitet werden. Dazu wollen wir die Beschilderung der Radwege weiter verbessern, auch mit Grünpfeilen speziell für Radfahrende. Sehr wichtig ist die Sicherheit im Straßenverkehr für Radfahrer:innen. Besonders Kinder und Jugendliche benötigen dazu gesonderte Schutzzonen. Hier wird ein Schulradwegnetz mit Unterstützung durch Polizei/Verkehrswacht/ADFC erstellt, welches zügig umgesetzt wird, damit zukünftig der Fahrradweg zur Schule sicher gewährleistet wird. Dazu werden wir eine Kampagne „Mit dem Rad zur Schule“ durchführen.

Ein Sanierungskonzept für Fahrradwege in den einzelnen Stadtteilen mit festen Zeitachsen für die Jahre 2023 bis 2027 ist aufzusetzen. Der weitere Ausbau der Fahrradachsen Nord-Süd+Ost-West wird von uns fortgesetzt. Zeitgleich wollen wir Radwege neu gestalten z.B. in der Barkhausenstraße. Wichtiger Baustein ist der Fahrradweg zwischen Elbestraße und Radweg Kennedybrücke. Hier ist eine

Zwischenlösung zu erarbeiten und umzusetzen, der Bestand hat bis zum Umbau des Elbinger Platzes. Um dem Radverkehr attraktive Routen anbieten zu können ist der Ausbau von Fahrradstraßen in den einzelnen Stadtteilen notwendig. Dazu gehören auch Maßnahmen zu mehr Sicherheit in den Stadtteilen mit engem Querschnitt (Nordstraße). Weiterhin ist es wichtig, die Förderung des Radverkehrs durch Öffentlichkeitsarbeit (Marketingkampagnen Rücksicht Straßenverkehr Fahrradnutzung, fahrradfreundliche Arbeitgeber:innen – Politik, Wirtschaft, Verwaltung) zu unterstützen.

Der Neubau einer Fahrradschnellstraße zwischen Bremerhaven/Zentrum und dem Landkreis und eine Fahrradverbindung in den Hafen ist abhängig von der Finanzierung. Hierzu wird der Magistrat Gespräche mit den Umlandgemeinden, dem Land Niedersachsen und dem Land Bremen führen.

Fußgänger:innen

Alle Menschen bewegen sich zuerst in unserer Stadt zu Fuß. Hierzu brauchen wir weitere Maßnahmen und Angebote, die eine Erleichterung im Alltag darstellen und die einzelnen Stadtteile attraktiv präsentieren. Im Bereich der Fußmobilität werden wir neue Angebote schaffen. Die Bewegung auf den Gehwegen in Bremerhaven soll kein Hindernissparcour darstellen, sondern allen Menschen ermöglichen, sich barrierefrei und sicher durch den Stadtraum zu bewegen. Angsträume sollen verringert werden. Die demografische Entwicklung der älter werdenden Bevölkerung erfordert flächendeckend Ruhe- und Rastmöglichkeiten mit Bänken mit Lehnen. Spielstraßen im innerstädtischen Bereich sind notwendig für eine ungestörte und sichere Bewegung für alle Bevölkerungsgruppen. Gerade die Veränderungen durch Anpassung von Bordsteinen und Gehwegplatten sind schnell und unbürokratisch umzusetzen. Die Gehwege sind behindertengerecht, gut beleuchtet und rutschsicher herzustellen. Diese Maßnahmen werden wir mit einem Programm für die Stadtteile hinterlegen. Eine stadtweite Anpassung der Ampelschaltungen – Verlängerung der Grünphasen für Fußgänger:innen und Verkürzung der Rotphase für Fußgänger:innen werden wir umsetzen.

Der Ausbau der Gehwege auf beiden Straßenseiten wie in der Barkhausenstraße oder der Georgstraße sind Baumaßnahmen, die zügig umzusetzen sind.

Wir werden die Initiative nette Toilette unterstützen und dadurch dafür sorgen, dass flächendeckend saubere öffentliche Toiletten zur Verfügung stehen. Wir wollen die Fußwege für Kinder auf dem Schulweg sicherer machen. Wir werden prüfen, wie Deichstraße und Pestalozzistraße auf Tempo 30 reduziert werden können.

Für entspanntes Spaziergehen wollen wir die Vervollständigung des Geestewanderweges von der alten Geestebücke/Deichstraße bis hin zum Einkaufsmarkt an der Hafenstraße umsetzen und die Schaffung des Grünzugs "Lehe Ost" von der Geeste bis zum Flötenkiel begleiten.

Klima und Umwelt

Die Klimaentwicklung spielt für Bremerhaven als Wohn- und Arbeitsort eine bedeutsame Rolle, damit das Leben vor Ort weiterhin attraktiv bleibt. Der Klimawandel ist auch in Bremerhaven durch trockene Sommer, heftige Stürme und Starkregen vermehrt bemerkbar. Durch die enge Nähe Bremerhavens zum Meer ist die Stadt in besonderer Weise vom Meeresspiegelanstieg betroffen. Wir wollen daher aktiven Klimaschutz betreiben. Die Maßnahmen, die wir umsetzen wollen, sind vielfältig und dienen vor allem dem Schutz der Umwelt und der Menschen, die hier leben. Dabei setzen wir mit den Erneuerbaren Energien auf die Kräfte der Natur, um auch zukünftig den gesellschaftlichen Wohlstand sichern zu können. Die Nutzung der Energiequellen Solarenergie, Windenergie, Wasserkraft und Biomasse sind dafür elementar. Auf dem Weg zur Klimaneutralität des Landes Bremen im Jahr 2038 werden wir die Menschen mitnehmen und dem durch die Klimaschutz-Enquetekommission beschlossenen Pfad folgen.

In diesem Zusammenhang sehen wir die Notwendigkeit, Klimaschutz durch konkrete Projekte zu betreiben, den sozialen Blick auf Klimaschutz und damit auf zusammenhängende wirtschaftliche Potenziale sowie Arbeitsplätze zu richten, eine Vorbildfunktion der Öffentlichen Hand anzuerkennen sowie die Notwendigkeit zu verfolgen, den Menschen in Form von Förder- und Unterstützungsprogrammen unter die Arme zu greifen.

Damit das gelingt, werden wir einen Klimafonds Bremerhaven schaffen und die Klimaschutzinvestitionen der Bremerhavener:innen z.B. in Form von Förderprogrammen unterstützen.

Energiegewinnung der Zukunft

Eine Großstadt benötigt in allen Bereichen viel Energie. Künftig soll diese Energie klimafreundlich erzeugt und genutzt werden.

Die Zukunft unserer Energieerzeugung stellen Windkraft, Solarenergie und grüner Wasserstoff mit dem Schwerpunkt der Windenergieerzeugung in Bremerhaven dar. Sonne, Wind und Wasserstoff machen uns unabhängiger von fossilen Energieimporten und stärken die lokalen Wertschöpfungsketten als zentrale Säule der Energiewende. Durch die gesetzliche Festlegung liegen die erneuerbaren Energien im überwiegenden öffentlichen Interesse und dienen der nationalen Sicherheit. Bestehende Standorte für Windkraftanlagen möchten wir repowern und weitere Standorte, vor allem in Industrienähe, ausweisen. Um die Flächenziele des „Wind an Land Gesetzes“ in Bremerhaven bis zum Jahr 2032 zu erreichen, müssen neben den bereits vorhandenen Windenergieanlagen weitere Anlagen mittlerer Größe von 5 MW dazu gebaut werden.

Wenn der Anteil von mindestens 80% Anteil der Erneuerbaren Energien am Bruttostromverbrauch dieser Stadt (Klimaziel 2038) erreicht werden soll, sind 8 – 12 zusätzliche Windenergieanlagen im gesamten Stadtgebiet erforderlich.

Ohne die massive Ausweitung der Wasserstoffproduktion in Verbindung mit der Errichtung neuer Erzeugungsanlagen für grünen Strom, ist die Energiewende nicht zu erreichen. Zur Reststoffverwertung, der in Bremerhaven anfallenden organischen

Abfälle, werden wir den Bau einer Biogasanlage prüfen. Neben der Stromerzeugung fällt quasi als Abfallprodukt biogenes CO₂ an, das für die Produktion von eFuels (Methanol für die Schifffahrt) und weiteren Derivaten benötigt wird.

Um insbesondere das Heizen und das Gelingen der Wärmewende in den Blick zu nehmen, werden wir die Fernwärmeversorgung im Werftquartier und weiteren Stadtteilen gemeinsam mit dem zuständigen Betreiber massiv vorantreiben. Schnelligkeit werden wir gewinnen, indem wir dafür auch die Gründung einer eigenen Ausbaugesellschaft anstreben.

Als Grundlage für die weiteren Planungen werden die Daten aus dem Wärmeetlas für Bremerhaven als Datengrundlage herangezogen. Über den Wärmeetlas wird sichtbar, wie sich der Einsatz einzelner Energieträger (Fernwärme, Gas, Sonstiges inkl. Ölheizungen) auf Ebene der Stadtteile räumlich verteilt. Auf dieser Grundlage können öffentliche Förderprogramme und Informationskampagnen geplant werden. Damit die Wärmewende gelingen kann, müssen viele Anstrengungen unternommen werden.

Vorbildfunktion der Öffentlichen Hand

Zweifelsohne erkennen wir an, dass die Öffentliche Hand mit der Verwaltung und den Städtischen Gesellschaften beim Klimaschutz eine Vorbildrolle einnehmen wird. Dazu zählen z.B. die Energiegewinnung, energetische Sanierungen oder die Mobilität. Wir verfolgen das Ziel, dass Bremerhaven 2038 klimaneutral ist. Der Magistrat hat dazu – entsprechend dem in der Klima-Enquetekommission vereinbarten Pfad – eine Handlungsstrategie vorgelegt, die wir umsetzen werden. Die Maßnahmen und Handlungsschritte werden dabei regelmäßig auf ihre Wirksamkeit evaluiert. Um der überregionalen Bedeutung Bremerhavens als Wasserstoff-Standort noch mehr Gewicht und Aufmerksamkeit zu verleihen, werden wir Kooperationen mit Leuchtturmregionen in unseren Nachbarländern wie z. B. mit Land Tirol in Österreich anstreben.

Um möglichst klimaneutral Energie zu gewinnen, werden wir Photovoltaik auf und an allen städtischen Gebäuden nutzen, sofern dies möglich ist. Für die Dach- und Fassadenbegrünung der städtischen Gebäude werden Machbarkeitsstudie in Auftrag geben. Bei Neuanschaffungen von Nutzfahrzeugen durch den Magistrat und städtische Gesellschaften setzen wir auf die Antriebsart Wasserstoff. Fällt die Entscheidung gegen Wasserstoff, muss diese technisch wie wirtschaftlich gut begründet werden. Darüber hinaus sind Vorgaben für die Beschaffung von entsprechenden klimaneutralen Fahrzeugen in die Ausschreibung für Übernahme von kommunalen Aufgaben durch Dienstleister aufzunehmen. Damit soll Verkehr in Bremerhaven sukzessive klimaneutral werden und sich auch eine signifikante Reduzierung des Verkehrslärms ergeben.

Wir setzen uns dafür ein, dass mehr und mehr Lebensmittel regional, saisonal und in Bio-Qualität angeboten werden. Entsprechende Initiativen in Bremerhaven, die teilweise auch von der Hochschule, dem ttz und Food Hub ausgehen und begleitet werden, wollen wir unterstützen und ausbauen. Dabei spielen ebenfalls die Wochenmärkte eine wichtige Rolle, ebenso aber auch öffentliche Einrichtungen und Kantinen. Praktische Ernährungsbildung in Kitas und Schulen ist für uns ein wichtiges Thema, das wir ausbauen wollen. Bremerhaven als Essbare Stadt ist für uns nicht nur eine Vision.

Aufblühende Stadtnatur

Unsere Seestadt hat eine Vielzahl an wertvollen Grün- und Erholungsflächen. Diese laden zum Verweilen ein, sorgen für ein gutes Stadtklima und bieten den Bürger:innen Aufenthaltsqualität in den Stadtteilen. Insbesondere in immer heißer werdenden Sommern kommen Natur- und Grünanlagen eine hohe Bedeutung zu.

Der Erhalt und der Ausbau ökologischer Grün- und Erholungsflächen ist aber auch für die Wohn- und Lebensqualität der Menschen in unserer wachsenden Stadt ein wesentlicher Standortfaktor. Deshalb werden wir auch zukünftig, kontinuierlich in Nach- und Ersatzpflanzungen investieren, grüne Projekte weiter fördern und dafür entsprechende Mittel bereitstellen.

Gebiete mit hohem Potential werden wir ökologisch aufwerten. Dazu zählt die Renaturierung der Neuen Aue, die in einem schlechten Zustand ist. Wir werden das Gebiet ökologisch weiterentwickeln und einer Freizeitnutzung zugänglich machen. Ein entsprechendes Konzept ist zeitnah vorzulegen. In Lehe wollen wir, entlang des ursprünglichen Verlaufs der Aue, Wasser wieder ins Stadtbild zurückholen. Entsprechende Mittel auf dem Klimatopf der Stadt in Höhe von 1 Millionen Euro stehen dafür zur Verfügung.

Unsere Parkanlagen leisten einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz, der Naherholung aber auch als Orte des Lernens. Die Aufenthaltsqualität im Speckenbütteler Gesundheitspark erweitern wir kontinuierlich. Den Bürgerpark wollen wir ebenfalls durch Attraktionen und Pflege aufwerten. Dazu zählt im ersten Schritt u.a. die Reduzierung der PKW-Verkehre.

Dort, wo bisher wenig Begrünung vorzufinden ist, wollen wir dies nachholen. So werden wir Begrünungsmaßnahmen an den Stadteingängen und Hauptverkehrsstraßen vornehmen sowie weitere Blühstreifen, Bäume und Wildkräuterflächen in den Stadtteilen anlegen. Hierbei werden wir Patenschaften für interessierte Bürger:innen anbieten. In Leherheide werden wir einen Bürgerhain schaffen und im Innenstadtbereich neue Parks und Alleen errichten.

Wertvolle Umwelt schützen

Besonders wertvolle Naturareale in unserer Stadt wollen wir schützen. So werden wir uns für eine Ausweisung der Rohniederung und des Fehrmoors als Naturschutzgebiet stark machen. Andererseits ist es uns wichtig, diesen besonderen Lebensraum der Öffentlichkeit für die Naherholung und Wissensvermittlung zugänglich zu machen, auch durch einen neuen Rundlauf durch eine zweite Fußgängerbrücke. Um den Lebensraum Moor mit seiner spezialisierten Pflanzen- und Tierwelt begehbar zu machen, soll ein barrierefreier Moorerlebnispfad errichtet werden. Die Flächen „In den Plättern“ in Leherheide, die Restmoorflächen in Surheide und Leherheide sollen zu Landschaftsschutzgebieten ausgewiesen werden.

Den Erhalt der ökologischen Qualität im Naturschutzgebiet „Weserport-See“ sichern wir zu.

Klimaschutz erlernen und erleben

Klimaschutz muss begeistern und erlebbar sein. Um die Wunder der Natur besser verstehen zu können, beginnt die Klimabildung bereits bei den Kleinsten in den Kitas. Durch die Einrichtung von Klimaschutz-Kitas wollen wir dies weiterführen. Als Pilotprojekt werden wir den Umbau des Bunkers Jahnstraße dafür vorsehen. Hier werden wir einen Naturkindergarten für 3 – 6-jährige einrichten, bei dem sich die Kinder täglich und bei jedem Wetter in der Natur aufhalten. Dadurch wollen wir ein weiteres attraktives Kita-Angebot schaffen. Auch bestehende Einrichtungen, wie der Waldkindergarten in Leherheide werden wir stärken und einbinden.

In den Schulen wollen wir, z.B. in solchen direkt an der Geeste (Neue Oberschule Lehe oder Goetheschule), ein „Blaues Klassenzimmer“ oder ein „Grünes Klassenzimmer“ einrichten, um junge Menschen an den Schulen für die Natur zu begeistern.

Zusätzlich soll jede Bremerhavener Bildungseinrichtung mit einer Balkonsolaranlage zu Lehr- und Lernzwecken ausgestattet werden.

Durch die große Klima-Expertise der wissenschaftlichen Institute sowie des Klimahauses werden wir uns auf Landesebene dafür stark machen, das Klimabildungszentrum als Ausbildungsstätte für Lehrkräfte und Lehrende voranzutreiben und die Extremwetterausstellung im Klimahaus ins Leben zu rufen.

In allen Parks und Grünflächen werden wir für die Bürger:innen weitere Bänke aufstellen, die als „Smarte Bank“ solarbetriebene Energie erzeugen und diese Energie für die Menschen, z.B. in Form des Ladens eines Handys und durch Hinweistafeln nutzbar macht.

Die Förderung des Kleingartenwesens hat in der letzten Wahlperiode Aufwind erhalten. Die im Stadtgebiet befindlichen Kleingartenanlagen bieten Naherholung für Bürger:innen und sind wichtige Bestandteile des öffentlichen Grüns. Der eingerichtete Fördertopf zur Beantragung von Mitteln zur Unterstützung von Bauvorhaben und zum Erhalt der Vereinsanlagen ist weiterhin in gleichwertiger Höhe sicherzustellen. Zudem werden wir uns dafür einsetzen, dass das Gartenbauamt ein Konzept zur Ertüchtigung und zur Erhaltung der Anlagen (v.a. in Bezug auf Wege, Versorgungsleitung, Gemeinschaftsgrünflächen sowie Gräben) erarbeitet.

Umweltgefahren verhindern, Tiere schützen

Gefahren, die der Umwelt und den Tieren schaden, wollen wir verhindern. Wir werden ein Verbot der Versiegelung durch neue Steingärten in Neubau- und Wohngebieten in Form eines Ortsgesetzes durchsetzen. Verunreinigung durch Hundekot im Stadtteil wollen wir durch die Bereitstellung weiterer Hundekotbeutelspender begegnen und als Stadt ohne Kippen umweltschonende und innovative Zigarettenstummel-Sammelsysteme stadtweit errichten.

Parks werden wir nicht veräußern. Städtische Waldteile werden fortlaufend gepflegt und entsprechend unterhalten. Für den städtischen Reinkenheider Forst wird ein waldwirtschaftliches Konzept entwickelt, um den Wald in ein attraktives Naherholungsgebiet zu verwandeln.

Grüne Bereiche unserer Stadt sind das Zuhause von vielen Wildtieren und Insekten. Bei der Entwicklung neuer Quartiere werden wir bei der Gestaltung darauf achten,

Grünflächen als Schutzraum zu schaffen, damit sich die Flora und Fauna mit ihrer Artenvielfalt weiterentwickeln kann. Insbesondere für die Insekten, wie z.B. Wildbienen, Hummeln und Schmetterling oder auch Tieren, wie z.B. Vögeln, kommen diese Gebiete zugute.

Vor allem für den Schutz von Bienen werden wir den Bremerhavener Honigtopf für die wichtige Arbeit der Imker:innen fortführen.

Für das gute Zusammenleben von Mensch und Haustier werden wir mit Bürger:innen und Naturschutzverbänden beraten, wo künftig neue Hundenausläufflächen geschaffen werden können.

Die Koalition setzt sich für einen verantwortungsvollen Umgang des Menschen mit allen Tieren und einen starken Tierschutz ein. Die Pflichtaufgaben, die der Tierschutzverein Bremerhaven für die Stadt Bremerhaven übernimmt, werden wir auskömmlich finanzieren.

Die Kapazitäten der Deponien im Land Bremen erreichen in wenigen Jahren ihre Grenzen. Daher werden wir gemeinsam mit dem Land und den Betreibern nach neuen Konzepten suchen, um auch in der Zukunft Kapazitäten vorhalten zu können.

Integration, Senior:innen, Förderung des sozialen Miteinanders und Queer

Integration

Wir wollen das Integrationszentrum zu einem in die Stadt wirkenden Willkommenszentrum mit vielfältigen und mehrsprachigen Trägern unter einem Dach erweitern. Es soll zu einem zentralen Ort zur Erleichterung des Ankommens für Zugewanderte werden, zusätzliche Orientierungsmöglichkeiten in unserer Stadt und der neuen Umgebung schaffen und zu einer beschleunigten Verzahnung und Integration in die Stadtgesellschaft führen. Das Angebot an Sprachkursen, auch weiterführenden, wird ausgebaut. Es besteht dabei aber auch die Erwartung, dass die Migrant:innen die Integrationsangebote unserer Stadt annehmen. Dazu werden wir das Angebot an die Bedarfe z. B. durch Abendkurse, anpassen, um eine gleichzeitige Vereinbarkeit mit Erwerbstätigkeit zu erreichen.

Das Bremerhavener Integrationskonzept werden wir fortschreiben. Es ist ein wichtiger Baustein zur Stärkung der Beteiligungsstrukturen und der Verzahnung mit beispielsweise dem Fachbeirat "Migration und Chancengleichheit". Ebenso soll dabei die Zusammenarbeit mit den Organisationen der Migrant:innen in Bremerhaven verstetigt werden. Den Migrationsrat werden wir unterstützen und seine Kapazitäten aufwandsbezogen verstärken. Dabei ist uns die Förderung der integrationspolitischen Anstrengungen und eine enge und verstärkte Zusammenarbeit aller Akteur:innen der Integrationspolitik und -arbeit in der Stadt und die Einbeziehung migrantischer Perspektiven und Bedarfe in den politischen Diskurs wichtig. Wir werden die Einbürgerungskampagne verstärken.

Wir wollen die beschleunigte Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse und werden dazu eine Initiative auf Landesebene starten.

Senior:innen

Wir möchten, dass Menschen in unsere Stadt gesund und sicher älter werden können. Daher werden wir das "Zukunftskonzept für Senior:innenpolitik in Bremerhaven" maßnahmenbezogen umsetzen. Die Gestaltung eines guten Lebens im Alter ist dabei eine Querschnittsaufgabe, die die Sicherung der gesellschaftlichen Teilhabe, die Selbstbestimmung und die Selbstwirksamkeit älterer Menschen in ihren unterschiedlichen Lebenslagen zum Ziel hat. Die Weiterentwicklung einer bedarfsgerechten Angebots- und Versorgungsstruktur, sowie der Ausbau und die Sicherstellung der Koordination und Vernetzung in der Senior:innenarbeit sind dabei grundlegend. Engagement und Beteiligung muss durch Professionalisierung in Form einer Geschäftsstelle für den Senior:innenbeirat gestützt werden, um eine nachhaltige Entwicklung der Arbeit des Beirats gewährleisten und damit der älteren Bevölkerung eine Stimme geben zu können.

Wir wollen das Ehrenamt stärken und neue Ehrenamtliche gewinnen. Dazu führen wir eine Zukunftswerkstatt durch. Das „Netzwerk Digitalambulanzen“ wollen wir sichern und weiterentwickeln, und in den Treffpunkten mit den notwendigen Gerätschaften ausstatten. Das Projekt "Präventive Hausbesuche" wollen wir verstetigen. Ebenso soll die Demenzberatung gestärkt werden. Wir wollen ein Pilotprojekt für organisierte bezahlte Nachbarschaftshilfe durchführen.

Die Senior:innentreffpunkte werden wir zu Drehscheiben für alle Fragen und Lebenslagen im Alter weiterentwickeln. Dabei stehen niederschwellige Informations-, Beratungs- und Begegnungsmöglichkeiten, die Problemaabwehr und -bewältigung sicherstellen zu können, im Mittelpunkt. Wir wollen die Senior:innentreffpunkte als Anlaufstellen in allen Stadtteilen. Daher werden wir auch im Norden der Stadt einen entsprechenden Anlaufpunkt schaffen. Ebenso werden wir die kleinteilige Arbeit der Treffpunkte durch einen Veranstaltungstopf stärken. Bei den anstehenden energetischen Sanierungen muss auch die Barrierefreiheit mit bedacht werden.

Menschen mit Behinderung

Der Teilhabeplan für Menschen mit Behinderung wird fortgeschrieben.

Wir wollen die Bedarfe für barrierefreies Wohnen in den Stadtteilen unter Einbeziehung von Senior:innen erheben. Ebenso sollen Impulsprojekte zum Aufbau neuer Wohnformen wie bspw. der Koppelung von betreutem Wohnen für Behinderte und Studierendenwohnen oder von Familien mit älteren Menschen gefördert werden. Hierbei ist auch die Schaffung von zusätzlichen Mehrgenerationenhäuser bei den Wohnungsgesellschaften zu berücksichtigen.

Das Stadttheater als integraler Bestandteil der Bremerhavener Kulturlandschaft bekommt einen barrierefreien Zugang für das Obergeschoss des großen Hauses sowie des gesamten kleinen Hauses durch die Installation eines Fahrstuhls. Um Sport und Kultur bzw. Freizeitgestaltung in Gänze für alle zugänglich und erlebbar machen, bedarf es der regelmäßigen Einbeziehung des Amts für Menschen mit Behinderung bzw. des lokalen Behindertenbeauftragten. Inklusiv, barrierefreie politische Bildung und politisches Engagement wollen wir ermöglichen, u.a. durch die Förderung des Einsatzes von Gebärdendolmetscher:innen und der Bereitstellung von Informationen in leichter Sprache.

Förderung des sozialen Miteinanders

Wir wollen, dass Menschen die Hilfe erhalten, die ihnen zusteht. Deswegen wollen wir niedrigschwellige Angebote ausbauen, die Menschen bei der Beantragung staatlicher Hilfen unterstützen. Das gilt auch für Bildung und Teilhabe (BuT).

Wir prüfen, inwieweit das TIM-Ticket für Kinder und Jugendliche im Leistungsbezug subventioniert werden kann.

Wir wollen die strategische Koppelung, Koordination und Absicherung sozialräumlich orientierter Förderprogramme (u.a. Städtebauförderung und Begleitprogramme, Bremerhavener Schwerpunkte von „Lebendige Quartiere“) intensivieren. Dabei können durch ein integriertes, abgestimmtes Vorgehen Teilhabebenachteiligungen reduziert und Quartiere übergreifend (baulich & infrastrukturell) gestärkt werden. Das Landesprogramm „Lebendige Quartiere“ besitzt eine große Anstoßwirkung in den benachteiligten Quartieren und bietet Flexibilität und Niedrigschwelligkeit. Dafür werden wir eine Verstärkung der dezernatsübergreifenden Abstimmung bei sozialraumbezogenen Bedarfslagen und Angebotsstrukturen vornehmen.

Eine strategisch ausgerichtete, breit aufgestellte und gut ausgestattete Sozialplanung stärkt zwangsläufig den sozialen Zusammenhalt aller Quartiere und unterstützt unser Ziel, eine proaktiv handelnde, dezernatsübergreifende und sozialpolitisch orientierte Kommunalpolitik umzusetzen – bzw. ermöglicht diese erst. Eine der Grundlagen einer gelingenden Sozialplanung bilden die Datenakquise und das professionelle Management der gesammelten Daten, das wir verstärken werden. Die Quartiersmanagements in Bremerhaven (Quartiersmeistereien, Standortmanagement, ähnlich gelagerte Angebote des afz (= Arbeitsförderungs-Zentrum im Lande Bremen GmbH)) stärken den sozialen Zusammenhalt und nehmen eine wichtige Rolle bei der Vernetzung und Koordination in den Quartieren ein. Bisher sind sie untereinander kaum vernetzt und nur ansatzweise in die strategische soziale Stadtentwicklung eingebunden. Das wollen wir ändern.

Die Qualität und Notwendigkeit der durch freie Träger durchgeführten Schuldnerberatung wird im öffentlichen Diskurs regelmäßig hervorgehoben. Daher werden wir die Schuldner:innenberatung entsprechend ausstatten.

Die Unterstützung wohnungsloser Menschen muss zeitnah forciert werden. Entsprechende Programme/Projekte haben sich bereits in anderen Städten erfolgreich etabliert und sollten daher auch in Bremerhaven eingeführt werden. Hierbei sind die Bestandteile der Unterstützung bei Behördengängen und Notschlafstellen für Suchtkranke zu berücksichtigen.

Die bestehenden Obdachlosen-Unterkünfte sind ebenso wie das Frauenhaus renovierungsbedürftig und können die bestehenden und zukünftigen Bedarfe und Anforderungen nicht ausreichend decken. Die u.a. im Rahmen der Umsetzung der Istanbul-Konvention notwendige Erweiterung der Kapazitäten des Frauenhauses kann und muss genutzt werden, bereits bestehende Räumlichkeiten zu erweitern und diese auch für die Zukunft adäquat aufzustellen.

Wir wollen weitere Quartiersbildungszentren in Sozialräumen mit hoher Problemdichte aufbauen. Das Leher Beispiel zeigt, welche unterschiedlichen Mittel dafür aktiviert werden können. Durch die Bündelung von Angeboten für unterschiedliche Zielgruppen aus dem Bildungs-, Integrations-, Sozial-, Gesundheits- und Jugendbereich können Zugangsbarrieren reduziert und Vernetzungseffekte genutzt und gleichzeitig Quartiere in den Kernen stabilisiert werden.

Bei jeder Maßnahme ist individuell zu prüfen, inwiefern und ob nicht auch das Land Bremen an der Finanzierung beteiligt werden kann/muss bzw. diese sogar grundsätzlich von dort erfolgen müsste.

Queer leben

Unsere Koalition bekennt sich zu einer Gesellschaft, in der queere Menschen ohne Diskriminierung, Gewalt oder Vorurteile leben können. Wir werden aktiv daran arbeiten, diese Ziele umzusetzen und die Rechte und Bedürfnisse der LGBTQIA+-Community in allen Bereichen des öffentlichen Lebens zu stärken. Queer leben bedeutet für uns gleiche Chancen, Respekt und Anerkennung für alle Menschen, unabhängig von ihrer sexuellen Orientierung oder Geschlechtsidentität.

Wir wollen ein respektvolles und inklusives Umfeld für queere Menschen in Bremerhaven schaffen. Unsere gemeinsamen Ziele und Maßnahmen umfassen ein Beratungsangebot für queere Menschen in Bremerhaven: Wir werden ein spezialisiertes Beratungsangebot für queere Menschen in Bremerhaven etablieren. Dabei ist es uns wichtig, bürokratische Hürden zu minimieren und den Zugang zu bestehenden Beratungsangeboten in Bremen während der Übergangsphase zu erleichtern. Dafür werden wir eine zusätzliche Jugendbildungsreferentenstelle schaffen.

Wir setzen uns mit Nachdruck für die Stärkung der Freiheitsrechte von lesbischen, schwulen, bisexuellen, transsexuellen/Transgender-, queeren, intersexuellen und asexuellen Menschen sowie aller anderen sexuellen Orientierungen und Geschlechter (LGBTQIA+) ein. Wir werden präventive Maßnahmen in Schulen, Bildungseinrichtungen und der Öffentlichkeit unterstützen, um Diskriminierung und Vorurteile abzubauen. Zusätzlich werden wir gezielt Anlaufstellen und Schutzwohnungen für LGBTQIA+-Menschen schaffen, um ihnen im Falle von Gewalterfahrungen eine sichere Umgebung und Unterstützung zu bieten. Besonderes Augenmerk werden wir auf sozial benachteiligte Stadtteile legen, um eine flächendeckende Gewaltprävention zu gewährleisten.

Gesundheit

Die Koalition aus SPD, CDU und FDP verfolgt mit Entschlossenheit das Ziel, eine hochwertige und bedarfsgerechte medizinische Versorgung für alle Bürger;innen unserer Stadt sicherzustellen. Unabhängig von finanziellen Möglichkeiten, persönlichen Lebensumständen, Gesundheitsrisiken, Alter, Herkunft oder sprachlichen Barrieren soll jede:r Einwohner:in gleichermaßen von den Fortschritten in der medizinischen Versorgung profitieren können.

Kliniken

Die Koalition ist sich bewusst, dass sich die bundesrechtlichen Rahmenbedingungen im Gesundheitswesen, insbesondere in Bezug auf Klinikreformen, ändern. Wir setzen uns dafür ein, dass es in Bremerhaven keine Rückschritte im stationären Leistungsangebot gibt.

Unser besonderes Augenmerk liegt auf dem Erhalt und Ausbau des Klinikums Bremerhaven Reinkenheide als kommunales Krankenhaus der Maximalversorgung und führendem Gesundheitsversorger in unserer Stadt. Das Klinikum spielt eine entscheidende Rolle bei der Versorgung der Bevölkerung vor Ort und im Umland, und es bietet ein breites Spektrum hochspezialisierter medizinischer Dienstleistungen an. Wir haben dafür gesorgt, dass ein kommunales Krankenhaus selbst unter schwierigen Bedingungen wirtschaftlich erfolgreich agieren kann.

Stärkung des Gesundheitsamtes

Die Koalition begrüßt die laufenden Bestrebungen zur Organisationsentwicklung und Digitalisierung im Gesundheitsamt und setzt sich dafür ein, ein starkes und nachhaltiges Gesundheitsamt mit qualifizierten Ärzt:innen aufzubauen. In diesem Zusammenhang unterstützt die Koalition auch die Einführung von Anreizen im öffentlichen Dienst, um wettbewerbsfähige Gehälter, vergleichbar mit denen in Kliniken, anzubieten. Nur so kann eine Stärkung des Personals realisiert werden.

Die Koalition setzt sich für die kommunale Strukturierung im Bereich der Prävention und Gesundheitsförderung ein. Aktuelle Aktivitäten (unter anderem Gesundheitsfachkräfte in Quartieren und in Schulen, regionale Fachkräfte für Psychiatrie), geplante Hebammen- und Gesundheitszentren werden im Sinne des kommunalen Strukturaufbaus koordiniert. Dazu bedarf es der Einrichtung einer Struktur und Steuerung, sowie einer angemessenen Ausstattung. Struktur, Steuerung und Maßnahmen sollen sich an gesundheitssozialen Daten und einem Wirkungsbezug orientieren.

Die Gesundheitsvorsorge und Impfschutzaufklärung als Präventionsvorsorge durch das Gesundheitsamt werden wir insbesondere mit Blick auf die „Impfmüdigkeit“ der Bevölkerung intensivieren.

Suchthilfesystem stärken

Wir werden die Öffnungszeiten der niedrigschwelligen Sucht- und Drogenhilfe erweitern und die aufsuchende Sozialarbeit etablieren und stärken. Dabei werden wir darauf achten, dass die beiden Angebote besser aufeinander abgestimmt sind, um den Bedürfnissen der Betroffenen und der Gesellschaft gerecht zu werden. Außerdem werden wir die niedrigschwelligen Hilfsangebote für obdachlose Menschen ausbauen.

Die Organisation der Methadon-Ausgabestellen ist zu einem zunehmenden öffentlichen Ärgernis geworden. Daher ist mit den Ärzt:innen, Krankenkassen und insbesondere der Kassenärztlichen Vereinigung unter Einbezug von Polizei und Ordnungsamt nach Lösungen zu suchen, die sowohl dem Umfeld, der öffentlichen Sicherheit als auch den gesundheitlichen Belangen der Betroffenen gerecht werden.

Ausbildung im Gesundheitsbereich verstärken

Die Koalition setzt sich dafür ein, dass das trägerübergreifende Schulzentrum für medizinische Fachberufe am Standort Klinikum Bremerhaven Reinkenheide realisiert wird. Dabei soll, falls notwendig und nach Bedarf, auch eine Erweiterung auf weitere medizinisch-therapeutische und pflegerische Berufsgruppen ermöglicht werden.

Des Weiteren strebt die Koalition an, die Ausbildung für Medizinische Fachangestellte (MFA) am kommunalen Klinikum und gegebenenfalls am Gesundheitsamt auszubauen bzw. einzuführen.

Wir sind der Meinung, dass eine moderne Ausbildung für angehende Mediziner:innen in Bremen und Bremerhaven möglich ist, indem wir eine Zusammenarbeit mit einer Universität anstreben. Falls es Partner:innen gibt, die das Grundstudium übernehmen können, sind wir offen für solche Kooperationen.

Nach der Einführung des Medizinstipendiums am Klinikum Bremerhaven werden wir basierend auf den Erkenntnissen prüfen, ob eine Erweiterung des Programms notwendig und sinnvoll ist. Sollte sich herausstellen, dass eine Erweiterung des Programms erforderlich ist, werden wir entsprechende Maßnahmen ergreifen, um sicherzustellen, dass noch mehr Studierende von diesem Medizinstipendium profitieren können.

Um dem Fachkräftemangel in Berufen des sozialen Bereichs, die auch im medizinischen Bereich relevant sind, entgegenzuwirken, unterstützt die Koalition das Angebot der Studiengänge Soziale Arbeit und Physician Assistant an der Hochschule Bremerhaven in Zusammenarbeit mit dem Ausbildungspartner Magistrat. Das Angebot des Studiums der sozialen Arbeit an der Hochschule Bremerhaven wird vom Ausbildungspartner Magistrat unterstützt, damit einem Fachkräftemangel für den auch im medizinischen Bereich relevanten Beruf begegnet werden kann. Wir unterstützen die Teilzeitausbildungsangebote in den Gesundheitsfachberufen, um mit der Vereinbarkeit von Familien und Beruf die Attraktivität in diesem Berufsfeld zu steigern.

Selbsthilfe stärken

Die Koalition setzt sich dafür ein, dass die Selbsthilfe gestärkt wird. Dazu wird sie sich für eine Erhöhung der Förderung und für einen Zuschlag für die Digitalisierung einsetzen.

Medizinische Versorgung stärken

Die Koalition unterstützt die Ansiedlung von Ärzt:innen durch gezielte Werbung, Aufklärung sowie finanzielle Anreize und Serviceanreize. Wir erkennen die Bedeutung einer ausreichenden Anzahl qualifizierter Ärzt:innen für eine gute Gesundheitsversorgung an und sind bestrebt, die Attraktivität unserer Region für Mediziner:innen zu steigern.

Wir beabsichtigen, die Machbarkeit eines medizinischen Versorgungszentrums (MVZ) zu prüfen, um den geänderten Arbeitszeit- und Beschäftigungsmodellen der Ärzt:innen gerecht zu werden. Unser Ziel ist es, Ärzt:innen und andere medizinische Fachkräfte dazu zu ermutigen, sich zu einer MVZ-Gemeinschaftspraxis zusammenzuschließen. Dabei würden sie die Praxis privatwirtschaftlich organisieren und selbst finanzieren und betreiben. Wir möchten untersuchen, wie die Stadt Bremerhaven die

Zusammenarbeit von Ärzt:innen und medizinischen Fachkräften unterstützen kann, indem wir die erforderliche Infrastruktur, wie geeignete Räumlichkeiten, bereitstellen.

Die Koalition unterstützt regionale Projekte zur Verbesserung der Gesundheitsversorgung, zur Erleichterung des Zugangs und zur Stärkung der Zusammenarbeit im Gesundheitssystem.

Ein konkretes Beispiel für ein solches Projekt ist die Einrichtung einer Portalpraxis oder eines integrierten Notfallzentrums am Klinikum Bremerhaven Reinkenheide. Des Weiteren unterstützen wir auch kommunale Projekte wie die Einführung von Gemeindenotfallsanitätern, Community Health Nurses, Telemedizin und einer gemeinsamen Rufnummer für die Kassenärztliche Vereinigung (KV) und den Rettungsdienst. Durch diese Maßnahmen soll gewährleistet werden, dass die Bürger:innen leichter medizinische Hilfe erhalten und die Gesundheitsversorgung effektiver wird.

Unser übergeordnetes Ziel ist es, die Gesundheit aller Bürger:innen zu verbessern und sicherzustellen, dass sie die notwendige medizinische Unterstützung erhalten. Dabei berücksichtigen wir stets die finanzielle Realisierbarkeit der Projekte und nutzen Landes- und Bundesmittel, um die bestmöglichen Ergebnisse zu erzielen.

Die Koalition setzt sich dafür ein, dass die Mund-, Kiefer- und Gesichtschirurgieversorgung am Klinikum Bremerhaven Reinkenheide sichergestellt wird.

Die Koalition engagiert sich auch für die Einrichtung einer Gewaltschutzambulanz am kommunalen Klinikum. Wir möchten sicherstellen, dass Opfer von Gewalt schnell und effektiv medizinische Hilfe erhalten. Durch die Schaffung einer speziellen Ambulanz möchten wir den Betroffenen eine geschützte und unterstützende Umgebung bieten, in der sie umfassende medizinische Versorgung und Beratung erhalten können. Unser Ziel ist es, Gewaltopfern schnellstmögliche Unterstützung und Hilfe zukommen zu lassen, um ihre Gesundheit und Sicherheit zu gewährleisten.

Die Koalition setzt sich aktiv dafür ein, dass die versorgenden Strukturen in Verbindung mit der Katastrophenschutzbehörde, der Kassenärztlichen Vereinigung und den Krankenhausträgern eine nachhaltige Krisenfunktionsfähigkeit aufweisen. Wir möchten sicherstellen, dass unsere Gesundheitssysteme in Zeiten von Krisen und Notfällen effektiv zusammenarbeiten und reibungslos funktionieren. Durch eine enge Koordination und Zusammenarbeit mit allen relevanten Akteur:innen streben wir an, die bestmögliche Versorgung und Unterstützung für die Bevölkerung sicherzustellen. Unser Ziel ist es, auf Krisensituationen gut vorbereitet zu sein und eine schnelle und koordinierte Reaktion zu ermöglichen, um die Gesundheit und Sicherheit unserer Bürger:innen zu gewährleisten.

Die COVID-19-Pandemie hat deutliche Mängel in der psychiatrischen Versorgung aufgedeckt. Die Koalitionspartner sind sich einig, dass es notwendig ist, die Situation zu verbessern. Unser Ziel ist es, die ambulanten und stationären Behandlungsangebote für Menschen mit akuten psychiatrischen Erkrankungen zu stärken und auszubauen. Ebenso möchten wir die Verfügbarkeit von Beratungsstellen im therapeutischen und ergänzenden Bereich verbessern.

Sport und Freizeit

Sport und Freizeit sind für uns wichtige „weiche“ Standortfaktoren, die das soziale und gesellschaftliche Miteinander fördern. Die Lebensqualität bemisst sich mittlerweile auch an den vielfältigen Sport- und Freizeitangeboten. Daher werden wir den Sport materiell fördern und das Ehrenamt würdigen. Hierzu werden wir die Sport- und Freizeitstätten schrittweise sanieren und an die heutigen Erfordernisse anpassen. Auf der Sportanlage im Bürgerpark werden wir einen relevanten Beitrag zur energetischen Sanierung des Vereinsheim sowie einen Neubau einer Einfeld-Turnhalle leisten.

Die Ausbildung von ehrenamtlichen Übungsleiter:innen wird weiterhin finanziell gefördert; ebenso soll die Inklusion im Sport das Gemeinsame fördern und daher gefördert werden.

Neben den erforderlichen Sanierungsmaßnahmen des Nordseestadions werden wir die erforderlichen kommunalen Anteile an die Bundesförderung zur Verfügung stellen. Darüber hinaus werden wir die Sanierungsmaßnahmen von zwei Kunstrasenplätzen der ersten Generation in dieser Legislaturperiode anstreben.

Als einzige deutsche Großstadt an der Nordseeküste soll der maritime (Wasser-) Sport auch zukünftig in unserer touristischen Ausrichtung eine Rolle spielen. Hierzu sollen über die Erlebnis Bremerhaven sport- und freizeitausgerichtete Angebote erarbeitet werden.

Wir halten es angesichts der im Raum stehenden Forderung nach Schwimmkursen für angemessen, dass alle Kinder und Jugendliche schwimmen lernen. Hierzu werden wir die Aktivitäten des Schul- und Vereinssport stärken. Den Schwimmsportvereinen werden die Kosten für die Nutzung der Bäder (Bahn- und Beckengebühren) erlassen, sofern diese ihr Angebot für das Erlernen von Schwimmen ausbauen.

Kultur

Für den Zusammenhalt der Stadtgesellschaft und die Bekämpfung von Bildungsarmut nimmt die Kultur eine Schlüsselrolle ein. Kultur stellt dazu für Bremerhaven als Oberzentrum einen nicht zu unterschätzenden Standortfaktor dar. Das von städtischen als auch freien Kulturträgern mit hohem, teilweise ehrenamtlichem, Engagement getragene vielfältige Kulturangebot wollen wir stärken und in den Quartieren Freiräume für die kulturelle Entwicklung schaffen und unterstützen. Kultur kann Motor für eine Neuausrichtung der Innenstadt und die Attraktivität der Stadtteile spielen.

Das Kulturangebot Bremerhavens muss für die Einwohner:innen der Stadt aber auch überregional für den wachsenden Kulturtourismus besser durch die Erlebnis Bremerhaven GmbH gemeinsam mit dem Kulturamt vermarktet werden.

Wir wollen den Bereich der kulturellen Bildung voranbringen. Wo vielen Kindern und Jugendlichen der familiäre Zugang zu den Kultureinrichtungen fehlt, müssen Vermittlungsangebote verstetigt und optimiert werden. Dafür verfolgen wir das Ziel der Gründung eines Zentrums für kulturelle Bildung in der Innenstadt, in das auch freie Angebote für Jugendliche (z. B. ein Jugendkulturtreffpunkt) integriert werden können. Ein Umsetzungskonzept ist bis zum Jahresanfang 2024 vorzulegen.

Viele Beispiele in der Stadt zeigen, dass Kultur ein Motor von Stadtteilentwicklung sein kann. Hierzu bedarf es einer konstanten Förderung für Projekte der Freien Kulturszene und der Unterstützung von Initiativen, mit denen ähnliche Impulse gesetzt werden. Dabei liegt ein Fokus auf Projekten, für junge Menschen oder auch Familien

Konkret werden folgende Maßnahmen vereinbart:

Die Stadtbibliothek in der Innenstadt wird an geeigneter Stelle zu einem Begegnungszentrum für alle Bürger:innen ausgebaut und trägt hierdurch zur Attraktivierung der City bei.

Die Dauerausstellung des Historischen Museums Bremerhaven ist ansprechend, hat aber mittlerweile einige Schwachstellen. Die Geschichte Bremerhavens ist derzeit nur bis in die 1950er Jahre dargestellt und Barrierefreiheit ist nicht überall gegeben. Deswegen wollen wir die Dauerausstellung unter Einbezug des Museumsschiffs „Gera“ auf der Grundlage der von der Museumsleitung vorgelegten Variantenuntersuchung überarbeiten und modernisieren. Damit schaffen wir auch wieder neues Interesse an dem Museum und der Geschichte Bremerhavens.

Daneben verabreden die Koalitionsparteien die Verstärkung der Bildungs- und Vermittlungsangebote des Jungen Theaters und des Philharmonischen Orchesters Bremerhaven. Künftig soll auch der Kunstverein durch entsprechende Anhebung seiner Zuwendung in die Lage versetzt werden, eine Stelle für die Kunstvermittlung einzurichten.

Die Entlastung freier Kulturträger von verwaltungsmäßigen Aufgaben, die gerade bei ehrenamtlich Tätigen eine besondere Herausforderung darstellen, soll künftig durch eine zentral beim Kulturamt angesiedelte Unterstützungsstelle gewährleistet werden. Dort können anfallende Verwaltungsarbeiten z.B. des TiF, des Piccolo Teatro oder freier Galerien angesiedelt werden.

Verfassung und Geschäftsordnung (VG), Bürgerbeteiligung

Demokratie lebt von einer aktiven Beteiligung der Bürger:innen. In Bremerhaven stehen dazu neben Bürger:inneninitiativen, Elternvertretungen und Mitbestimmungsgremien als Bremerhavener Besonderheit auch die Stadtteilkonferenzen mit ihrem basisdemokratischen Ansatz bereit. Die Beteiligung von Bürger:innen belebt und bereichert die repräsentative Demokratie, wenn es gelingt, allen die Möglichkeit zur Mitgestaltung bei Projekten und Maßnahmen zu bieten. Die vorhandenen Möglichkeiten der Beteiligung durch Einwohner:innenanträge, Bürger:innenbegehren und Bürger:innenentscheid wollen wir bekannter und leichter nutzbar machen.

Öffentliche Petitionen einführen

Im Zuge der Diskussion über die geringe Wahlbeteiligung muss die Stadtverordnetenversammlung transparenter im Umgang mit den Anliegen der Bürger:innen werden. Daher wollen wir in Bremerhaven auch öffentliche Petitionen

einführen. Petitionen bieten den Bürger:innen die Möglichkeit, sich direkt an die Stadtverordnetenversammlung zu wenden. Wenn keine triftigen Gründe dagegensprechen, sollten Petitionen auch öffentlich behandelt werden. Der/die Stadtverordnetenvorsteher/in wird als Vorsitzende/r des Petitionsausschusses in allen Stadtteilen regelmäßig Bürger:innensprechstunden anbieten.

Einwohner:innenfragestunde reformieren

Das Instrument der Einwohner:innenfrage wird nur sehr begrenzt genutzt. Gründe scheinen in der Pflicht zu liegen, Fragen mündlich vor dem Ausschuss vorzutragen. Wir wollen die Einwohner:innenfragestunde reformieren und die Schwelle für eine Einwohner:innenfrage senken. Auch nicht persönlich vorgetragene Fragen sollen künftig im Ausschuss beantwortet werden. Adressat der Einwohner:innenfragen kann nur der Magistrat sein.

Qualifizierte Bürger:innenbeteiligung

Wir wollen bei der Bürger:innenbeteiligung neue Wege gehen. In einer repräsentativen Demokratie ist der Bürger:innenwille zuerst in den gewählten politischen Organen zu finden. Gerade dafür gibt es Wahlen. Dieser essenzielle Umstand geht in der Öffentlichkeit oft verloren. Der zentrale Ort der Diskussion und Entscheidung ist in Bremerhaven die Stadtverordnetenversammlung als Stadtparlament. Eine politische Mehrheit der Bürger:innen kann Mandatsträger:innen direkt oder indirekt durch Wahlen abwählen. Eine Bürger:inneninitiative, die ein Partikularinteresse vertritt, kann dagegen nicht abgewählt werden.

Auch die repräsentative Demokratie gewinnt aber durch neue Instrumente der Beteiligung der Bürger:innen außerhalb von Wahlen. Um die Teilhabe in unserer Demokratie zwischen den Wahlen besser zu organisieren als bisher, werden wir das Instrument eines „Bürger:innenrates“ an zwei Themen in dieser Legislaturperiode erproben und das Verfahren u.a. auf Beteiligung, Praktikabilität und Komplexität evaluieren. Dieser Rat soll aus zufällig und möglichst repräsentativ ausgelosten Bürger:innen bestehen, die sich dazu verpflichten, einen Sachverhalt mit örtlichem Bezug öffentlich auszudiskutieren. Dies soll über einen längeren Zeitraum geschehen, an dessen Ende eine Entscheidung des Rates „für“ oder „gegen“ einen klar definierten Sachverhalt oder eine von mehreren Optionen steht, der entweder direkt umgesetzt wird oder in den parlamentarischen Prozess eingebracht wird. Wir stellen uns vor, auf diese Weise zuerst das Thema der Einführung einer braunen Tonne für die Sammlung von Bioabfällen zu begleiten. Einen weiteren Bürger:innenrat wollen wir für eine Umgestaltung der Hafestraße einrichten.

Personal und Organisation

Verwaltung

Wir setzen uns für eine gerechte Bezahlung in der Verwaltung sowie in den städtischen Gesellschaften und Wirtschaftsbetrieben ein. Einen Gender Pay Gap wird es dort mit uns nicht geben.

Die zunehmende Nutzung von Homeoffice-Möglichkeiten eröffnet Spielräume in der Reduzierung von öffentlich angemietetem Büroraum. Die Raumbedarfe beim Magistrat müssen von der Magistratskanzlei und Seestadt Immobilien (SI) in Abstimmung mit den Fachämtern bis Herbst 2024 vorliegen. Gleichzeitig unterstützen wir die Verwaltung bei der Modernisierung der Arbeitswelt durch Desk-Sharing und andere zeitgemäße Modelle. Wir wollen den Bürger:innen ermöglichen, behördliche Dienstleistungen online zu beantragen. Dazu legt die Magistratskanzlei jährlich einen Statusbericht vor.

Dem Fachkräftemangel in den städtischen Ämtern, Gesellschaften und Betrieben wird mit einem Bündel an Maßnahmen begegnet. Gute Qualifizierungs- und Fortbildungsmöglichkeiten, Vereinbarkeit von Beruf und Familie, flexible Arbeitszeiten etc. schaffen Arbeitsbedingungen, die noch professioneller auf dem Arbeitsmarkt sichtbar gemacht werden sollen. Ergänzend ist im Einvernehmen mit der Mitbestimmung zu prüfen, welche zusätzlichen monetären bzw. nicht-monetären Anreize geschaffen werden können, damit Personalbindung und Personalgewinnung zum Erfolg führen.

Ein zusätzlicher Baustein zur Stärkung der Personalakquise ist ein systematisches Bewerbungsmanagement, das wir mit dem nötigen Personal ausstatten werden. Wir wollen die Besetzung von Stellen beschleunigen. Zur Steigerung der Arbeitgeberattraktivität unterstützen wir die Verwaltung auch bei der Einführung einer Beschäftigten-App, mit der eine umfassende Teilhabe aller Beschäftigten- und Berufsgruppen an beruflichen Informationen ermöglicht wird.

Die Einrichtung eines Stellenpools zur Unterstützung des Wissenstransfers in der Verwaltung hat sich bewährt. Wir werden dieses Instrument der Personalentwicklung bereits zu den nächsten Stellenplanberatungen weiter ausbauen.

Die Verwaltung, die städtischen Gesellschaften und Betriebe verfügen über eine Fülle an Fachkompetenz, die wir für unsere politische Gestaltung im Rahmen einer vertrauensvollen Zusammenarbeit gerne nutzen.

Öffentlichkeitsarbeit

Die Öffentlichkeitsarbeit des Magistrats muss dem veränderten Mediennutzungsverhalten der Bürger:innen dringend angepasst werden. Neben der klassischen Pressearbeit, die aufgrund ihrer hohen Glaubwürdigkeit weiterhin bedient werden muss, ist es zwingend notwendig die Kommunikation über digitale Wege auszubauen.

Der Magistrat Bremerhaven – als größter Arbeitgeber und Gestalter der Stadt – muss als eigenständige Marke etabliert werden und eigene Kommunikationswege schaffen, um Inhalte passgenau und zielgruppenspezifisch platzieren zu können. Auch die Kommunikation, Beteiligung und der Austausch mit den Bürger:innen müssen über digitale Plattformen deutlich ausgebaut werden.

Ziel muss sein, die Arbeit des Magistrats für alle „Betroffenen“ – von Bürger:innen über die Gäste bis zu potentiellen Investor:innen – transparent, verständlich und niedrigschwellig zu kommunizieren. Das erhöht neben der Transparenz über die

eigene Arbeit auch das Identifikationspotential mit dem Magistrat und damit auch der Stadt.

Um dieses Ziel zu erreichen, gibt es neben der klassischen Pressearbeit (Pressemitteilungen, Pressekonferenzen, Beantwortung von Medienanfragen) und der Ideen- und Beschwerdestelle als direktes Ohr für die Bürger:innen verschiedene Formate, die dafür genutzt werden können und von denen einige bereits existieren:

- Ein stets aktueller, ansprechender, übersichtlicher, Webauftritt (Relaunch ist beschlossen),
- Digitale Werbescreens in gut frequentierten Bereichen (Warteräume, Fußgängerzonen, etc.),
- E-Mail-Newsletter mit den wichtigsten Beschlüssen des Magistrats und der StVV/Ausschüsse und deren Bedeutung für die Bürger:innen,
- Frühzeitige Bürger:innenbeteiligung bei (Stadtbild-verändernden) Bauvorhaben (auch über Social Media, Mailing-Formate oder ein Bürger:innen-Panel),
- Social Media (Facebook, Instagram, Twitter).

Insbesondere der Social Media Bereich ist deutlich auszubauen – denn darüber sind die meisten Bürger:innen erreichbar. Social Media lebt aber von Aktualität, Schnelligkeit und der Kommunikation mit der Community. Das ist entsprechend arbeitsintensiv. Die erfolgreichsten Formate sind zudem Videos (Reels, Storys, etc.), die einen entsprechend hohen Produktionsaufwand haben. Eine detaillierte Social-Media-Strategie ist derzeit in Arbeit.

Finanzen

Die Entschuldung unserer Stadt im Jahr 2020 ist ein großer Erfolg und hat zu einer deutlichen Entlastung der Stadt geführt. Die Schuldenbremse ist Bestandteil der Landesverfassung und des Grundgesetzes. Dabei darf aber nicht unerwähnt bleiben, dass Bremerhaven die einzige Kommune ist, die der Schuldenbremse unterliegt. Gleichzeitig bleiben die finanziellen Herausforderungen groß. In den derzeitigen Transformationsprozessen ist unser Ziel eine langfristige finanzielle Stabilität unserer Stadt. Diese wertschöpfende Stabilität garantiert dauerhaft kluge und nachhaltige Investitionen für Bremerhaven.

Transformationsprozesse, wie bspw. die Anforderungen aus der Klima-Enquetekommission, fordern der Stadt einen strukturellen Wandel ab. Sämtliche – auch bereits beschlossene – Investitionen müssen die Transformationsprozesse unterstützen und sind darauf hin von den einzelnen Dezernaten zu gewichten.

Nach der erfolgreichen Neuordnung des kommunalen Finanzausgleichs im Jahr 2020 zugunsten der Besonderheiten Bremerhavens (Steuerschwäche sowie weitaus höhere Arbeitslosenquote) ziehen erste Erfahrungen und mehrere Krisensituationen eine zwingende Evaluierung und Nachverhandlung für unsere Stadt nach sich. Insofern sehen wir es als unerlässlich an, dass der Steuerkraftunterschied zwischen der Stadtgemeinde Bremen und der Stadt Bremerhaven vollständig ausgeglichen wird.

Dabei unterstützt die Stadt auch die Position des Landes Freie Hansestadt Bremen gegenüber dem Bund. Die immer weiter zunehmende Erledigung der Aufgaben des

Bundes durch die Länder und Kommunen kann nur mit der verfassungsrechtlich garantierten angemessenen Finanzausstattung funktionieren. Das heißt, Mehrbelastungen des Landes und der Stadt Bremerhaven aus Aufgaben oder besonderen Anforderungen an deren Erfüllung sind finanziell auszugleichen. Nur diese konsequente Beachtung des Konnexitätsprinzips ermöglicht die enormen Lasten wie beispielsweise Hilfen zur Erziehung und andere Leistungen nach Sozialgesetzbuch zu kompensieren.

Generell sind die auf die Stadt Bremerhaven übertragenen Aufgaben des Landes sowie erbrachten Leistungen für das Land vollständig kostendeckend zu erstatten.

Sämtliche Fachämter und Betriebe der Stadt werden in die Pflicht genommen, fachspezifische Finanzierungsquellen und Drittmittel zu erschließen.

Eine zentrale Digitalisierungsoffensive der Stadtverwaltung schließt sämtliche Fachämter und Betriebe ein und zielt zum einen auf eine Modernisierung der Verwaltung sowie zum anderen auf interne Finanzierungspotenziale ab. Der Ausbau von Digitalisierungsmaßnahmen führt zu einer Verschlinkung und Vereinfachung von Prozessen und entlastet die Ausgaben unserer Stadt mittelfristig nachweislich.

Wir werden zur Wahrung der Konkurrenzfähigkeit zum Umland bei Gewerbeansiedlungen und Einwohnergewinnung weder die Grundsteuer A und B noch die Gewerbesteuer anheben.

Kommunale Beteiligungen und/oder Gesellschaften werden nicht veräußert.

Zusammenarbeit der Koalitionsparteien

- In der Stadtverordnetenversammlung hat jeder Koalitionspartner das Recht, nach Herstellung des Einvernehmens mit den Koalitionspartnern Anträge eigenständig einzubringen. Vor Anfragen gem. §§ 38 und 39 der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung sind die Koalitionspartner rechtzeitig zu informieren.
- Die Koalitionspartner verpflichten sich, im Rahmen der Koalitionsvereinbarung und der zusätzlich vereinbarten Politik in der Stadtverordnetenversammlung, in den Ausschüssen, im Magistrat sowie in den Beiräten, Verwaltungs- und Aufsichtsräten nicht mit wechselnden Mehrheiten abzustimmen.
- Die Koalitionspartner sind sich einig, dass in den o. g. Gremien keiner der Partner überstimmt wird. Enthaltungen, die dazu führen, dass die Koalitionsmehrheit nicht mehr gegeben ist, sind ausgeschlossen.
- Es wird ein Koalitionsausschuss aus den Parteivorsitzenden, den Fraktions- und Gruppenvorsitzenden, dem Oberbürgermeister und dem Bürgermeister gebildet. Der Ausschuss wird einberufen, wenn eine der Parteien ihn anruft.

Übrige Vereinbarungen:

- Es werden zwei neue hauptamtliche Dezernate gebildet:

SPD Soziales, Arbeit und Jugend (neu Dez. III)
SPD Gesundheit, Umweltschutz/Klima (neu Dez. V)

- Bei Ausscheiden hauptamtlicher Dezernenten werden folgende Vorschlagsrechte vereinbart:

SPD Oberbürgermeister (Dez. I), Sozialdezernat (neu Dez. III),
Gesundheit- und Umweltdezernat (neu Dez. V)

CDU Bürgermeister (Dez. II), Baudezernat inkl. Stadtplanungsamt
(Dez. VI)

FDP Schul- und Kulturdezernat (Dez. IV)

- Verteilung der ehrenamtlichen Dezernate:

SPD (3) Menschen mit Behinderung, Gartenbau, EBB

CDU (2) Sport und Freizeit, Feuerwehr außer Katastrophenschutz

- Weitere Änderungen im Zuschnitt der Dezernate:
Dezernat II: zusätzlich Steueramt

- Bis zur Besetzung der beiden neuen hauptamtlichen Dezernate besteht folgende Zuordnung:

Dezernat I: Arbeit
Dezernat II: Gesundheit
Dezernat IV: Jugend
Dezernat V: Soziales
Dezernat VI: Umweltschutz/Klima

Verhandlungskommission

Für die SPD

Martin Günthner

Janina Strelow

Sönke Allers

Melf Grantz

Uwe Beckmeyer

Martina Kirschstein-
Klingner

Tabea Batz

Sabrina Czak

Elias Tsartilidis

Cecil Hammann

Für die CDU

Torsten Neuhoff

Thorsten Raschen

Christine Schnittker

Astrid Milch

Irene von Twistern

Für die FDP

Hauke Hiltz

Bernd Schomaker

Bernd Freemann

Marko Miholic

Bremerhaven, den 20. Juni 2023